

Besprechungen

A. Allgemeines

DIETER BINGEN/PETER OLIVER LOEW/NIKOLAUS WOLF (Hg.): *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2007* (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 25). Harrassowitz, Wiesbaden 2008, 339 S., 28,00 €.

Die 18 Beiträge und abschließenden Statements sind das gedruckte Ergebnis einer Tagung, die 2007 vom Deutschen Polen-Institut in Darmstadt veranstaltet worden ist. In ihrem kurzen Vorwort definieren die Herausgeber es als die Aufgabe der Tagung und damit dieses Sammelbandes, „eine Bestandsaufnahme gesicherten Wissens, aber auch aktueller Forschungsstände über ein Jahrhundert wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen“ zu bieten. Dies stimmt insofern nicht ganz, weil in etlichen Fällen – und das sei hier in lobender Absicht hervorgehoben – die Autoren darüber hinausgehen und Desiderata und Forschungsperspektiven markieren oder zumindest hinreichend deutlich erkennen lassen. Wie man allen Beiträgen entnehmen kann, ist zu der Thematik viel geforscht und publiziert worden, denn sie beruhen nicht auf Primärquellen, sondern auf der einschlägigen Literatur. Dabei werden es Interessenten, die des Polnischen nicht hinreichend mächtig sind, dankbar vermerken, dass sie auf diesem Wege auch einen Einblick in die Arbeiten der polnischen Geschichtswissenschaft bekommen.

Zu den konzeptionellen Vorzügen des Bandes gehört es, dass er in der zeitlichen Abgrenzung von dem üblichen Periodisierungsschema abweicht und das gesamte 20. Jh. bis in die Anfänge des 21. Jh.s in den Blick nimmt, also von der Teilungszeit bis zum Auftritt des freien, souveränen polnischen Staates innerhalb des EU-Verbundes reicht. Entsprechendes gilt für die deutsche Seite: vom Kaiserreich und der Teilungsmacht bis zum wieder vereinten Deutschland innerhalb der Europäischen Union. An dieser Stelle fällt auf, was Nikolaus Wolf bereits in seinem Schlusskommentar anmerkt, dass die europäische Dimension hier noch zu kurz kommt, und zwar die deutsch-polnischen Beziehungen im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern wie auch, vor allem in der jüngeren Zeit, zu Gesamteuropa. Zu diesem letzten Punkt werden die Ergebnisse der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011 und deren Bemühungen um eine Fortentwicklung der „östlichen Partnerschaft“, insbesondere mit der Ukraine, der Forschung anregende Fragestellungen bieten. Aber zurück zur „longue durée“: Die Betrachtung dieser Zeit der vielfachen Grenzveränderungen und Bevölkerungsverschiebungen, der Auseinandersetzungen mit den verschiedensten Mitteln bis hin zum deutschen Angriff auf Polen und dem Versuch, es seiner nationalen und sozialen Existenz zu berauben, und schließlich zum Bemühen um eine zukunftsorientierte Partnerschaft legt die Frage nahe, wie sich die weitgehend antagonistische Verflechtung der beiden Nachbarn auf den zentralen Feldern der Politik und der Wirtschaft ausgewirkt hat. Wie die meisten Beiträge zeigen, handelt es sich weniger um „politische Ökonomie“ im eigentlichen Sinne, sondern um den Blick, der sich von den wirtschaftlichen Interessen auf die von Politik und Ideologie bestimmten Konfliktfelder richtet. Im Ganzen wird erkennbar, dass Politik und Wirtschaft ihre jeweils eigenen Zielsetzungen verfolgten, bei deren Planung die ökonomischen Interessen oder Zwänge häufig den Vorrang hatten, bei deren Realisierung jedoch die Politik ihren Einfluss geltend machte. Ein Beispiel dafür bietet Silke Röttgen, die darstellt, wie die DDR in der Konkurrenz mit Polen um die begehrten Wirtschaftskontakte zur Bundesrepublik Deutschland während der 1970er Jahre mit politisch-ideologischen Argumenten – drohende Abhängigkeit vom Kapitalismus, Einheit des sozialistischen Lagers – die polnischen „Brüder“ bedrängte und behinderte und ihre eigenen Interessen – Stärkung des Frontstaates DDR – durchsetzte.

Die Aufsätze sind in Themengruppen zusammengefasst. Auf die Einführung von Nikolaus Wolf („Ökonomische Zugänge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen“) folgt der Abschnitt „Geografie und Integration“ mit Beiträgen zum deutsch-polnischen Handel von 1900 bis 2006 (Ste-

fan Kowal), Verkehr (Christopher Kopper), Grenzregionen (Uwe Müller), Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die wirtschaftliche Verflechtung in Zentraleuropa (Hans Christoph Heinemeyer), deutsche Investitionen in Polen in der Zwischenkriegszeit (Wojciech Morawski) und seit der Wende 1990 (Łukasz Dwilewicz). Unter dem Thema „Arbeitsmigration und Zwangsarbeit“ schreibt Rolf Wörsdörfer über die Bergarbeiter aus verschiedenen slawischen Nationen im Ruhrgebiet, Christian Westerhoff über in Polen und im Baltikum rekrutierte Arbeitskräfte während des Ersten Weltkrieges und Jędrzej Chumiński über die ehemaligen Zwangsarbeiter in den „Wiedergewonnenen Gebieten“. Mit der Wirtschaft im besetzten Polen befassen sich Ingo Loose (nationalsozialistische Wirtschaftspolitik) und Stanisław Meducki (Polens Wirtschaft unter deutscher Besatzung). Die drei Beiträge zu aktuellen Entwicklungen beschränken sich auf einen Vergleich wirtschaftlicher und sozialer Prozesse in beiden Ländern: Arbeitsmarkt seit 1990 (Ronald Bachmann, Sebastian Płóciennik), Arbeitslosigkeit und Geldpolitik in Polen (Maria Piotrowska) und Anpassungsprobleme der Landwirtschaft (Martin Petrick). Von den drei Begriffen „Kultur, Moral, Ökonomie“, unter denen der letzte Abschnitt steht, treffen eigentlich nur die beiden letzten auf die dort platzierten Aufsätze zu: Röttgers oben erwähnte Studie und zwei Untersuchungen zu Fragen der Entschädigung/„Wiedergutmachung“ sowie der Aussiedlung von Deutschen in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg (Krzysztof Ruchniewicz, Dieter Bingen). Drei kritisch zusammenfassende und weiterführende Statements schließen diesen ertragreichen, gut gemachten Band ab, der mit etlichen Vorurteilen und gängigen Ansichten in wünschenswerter Klarheit aufräumt. So wird hier nachgewiesen, dass die wirtschaftliche Integration der Teilungsgebiete in der Zweiten Republik wesentlich schneller erreicht wurde als bisher bekannt, oder welche signifikante Rolle die Verkehrspolitik spielt. Mehr Beispiele aufzuzählen, würde sich lohnen, aber hier zu weit führen.

Düsseldorf/Köln

HANS HECKER

PAOLO GROSSI: *Das Recht in der europäischen Geschichte*. Aus dem Italienischen übersetzt von Gerhard Kuck (Europa bauen). Beck, München 2010, 270 S., 29,95 €.

Ein Wissender greift zur Feder und blickt zurück auf 1.500 Jahre Recht in Europa. Paolo Grossi geht es nicht um eine Höhenkammwanderung. Der Florentiner Rechtshistoriker interessiert sich vor allem für die Niederungen, die Praxis, die Verknüpfung von Recht und Leben. In der von Jacques Le Goff herausgegebenen Reihe „Europa bauen“ betont Grossi die Bedeutung des Faktors Recht für die europäische Identität. Es geht um große Linien, um die bestimmenden geistigen Grundlagen, weniger um die Zusammenballung von Tatsachen. Fachfremde, an die das Buch sich nach eigenem Bekunden wendet, erfahren kaum Einzelheiten aus der Fülle der europäischen Rechtsgeschichte. Dafür legt der Verfasser Bekenntnisse ab. Sein essayistischer Zugriff ist zugleich ein höchstpersönlicher Rückblick aus jahrzehntelanger eigener Forschungserfahrung. Von Europa, meint Grossi, könne man erst seit dem Ende der Völkerwanderung sprechen. Damit gehört das antike römische Recht unversehens nicht mehr zum europäischen Erbe. Nur seine Rezeption interessiert noch, und die war für Grossi nicht zuletzt praktischen Erfordernissen geschuldet. Vom Eigenwert der Wissenschaft liest man wenig, abstrakt-generelle Gesetzgebung hat schlechte Karten. Das Recht kommt vielmehr von der Gesellschaft und weniger vom Staat. Der Beginn planmäßiger Gesetzgebung gerät zum kreativen Hochmut des Monarchen, die Kodifikation verlangt den allmächtigen, anmaßenden und rücksichtslosen Gesetzgeber (S. 120). Gesetzesvergötterung (S. 131) soll es also nicht geben. Dagegen bilden Blut, Boden und Zeit die Grundlagen der europäischen Rechtskultur (S. 30).

In den Zuspitzungen gelingen Grossi Formulierungen, die im Gedächtnis haften bleiben. Der Beginn der juristischen Moderne um 1400 bedeutet immer mehr Staat und immer weniger Gesellschaft. Für das Selbstverständnis des Einzelnen wurde das Eigentum als Herrschaftsrecht entscheidend. Abstrakt-generelles Recht verkommt so zum Feigenblatt und hat den Zweck, zahlreiche Ungerech-

tigkeiten und Ungleichheit zu verbergen. Die Reichen werden zum Erfinder der Grundrechte, denn es ging ihnen um die rechtliche Bewahrung ihres Wohlstandes. Trotzdem blickt Grossi „voller Stolz“ auf den Konstitutionalismus als Bollwerk zum Schutz des Einzelnen vor dem allmächtigen Herrscher. Nur derjenige, der ein klares Bewusstsein von der Gegenwart hat, besitzt den notwendigen scharfen Blick zurück (S. 237). Und so erkennt Grossi mit viel Wohlwollen, wie im 20. Jh. das Recht wieder zur Gesellschaft zurückkehrt. Die Vielfalt von Gruppen, die die Gegenwart bestimmt, benötigt ein buntes, kein fleischloses Recht.

Es handelt sich um ein typisches Alterswerk. Ruhe und Souveränität in der Darstellung und Auswahl der wenigen Einzelheiten, der große Blick auf das Ganze, festgewachsene Standpunkte – all das verbindet sich in einem höchst eigenwilligen, jedenfalls gut lesbaren Werk. Trotzdem bleibt ein ungutes Gefühl zurück. Das liegt weniger an der Ausblendung zahlreicher Rechtsbereiche und dem Zugriff im Wesentlichen bloß auf die privatrechtliche Tradition. Viel bedenklicher ist die unterschwellige Ideologie, in die der Verfasser die europäische Rechtsüberlieferung verpackt. Sie ist schwer auf den Punkt zu bringen. Kritik am Reichtum und am Eigentum, wörtliches Bekenntnis zu Blut und Boden, das allzeit spürbare Verlangen nach dem echten Leben, die Absage an Abstraktheit und Formalismus zeigen ungeschminkt einen Antidemokraten, dem die formal-rechtsstaatlichen Traditionen wenig wert sind. Damit ist das Buch gleichzeitig eine höchst ärgerliche Provokation, eine gefährliche Gratwanderung auf der schmalen Grenzlinie von Altersweisheit und Altersstarrsinn. Zweifellos handelt es sich um ein wichtiges Werk. Aber so persönlich wie Grossis Buch muss auch die Rezension enden: Ich habe es zweimal gelesen und lehne es ab.

Münster

PETER OESTMANN

TILMAN HARLANDER/WOLFRAM PYTA (Hg.): *NS-Architektur: Macht und Symbolik* (Kultur und Technik 19). LIT, Berlin 2010, 272 S., 29,90 €.

Dieser Sammelband zur NS-Architektur ist für die Nachlese eines Symposiums ungewöhnlich umfassend und ausgewogen komponiert. Die Herausgeber setzen sich erneut von dem Vorurteil ab, dass das NS-Baugeschehen nur zwischen Blut-und-Boden-Architektur und neoklassizistischen Staats- und Repräsentationsbauten im Stile von Troost und Speer gependelt sei. Es wird in einer Analyse der Bereiche der Architektur (alte – neue Städte) und der Städte in der politischen Hierarchie (Führerstädte, Gauhauptstädte) ein hierarchisch gegliederter Stilpluralismus in einem komplizierten Prozess von modernen und antimodernen Tendenzen verdeutlicht.

Christoph Raichle setzt die NS-Architektur in Bezug zu Hitlers Einsatz bei öffentlichen Auftritten, als volksnaher Volkstribun oder als entrücktes Genie. Werner Durth analysiert die NS-Architektur als Ausdruck totalitärer Herrschaftsansprüche, vor allem in den Plänen von Hitler und Speer – seit 1937 Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt – für die Neugestaltung von Berlin. Die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung Berlins auch zur Gewinnung von Raum für Wohnungsbauten und gigantische Verkehrsachsen wird ebenfalls behandelt. Harald Bodenschatz zeigt die Architektur des faschistischen Italien als vergleichsweise positives Kontrastprogramm zur NS-Architektur, vor allem durch die urbanistische Vision einer weitreichenden Städteplanung.

Die übrigen Spezialthemen sind notwendigerweise selektiv, von den Ordensburgen der Deutschen Arbeitsfront und vom Olympischen Dorf bis hin zur Rolle der Deutschen Akademie für Wohnungswesen – nicht immer war Goethes Gartenhaus in Weimar entwurfensleitend – und zum Brückenbau von Paul Bonatz. Die Großreichphantasien bei der Bauplanung waren immer auch einem bevölkerungspolitischen und industrieplanerischen Anspruch untergeordnet.

Die Veröffentlichung eines Stuttgarter Instituts korrigiert verdienstvoller Weise die in der Literatur verbreitete Berlin-zentrierte Sicht mit drei Beiträgen zur Stuttgarter Schule, die nach 1933 die Alltagsarchitektur des „Dritten Reiches“ weit stärker prägte als die neoklassizistische Repräsentati-

onsarchitektur von Albert Speer. Die Stuttgarter Schule hat sich nach dem Beitrag von Dietrich Schmidt an die vorherrschende Architekturauffassung angepasst. Döcker sollte wohl als Ausnahme mehr gewürdigt werden. Schüler von Schmitthenner germanisierten „undeutsche Kirchen“ in Stuttgart durch Steildächer, und der Altmeister hat durch Politik gegen die Neue Sachlichkeit und Bauhaus-Tradition ideologische Konzessionen gemacht. Die Architekten der Stuttgarter Schule waren mehr von der Meidung von Misserfolg als von der Hoffnung auf Erfolg geprägt. Um die Irrtümer der Fortschrittsgläubigen zu vermeiden, suchten sie nach scheinbar gesicherten Werten der Vergangenheit.

Auf zwei der bekanntesten Repräsentanten der Stuttgarter Schule fällt in den Analysen ein differenziertes Licht. Schmitthenner war nicht immer Anhänger des „sanften Gesetzes“, das er nach seiner opportunistischen Phase 1941 beschwor und mit dem er sich nach 1945 entschuldigte, und Bonatz (ehemals SPD-Mitglied) blieb nicht immer der moderne „Pontifex maximus“, als er seit 1940 von der ingenieurmäßigen Brückengestaltung abrückte und martialische historische Turmbauten vorsah. Beide waren keine dogmatischen Nazis und haben in der Kooperation mit Halbjuden auch eine unorthodoxe Rekrutierungspolitik betrieben, ähnlich wie das Architekturbüro Rimpl, dem ein sehr aufschlussreicher Artikel von Jo Sollich gewidmet ist. Bonatz hat seinem Kollegen Bruno Taut auf der Flucht von Moskau in die Schweiz Unterschlupf gewährt. Schmitthenner hat andererseits im Konkurrenzkampf mit Döcker dem Konkurrenten durch vernichtende Gutachten bei Projekten geschadet und nicht gerade das „sanfte Gesetz“ vorgelebt. In jedem Fall hatten auch „Modernisten“ Anteil am menschenverachtenden Einsatz von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern.

Die Publikation liest man in allen Teilen mit Gewinn. Vielfalt in einer einheitlichen Fragestellung wird überzeugend dargeboten. Dieser Band will den bloß produktionsästhetischen Gesichtspunkt mit der Frage nach der architektonischen Formsprache vermeiden. Der Ansatz in diesem Band ist umfassend sozialwissenschaftlich. Soziologie, Raumgeographie, Geschichtswissenschaft und Architekturanalyse gehen eine gelungene Synthese ein.

Heidelberg

KLAUS VON BEYME

JÜRGEN KNIEP: „Keine Jugendfreigabe!“. *Filmzensur in Westdeutschland 1949–1990* (Moderne Zeit 21). Wallstein, Göttingen 2010, 445 S., 42,00 €.

Gleich in seiner Einleitung macht der Autor sein Erkenntnisinteresse deutlich: Es gehe ihm nicht um Zensur als einseitiger behördlicher Akt – warum dann aber der reißerische Untertitel des Buches? –, sondern um das alltägliche und allgegenwärtige Phänomen, das damit „zu einem gesellschaftsimmanenten Phänomen [werde], das nicht alleine von einem Akteur ausgeht und nicht nur in einer Richtung – vom Mächtigen auf Ohnmächtige – ausgeübt wird“ (S. 10). Nicht so sehr juristische und politische Argumente interessieren ihn, sondern die verschiedenartigen Kontrollphänomene von unterschiedlicher Qualität. Er zählt u. a. dazu: Debatten in den Massenmedien und in Teilöffentlichkeiten wie Politik, Kirchen und Wissenschaft unter Beteiligung der Institutionen, die im staatlichen Umfeld mit der Kontrolle des Films beauftragt waren, wie die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft, die Filmbewertungsstelle und die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Ihn interessieren aber auch Lobbygruppen, die sich für oder gegen die Filmkontrolle engagieren, und die Kinobesucher mit ihren Vorlieben oder Abneigungen.

In vier Teilen beschreibt der Autor, wie die Macht der Bilder bzw. das öffentlich Zeigbare im Westen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur deutschen Einheit reguliert wurde und welchem – kulturell bedingten – Wandel die Aufsicht über den Film unterworfen war. Seinem Anspruch, damit auch Gesellschafts- und Kulturgeschichte zu schreiben, wird der Autor vollauf gerecht. Da das Grundgesetz Zensur ausdrücklich verbot, kam es in der Bundesrepublik – im Gegensatz zur

Weimarer Republik mit ihrem Reichslichtspielgesetz von 1920 – zu keiner vom Staat dominierten Filmkontrolle, sondern auf freiwilliger Grundlage in einem Kompromiss von Politik, Filmwirtschaft, Kirchen und Jugendverbänden. Nach der von 1947 bis 1952 vom Autor datierten Konstituierungsphase mit dem Höhepunkt der zum Skandal stilisierten Aufführung des Films „Die Sünderin“ und der Verabschiedung des Jugendschutzgesetzes, durch das die Altersfreigabe einzelner Filmstreifen geregelt wurde, erlebte die Filmkontrolle von den frühen 1950ern bis in die Mitte der 1960er Jahre ruhige Zeiten, die im zweiten Teil beschrieben werden. Die weiteren Teile thematisieren unter den Überschriften „Dynamisierung und Wandel“ die Entwicklung von der Mitte der 1960er bis zum Ende der 1970er Jahre (Teil 3) bzw. „Auf der Suche nach einer neuen Ordnung“ diejenige der 1980er Jahre (Teil 4). Anhand der breiten schriftlichen (Archiv-)Überlieferung der in Wiesbaden ansässigen Freiwilligen Selbstkontrolle, deren Entscheidungen en détail in ausführlichen (und teilweise in Wort-) Protokollen überliefert sind, lassen sich Für und Wider von Schnitzaufgaben oder Indizierungen nachvollziehen, ob es um Sexualität oder Kriminalität, Gewalt oder Militarismus ging, um nur einige der Zensurkategorien herauszugreifen. Leider sind die Filmpassagen, die den Beurteilungen zum Opfer fielen, nicht überliefert. Besonders der letzte Zeitabschnitt brachte eine Reihe neuer Herausforderungen; zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an das Aufkommen der neuen Medientechnologien, wie Kabel- und Satellitenfernsehen oder Videorecorder und DVD-Player, die den Konsum von Bewegtbildern nicht nur enorm erleichterten, sondern auch rasant verbreiteten und von den Hütern der Filmaufsicht neue Überprüfungsstrategien verlangten.

Jürgen Kniep hat mit seiner Untersuchung einem Teilaspekt der kulturpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik bis Anfang der 1990er Jahre den Nimbus des Nebulösen und Geheimnisvollen genommen.

Hochheim a. M.

ANSGAR DILLER

ACHIM LANDWEHR: *Kulturgeschichte* (UTB Profile 3307). Ulmer, Stuttgart 2009, 128 S., 9,90 €.

Der mittlerweile erreichte Grad an institutioneller Konsolidierung der Kulturgeschichte, nicht allein in der Forschung, sondern auch in den neuen Studiengängen, hat bereits eine erste Welle an Einführungsbüchern zu Methodik, Themengebieten und Genealogie der sog. Neuen Kulturgeschichte hervorgebracht. Wie sehr dabei ein primär an B.A.-Erstsemester gerichteter Band bemüht ist, allererst den geschichtlichen Ort der ‚Kulturgeschichte‘ zu markieren, zeigt das schmale Studienbuch von Achim Landwehr. Die umfangreiche Herleitung des Forschungsparadigmas aus den gleichermaßen universalistisch-humanistischen wie kulturvergleichenden Impulsen der Aufklärungshistorie, vor allem aber aus jenen unorthodoxen Forschungsansätzen, die um 1900 mit einem profilierten Kulturbegriff (S. 31) eine allmähliche Abnabelung vom historistischen Mainstream versuchten (J. Burckhardt, K. Lamprecht, M. Weber, G. Simmel), lässt – trotz erster selbstbewusster Bilanzierungen in Fachzeitschriften – auf etwas noch nicht ganz Abgegoltene alter Grabenkämpfe schließen. Immer noch wird das Zerrbild einer abstrakten Struktur- und Sozialgeschichte aufgerufen, gegen welche die Erforschung der konkreten „historischen Akteure mit ihren Handlungsmöglichkeiten und Sichtweisen“ (S. 16) eingefordert wird.

Den Studienanfänger, der von Interdisziplinarität noch nichts gehört hat, dürfte es mitunter irritieren, wenn sich der Autor gleich zu Beginn gegen den Dilettantismus-Vorwurf jener Kritiker zur Wehr setzt, die hinter der thematisch-methodischen Verworrenheit und in der Verwendung eines weiten Kulturbegriffs Unwissenschaftlichkeit und Beliebigkeit vermuten. Dagegen betont der Verfasser gerade die erkenntnisgewinnende Fruchtbarkeit eines konzeptionell offenen Verständnisses von Kultur. Kulturgeschichte ist nämlich keineswegs reduzierbar auf die Geschichte bedeutsamer menschlicher Artefakte, auf Kunst- oder Ideengeschichte. Sie beinhaltet alle Dimensionen menschlichen Lebens, verstanden als tätig geschaffene und erzeugte Wirklichkeit (Rituale, Sitten, Gebräuche, Mentalitäten).

Kultur ist, so die Leitthese, kein Objekt der Forschung, sondern ein symbolisches Geflecht aus unterschiedlichen Weltbezügen; Kulturgeschichte zeichnet mithin eine Reflexion auf die grundlegende anthropologische Tatsache aus, dass Menschen „die sie umgebenden Wirklichkeiten mit bestimmten Bedeutungsnetzen“ (S. 9) versehen. Auf wenigen Seiten gelingt es dem Verfasser, ebenso präzise wie verständlich, in einige grundlegende Theorieprobleme der Historiographie einzuführen, etwa den Unterschied zwischen einem naiven Verständnis von Faktenontologie und einer mit den Wahrnehmungsdispositionen, Emotionen und Projektionen der historischen Akteure immer schon vermengten Textur der Geschichte auszumachen. Erst Letztere lasse sich als Geschichte im eigentlichen Sinne verstehen und der Zuständigkeitsbereich der Kulturgeschichte ist die Interpretation von bereits wahrgenommener und damit interpretierter Wirklichkeit.

Der an diesen gemäßigten Konstruktivismus anschließende, emphatisch vertretene Theorie- und Methodeneklektizismus wird im Fortgang des Bandes an exemplarischen Forschungsfeldern durch-exerziert: an der Geschichte des Körpers und Geschlechtssemantiken, an den Dispositiven und Institutionen der neuzeitlichen Wissensproduktion und -distribution, an den symbolischen Dimensionen in der Organisation des Sozialen und Politischen sowie an der Wahrnehmungsgeschichte und den Repräsentationsmodi von Gewalt.

Auch wenn das Kapitel über die Potentiale einer Kulturgeschichte des Ökonomischen weitestgehend auf Mentalitätsfragen beschränkt bleibt und dabei neuere kulturwissenschaftliche Forschung ausspart, gelingt es dem Band, den Mehrwert einer kulturgeschichtlichen Perspektive durchweg plausibel zu machen. Historische Prozesse der Selbstvergewisserung und Identitätsbildung werden besonders in den gelungenen Ausführungen zu „Körper und Geschlecht“ deutlich, in denen der Verfasser den Bogen von der neuzeitlichen Geschichte des Körpers bis hin zu den zeitgenössischen Genderdebatten und der „Geschichte der Männlichkeiten“ spannt. Gerade am Zusammenspiel von biologischem (sex) und soziokulturellem Geschlechtsbegriff (gender) (S. 68) lässt sich einem Erstsemesterstudierenden erfahrungsnah die komplizierte und stets in Machtverhältnisse eingelagerte Gemengelage von Materialität und Symbolizität, von Identität und historisch konstruierten Rollenmodellen veranschaulichen.

Natürlich lässt sich, ob der reihenbedingten Knappheit der Ausführungen, die Abwesenheit einiger Themenfelder und Referenzautoren bemängeln. Es fehlen beispielsweise der für die Moderne so zentrale Bereich einer kulturgeschichtlichen Technikgeschichte sowie die daran gebundenen (industriellen) Wahrnehmungsrevolutionen von Raum und Zeit. Grundsätzlich wäre als Ergänzung des gegen die Kurzschlüsse neoliberaler und biologistischer Anthropologien wiederentdeckten Konzeptes vom „Homo Culturalis“ (Wolfgang E. J. Weber) als alleinige kulturelle Symbolisierungsinstanz auch über die Rolle von Tieren und materiellen Artefakten *als* Akteure nachzudenken, wie sie gegenwärtig in einer Neuauflage materialistischer Soziologien (B. Latour) und in der neueren Umweltgeschichte diskutiert wird.

Alles in allem ist es aber das Verdienst Landwehrs, Kulturgeschichte als akademisches Instrument von Komplexitätssteigerung herkömmlicher historischer Fragestellungen in einer zunehmend komplexer und unübersichtlicher werdenden Welt auf ein gut lesbares und präzises didaktisches Niveau gebracht zu haben. Dieser Herausforderung sollte sich annehmen, wer vor dem Hintergrund von Globalisierung, Differenz- und Alteritätserfahrungen Geschichte studieren oder lehren möchte.

Augsburg

PATRICK RAMPONI

SARAH NEUMANN: *Der gerichtliche Zweikampf: Gottesurteil – Wettstreit – Ehrensache* (Mittelalter-Forschungen 31). Thorbecke, Ostfildern 2010, 268 S. (5 Abb.), 49,00 €.

Das mittelalterliche *duellum* beschäftigt die Rechtsgeschichte seit langem. Dabei halten sich, trotz der Zunahme kritischer Stimmen, einige starke Hypothesen. So liest man häufig, die als rechtliche

Einhegung von Gewalttaten mit Ordalqualität entstandenen Gerichtszweikämpfe seien im Verlauf des Mittelalters zurückgedrängt worden und hätten sich schließlich in Gestalt des frühneuzeitlichen Duells zum außergerichtlichen Ehrenzweikampf transformiert. Die vorliegende, 2008 in Oldenburg abgeschlossene Dissertation zielt eher darauf, derartige Großerzählungen zu dekonstruieren. Sie tut dies auf breiter Quellengrundlage, indem sie neben den Rechtsquellen und literarischen Darstellungen auch chronikalische Werke in ihre Betrachtung einbezieht. Ebenso breit wie der zeitliche Zugriff (von den frühmittelalterlichen *leges* bis ins Spätmittelalter) ist der regionale Fokus: Er umfasst das Reich, Frankreich und England und riskiert sogar einen Seitenblick auf Skandinavien. Die vermeintliche Schlichtheit der Gliederung nach vier großen „W“s, nämlich „Wo“ (Gerichtshoheit und Schauplätze), „Wie“ (Regelwerk und Verlaufsprotokolle), „Warum“ (Delikte und Konflikte) und schließlich „Wer“ (Delinquenten und Kombattanten), sollte nicht über die hermeneutische Sorgfalt und den methodischen Tiefgang hinwegtäuschen, mit denen die Verfasserin zu Werke geht. Es gelingt ihr, einerseits die meisten der erwähnten Narrative zu dekonstruieren, andererseits aber in vielen Fallstudien historische Kontexte zu rekonstruieren, in denen wichtige Motive des gerichtlichen Zweikampfes aufscheinen.

Eine Hochzeit des gerichtlichen Zweikampfes im Mittelalter hat es, so ließe sich ein Ergebnis der Arbeit zusammenfassen, niemals gegeben. Lassen auch die Quellen indirekt auf eine gewisse Bereitschaft der Vertreter aller Stände schließen, den rechtlichen Zweikampf als eine Option zur Konfliktregulierung beizubehalten, so sind die Regelungen zum *duellum* seit dem Frühmittelalter tendenziell einschränkend und lassen es lediglich als *ultima ratio* zu. Dabei ist die Grenze zwischen eher „duellfreundlichen“ Monarchen und Adligen und eher „duellfeindlichen“ Bürgern und Klerikern weniger strikt markiert als gemeinhin angenommen. Auch ist von Beginn des Untersuchungszeitraums eine Skepsis gegenüber der Qualität des gerichtlichen Zweikampfes als Gottesurteil erkennbar – bereits der Langobardenkönig Luitprand äußerte im 8. Jh. die Meinung, schon häufig hätten Unschuldige durch den Zweikampf ihr Recht verloren. Umgekehrt verschwindet das Eingreifen Gottes keineswegs automatisch mit dem kirchlichen Verbot der Ordalien durch das IV. Laterankonzil 1215; es findet sich als Motiv in Duell Erzählungen bis zum Ende des Mittelalters (und darüber hinaus). In der Rechtspraxis lassen sich gerichtliche Zweikämpfe nur sehr selten nachweisen. Das komplizierte Regelwerk zur Einleitung eines *duellum* mündete meist in Verhandlungen und letztlich in einen Verzicht auf den kampfmäßigen Austrag. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, dass auch der häufiger überlieferte Plan zum Zweikampf zweier befeindeter Fürsten, der nach dem Modell des gerichtlichen Zweikampfes gedacht war und mittels dessen der Krieg zwischen beiden gleichsam ohne großes Blutvergießen der Heere entschieden werden sollte, niemals in die Realität umgesetzt wurde.

Indem die Autorin die alte Trennung zwischen an den Fakten orientierten Rechtsquellen und fiktionaler Literatur sowie den Chroniken, die fallweise der einen oder der anderen Seite zuzuschlagen sind, suspendiert (freilich ohne gattungsspezifische Unterschiede zu ignorieren), wird der Blick frei für zentrale Leitmotive der Duell-Erzählungen bzw. für die Funktionen der Erörterung des *duellum* in ganz verschiedenen Zusammenhängen, wie sie in ihrer Schlussbetrachtung unterstreicht. So taugt der Zweikampf zur Erläuterung gerechter Herrschaft (Monarch als Moderator), ebenso aber kann er als Medium der Herrscherkritik (Instrumentalisierung zur Ausschaltung von Kritikern) dienen. Insbesondere natürlich fungierten Zweikampfberichte als Mittel zur Selbstvergewisserung des Adels, indem in ihnen einige seiner Grundprinzipien wie Treue und Gehorsam, Gottvertrauen und Ritterlichkeit zur Darstellung gebracht werden. Bei aller Plausibilität geraten diese Schlussüberlegungen streckenweise allerdings sehr allgemein: „Im erzählerischen Entwurf zum gerichtlichen Zweikampf wird das Eigene vom Fremden geschieden“ (S. 217) – das ließe sich so sicher für viele andere Narrative konstatieren. Am Schluss deutet sich dann doch so etwas wie ein Wandel an, indem auf die Zunahme von verbalem Schlagabtausch, Injurien und schriftlichen Kampfansagen im Spätmittelalter verwiesen wird. Insgesamt besitzt die vorliegende Arbeit, die zudem durch Stilsicherheit und angenehme Lesbarkeit zu überzeugen vermag, allein als Themen- und Quelleninventar einen hohen Wert. Darüber hinaus wird sie jedoch auch aufgrund ihrer anregenden Einzelinterpretationen den Ausgangspunkt künftiger Studien bilden.

ERNST OPGENOORTH/GÜNTHER SCHULZ: *Einführung in das Studium der Neueren Geschichte*. 7., vollst. neu bearb. Auflage (UTB 1553). Schöningh, Paderborn u. a. 2010, 424 S. (17 Abb., 8 Fotos, 7 Tab.), 22,90 €.

MARTIN LENGWILER: *Praxisbuch Geschichte. Einführung in die historischen Methoden* (UTB 3393). Orell Füssli, Zürich 2011, 296 S. (28 Abb., 2 Tab.), 19,90 €.

Als der Bonner Mittelalter- und Neuzeithistoriker Ernst Opgenoorth im Jahr 1969 die erste Auflage seiner „Einführung in das Studium der Neueren Geschichte“ im Westermann Verlag veröffentlichte, gab es die erst im Folgejahr gegründete Verlagskooperation „UTB“ überhaupt noch nicht. Gleichwohl wurde der Band in der roten Taschenbuchreihe – nachdem 1974 eine Neuauflage bei Ullstein erschienen war – seit der dritten, überarbeiteten und ergänzten Auflage (1989) unter der Verantwortung des Schöningh-Verlags zu einem ‚Klassiker‘ geschichtswissenschaftlicher Einführungsliteratur. Diesen Status konnte ‚der Opgenoorth‘ nicht nur über zwei weitere Auflagen wahren, für die sein Verfasser noch allein verantwortlich zeichnete. Auch der Einstieg des Bonner Wirtschafts- und Sozialhistorikers Günther Schulz als Co-Autor mit der sechsten Auflage im Jahr 2001 und Schulz’ Übernahme der Gesamtverantwortung für das Werk mit der siebten Auflage 2010 haben daran nichts geändert.

Gleichwohl wird man ‚dem Opgenoorth‘ inzwischen nicht mehr ganz gerecht, wenn man ihn als Klassiker etikettiert, denn dazu enthält er zu viele Bezüge auf aktuelle Themen und Problemstellungen. ‚Klassisch‘ sind seine sehr übersichtliche Behandlung von „Grundfragen der Methoden“, der Quellengattungen und Quellenkritik sowie die Vorstellung von „Teildisziplinen und Nachbargebieten“ der Geschichtswissenschaft. Weitgehend unverändert geblieben ist der praxisorientierte Teil zu schriftlichen Arbeiten und Referaten. Die Handschrift von Schulz, der offensichtlich darauf bedacht ist, die Grundstruktur des Werks zu erhalten, ist am deutlichsten in jenen Teilen spürbar, in denen der Band aktuelle methodisch-theoretische Problemstellungen und Ansätze in der Neueren Geschichte behandelt. So findet sich etwa ein Absatz über die Neue Kulturgeschichte im Kapitel über die historischen Teildisziplinen; bei der Nennung von Hilfsmitteln des Studiums werden EDV- und Online-Angebote, Fachportale und Suchmaschinen sowie E-Learning und Literaturverwaltungsprogramme vorgestellt.

‚Aktualisiert‘ wurde der ‚Klassiker‘ auch insofern, als nicht nur die kommentierten Literaturhinweise ergänzt und auf den neuesten Stand gebracht wurden, sondern auch das Layout des Bandes heutigen Lesegewohnheiten angepasst wurde: Eine Vielzahl von Definitionskästen, Abbildungen und Grafiken und v. a. die Glossierung des Textes mit Stichworten zu den jeweiligen Darstellungsinhalten strukturieren das Werk und erleichtern seine Benutzung. Mit der gelungenen Mischung aus Alt und Neu wird sich ‚der Opgenoorth‘ sicherlich seinen angestammten Platz auf dem Markt der Einführungsliteratur sichern können, der seit der Einführung der Bachelor-Studiengänge mit neuen Titeln überschwemmt wird.

Um solch einen Platz muss die Einführung in die historischen Methoden des Basler Neuzeithistorikers Martin Lengwiler erst noch kämpfen, wenngleich Bände wie dieser im Zeichen des Verschwindens von Veranstaltungen zu Historischen Hilfswissenschaften, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft aus den universitären ‚Lehrplänen‘ als Kompensation für dieses Lehrdefizit dringend benötigt werden. Anders allerdings als ‚der Opgenoorth‘ ist Lengwilers Werk nicht als ‚topographische Übersichtskarte‘ eines geschichtswissenschaftlichen Teilbereichs angelegt. Das „Praxisbuch Geschichte“ zeichnet vielmehr die Arbeit des Historikers nach:

Es widmet sich in einem ersten Kapitel unter der Überschrift „Konzeptphase“ der Archivarbeit und den „Regeln der historischen Kasuistik“, worunter Probleme der Heuristik aber auch des Sampling verhandelt werden. Anschließend daran geht es Lengwiler um „Recherchen und Analyse“. Vorgestellt wird hier zunächst die „Quellenkritik und ihre Grenzen“ – allerdings aus dem Blickwinkel moderner Kritik an „historistischer“ Methodik. Es folgen Absätze zur Oral History, zur historischen Bildanalyse und zu quantifizierenden Methoden in der historischen Forschung, bevor Bemerkungen zur historischen Komparatistik und zum „Sinn und Unsinn historischer Periodisierungen“ dieses

zweite Kapitel beschließen. Das abschließende dritte Kapitel ist der Historiographie als praktischer Tätigkeit des Historikers gewidmet. Unter dem Titel „Schreiben und Präsentieren“ thematisiert Lengwiler das Schreiben, Präsentieren und Publizieren von Geschichte sowie unter dem Schlagwort des E-Learning historische Methoden im digitalen Zeitalter. Im Anhang findet sich außer den Auswahlbibliographien zu den einzelnen Kapiteln und dem Register ein kurzes Glossar, in dem Fremdwörter wie „analog“, „Analyse“, „Hypothese“ oder „Scholastik“ erläutert werden. Hinsichtlich des Layouts ähnelt der Band jenem von Opgenoorth und Schulz, und auch hinsichtlich der Klarheit und Einfachheit der Darstellung sind beide Einführungen einander verwandt.

Ein grundsätzlicher Unterschied besteht nicht nur im Darstellungsgegenstand (Neuere Geschichte bzw. historische Methoden), sondern – wie bereits angesprochen – in der Anlage der Werke: ‚Der Opgenoorth‘ ist stärker enzyklopädisch aufgebaut. Sowohl durch das detaillierte Inhaltsverzeichnis als auch durch die Glossen zu den jeweiligen Darstellungsinhalten am Seitenrand kann der Nutzer gezielt einzelne Sachverhalte ‚ansteuern‘, die ihn besonders interessieren bzw. die er ‚nur schnell einmal‘ nachschlagen will. Demgegenüber zwingt Lengwilers Band eher zum systematischen Lesen – zum einen, weil er der Chronologie folgt, in der historische Arbeiten entstehen, zum anderen, weil aus dem Inhaltsverzeichnis nicht sofort erkenntlich ist, unter welchen Kapiteln bestimmte Sachverhalte behandelt werden. Wer z. B. eine Darstellung der ‚traditionellen‘ Methodendichotomie ‚Verstehen und Erklären‘ sucht, muss einiges Vorwissen mitbringen, um Ausführungen hierzu zu finden, die über die Abschnitte ‚Im Schatten des Historismus: Die Quellenkritik und ihre Grenzen‘ und ‚Zahlen als Argument: Quantifizierende Methoden in der historischen Forschung‘ verteilt sind. Bietet dieser Band also den Vorteil, dass er keine einzelnen Methoden separat darstellt oder theoretisiert, sondern verschiedene Spielarten methodischen Vorgehens im weiteren Zusammenhang der Praxis des Historikers erläutert, so fehlt ihm die Übersichtlichkeit und ‚Nutzerfreundlichkeit‘ der ‚Einführung in das Studium der Neueren Geschichte‘.

München

STEFAN JORDAN

WERNER TELESKO: *Das 19. Jahrhundert. Eine Epoche und ihre Medien* (UTB Kunstgeschichte 3392). Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2010, 336 S. (46 Abb.), 24,90 €.

Werner Telesko will eine Einführung in die Medien des 19. Jh.s vorlegen. Er gliedert die Darstellung neben der obligaten Einleitung (drei Seiten) in vier Groß- und 16 Teilkapitel. Die Hauptkapitel sind überschrieben: ‚Politische und soziale Grundlagen‘, ‚Visuelle Strategien‘, ‚Wissenskulturen‘, ‚Mensch und Wahrnehmung‘. Jedes Teilkapitel ist in etliche informelle Unterkapitel unterteilt, z. T. sind diese nur einen Absatz lang. Im ersten Hauptkapitel geht es um große Fragen: Nation, politische Legitimität, Christentum, Bürgertum, sozialen Wandel. Im nächsten behandelt Telesko die verschiedenen Historismen, Denkmäler, Akademien, Ausstellungen und die Ästhetisierung des öffentlichen Lebens. Hauptkapitel 3 streift die Philologien und die Massenpresse, das Museum und die Weltausstellungen. Im letzten Hauptkapitel, dem kürzesten, werden zunächst veränderte Landschaftswahrnehmungen, sodann die Panoramen betrachtet. Das Buch glänzt durch 46 Abbildungen und ein Personenregister. Positiv sind die europäischen Bezüge hervorzuheben, die Abschnitte zu den Denkmälern hat der Rezensent mit Gewinn, den zu den Panoramen mit Interesse gelesen.

Die Negativa überwiegen: Es wird kein Medienbegriff entwickelt. Empfohlen hätte sich angesichts der großen Fragen, die der Autor stellt, Medien als soziale Institutionen zu begreifen. Ganz allgemein stellt er fest, dass es ihm um die Wahrnehmung der ‚alten und neuen Medien der Schrift- und Bildkultur‘ gehe (S. 7–9). Im Klappentext werden als Medien ‚Presse, Fotografie und andere Medien‘ erwähnt. Was eine Daguerreotypie technisch ausmacht, erfährt der Leser auf der vorletzten Seite! Zur Presse sind die Ausführungen oberflächlich, sekundärer Literatur entnommen und spielen in der Darstellung eine deutlich untergeordnete Rolle. Es dominieren die der Kunstgeschichte sicher adäquateren Medien Denkmal, Bild, Druckgrafik etc. Ein Medienregister fehlt.

Die Konzentration einer kunsthistorischen Einführung auf die darstellende Kunst ist legitim und soll in dieser Rezension nicht in den geringsten Zweifel gezogen werden. Aber der Titel ist Etikettenschwindel. Da er vielleicht Verlagsentscheidungen geschuldet ist, sei auch das nicht weiter kritisiert. Aber eine Einführung, die einerseits durch viele instruktive Abbildungen glänzt, dann aber keine einzige interpretiert, kann nicht als Einführung gelten. Viele Namen werden hingeworfen, die passagenweise durchaus instruktiven Überlegungen des Autors setzen gleichwohl immer Vorwissen voraus, das dem Einführungspublikum fehlen dürfte. Aus zeitgenössischen Massenmedien zitiert der Autor grundsätzlich zweiter Hand, auch das ist kein gutes Beispiel für Einführungen. Selbst Jules Michelets große Revolutionsdarstellung wird sekundär zitiert. Es fehlen methodische Reflexionen; was sind verbindliche, was problematische Lesarten?

Der Autor erweckt den Eindruck von Belesenheit. Jedem Teilkapitel sind umfangreiche Literaturübersichten beigegeben. Kein Titel ist kommentiert. Durch die Aufteilung der benutzten Literatur auf die Kapitel sind etliche Titel doppelt und dreifach aufgenommen. Manche Literatur scheint nur bibliographiert zu sein: Eisensteins grundlegende Gutenbergstudie taucht im Literaturanhang zum Presseabschnitt auf. Was hat sie in einer Darstellung zum 19. Jh. zu suchen? Gebhardts Pfennig-Magazin-Studie wird bibliographiert, die Pfennig-Presse selbst im Buch nicht behandelt. Welches sind die neuen Medien, von denen der Autor spricht? Er beginnt mit den Zeitungen. Nirgends könnte er falscher liegen. Sie werden erst im späten 19. Jh. zu bebilderten Medien.

Nicht verständlich ist, warum der Autor mit einer breiten Erörterung des Epochenbegriffs beginnt, um sich dann für den politischen (langes 19. Jh.: Französische Revolution bis zum Ersten Weltkrieg) zu entscheiden. Er belässt es aber nicht bei 1914, sondern nimmt lieber die noch in Proseminaren der 1970er eingetrichterte Epochengrenze zur Zeitgeschichte von 1917. Seit 1989 sollte diese Zäsur zurückgestuft sein. Gibt es keine kunstgeschichtliche Epochisierung, die besser das 19. Jh. träfe? Für die Kommunikationsgeschichte fielen mir einige ein: z. B. eine in Kombination von medientechnischen und -rechtlichen Argumenten gewonnene (Sennfelder, König & Bauer, Karlsbad).

Bamberg

RUDOLF STÖBER

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

HANS-WOLFGANG BERGERHAUSEN: *Köln in einem eisernen Zeitalter, 1610–1686* (Geschichte der Stadt Köln 6). Greven, Köln 2010, 457 S. (121 Abb.), 60,00 €.

Die Monographie zur Kölner Geschichte in römischer Zeit hat einen hohen Maßstab für alle folgenden Bände gelegt, doch Bergerhausen kann diesen souverän erfüllen. Dem Verfasser muss zugestimmt werden, wenn er das 17. Jh. als das bisher am schlechtesten erforschte Säkulum der Kölner Stadtgeschichte charakterisiert. Die umfangreichen Archivarbeiten konnten weitgehend vor dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs erledigt werden. Geprägt wurde das Niederrheingebiet im 17. Jh. durch militärische Auseinandersetzungen, die Permanenz von Kriegsvorbereitung und Kriegsführung, nicht aber durch außergewöhnliche Schlachten oder eine hochgradige Zerstörung (S. 9). Die Bedrohung der Reichsfreiheit nahm mehrfach konkrete Gestalt an. Derart bildet der Krieg das erste hervorzuhebende Merkmal, als zweites nennt der Verfasser, zunächst ein wenig überraschend, die Konfessionalisierung. Doch rechtfertigt der Band diese Klassifizierung, zumal es schon früh im 17. Jh. zum Bruch zwischen dem katholischen Köln und den protestantischen Reichsstädten kam. Hohe Bedeutung gewann zudem das Lavieren bei den Handelsbeziehungen zu den nördlichen Niederlanden und den politischen Verbindungen zum spanisch-habsburgischen Hof in Brüssel. Allerdings beschränke ich mich weitgehend auf soziale und ökonomische Entwicklungen, die zahlreichen Wendungen der Reichs- und Stadtpolitik können nicht nachgezeichnet werden.

1617 legte eine Ordnung fest, dass nur noch Katholiken Bürger werden konnten, die Zahl der protestantischen Bewohner wird auf knapp zehn Prozent geschätzt. Zugleich griff der Rat in die

zuvor den Gaffeln zustehende Bürgeraufnahme ein. Damit wanderten wirtschaftlich durchaus erfolgreiche Bürger ab, aber zunächst konnte dies durch Zuwanderer aufgefangen werden. Doch die Pestepidemien der 2. Hälfte des 17. Jh.s führten bis 1687 zu einem Rückgang der Einwohnerzahl. Innerhalb der Stadtmauern dienten knapp 30 Prozent der Fläche als Gärten, und es zeigt sich eine stärker ausgebildete Sozialtopographie. Besonders Handwerker dürften unter Schwierigkeiten gelitten haben. Dazu verstärkte sich die Verlagerung des überregionalen Handels weg vom Niederrhein, was neben den Kämpfen und der in der zweiten Jahrhunderthälfte aufkommenden merkantilistischen Politik sowie dem niederländischen Eigenhandel den Kölner Handel und damit verbunden die kommunalen Finanzen deutlich schädigte; Finanzprobleme kennzeichnen dann die zweite Jahrhunderthälfte. Auch das verlegerisch lange beherrschte Hinterland (Grafschaft Mark, Bergisches Land) emanzipierte sich von der Stadt. Dass angesichts der hohen Nachfrage die Produktion und der Vertrieb von Waffen, Munition und Pulver florierten, liegt auf der Hand. Daneben erwiesen sich die Schuhmacherzunft und das Braugewerbe als leistungsstark, das Tuchgewerbe und der Weinhandel verloren an Bedeutung. Genussmittel und Spezereien zeigen zeittypische Neuerungen, neu entstehende Betriebe blieben aber unzüftig. Insgesamt ist die wirtschaftliche Entwicklung Kölns im 17. Jh. negativ zu bewerten, bevor ein deutlicher Abwärtstrend seit den 60er Jahren die Situation verschärfte. Die Besetzung der städtischen Führungspositionen verstetigte sich mit den Regelungen von 1610 und 1620/23: Nach einem Jahr im Amt des Bürgermeisters wurde dieser ein Jahr Präsident der Freitagsrentkammer und ein weiteres Jahr Rentmeister der Mittwochsrentkammer, bevor wieder das Bürgermeisteramt folgte. Allerdings blieben die führenden Familien gegenüber Zuzüglern offen, und charakteristisch ist weiterhin die Zunahme studierter Juristen im Rat. Nach Ansätzen im letzten Drittel des 16. Jh.s entwickelte sich der Rat nunmehr definitiv zur Obrigkeit, der die Einwohnerschaft als Untertanen ansprach. Daneben kennzeichnet die Zeit von 1610 bis 1686 die höchste Regelungsichte der Stadt bis 1794: 2.558 Verfügungen erließ der Rat. Bestimmungen des Verbundbriefs wurden ausgehöhlt, Partizipationsrechte der Gemeinde beschnitten. Der abschließend analysierte Güllich-Aufstand zeigt nochmals die Verquickung von Finanzproblemen – nicht zuletzt durch hohe und zunehmend unnachsichtig eingetriebene kaiserliche Forderungen begründet –, Verfassungsbruch, Elitenkonflikten, sozialen Verwerfungen und Obrigkeitsanspruch als Auslöser von Unruhen. Der Verfasser bilanziert, dass Köln den neuen Herausforderungen auf Dauer nicht mehr gewachsen war. Es handelt sich um eine ausgesprochen quellennahe, detailreiche Studie zur Entwicklung Kölns im eisernen Zeitalter, der viele Leser zu wünschen sind.

Siegen

BERND FUHRMANN

MARCUS CERMAN U. A. (Hg.): *Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000–2000* (VGS-Studientexte 2). StudienVerlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2011, 438 S. (zahlr. Abb.), 29,90 €.

Es handelt sich bei diesem Band um ein Studienbuch mit einem Überblick über die Entwicklung der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte in den letzten tausend Jahren sowie eine Einführung in wichtige Forschungsfragen auf diesem Gebiet. Es ist für Studienanfänger geschrieben und bietet in kompakter Form einen Einstieg. Dabei werden aber wichtige Teilbereiche des wirtschaftlichen und sozialen Handelns ausgeblendet. Die Herausgeber sprechen sie in der Einleitung z. T. selbst an: „der Dienstleistungsbereich, die internationalen Beziehungen, der Handel, das Geldwesen sowie die Entwicklung der Jugend und von Peer groups“ (S. 8). Dass die Herausgeber hier ein relativ kleines Sozialphänomen wie Peer groups mit dem Beschäftigungssektor, in welchem zwei Drittel der Bevölkerung Lohn und Brot verdienen, in eine Reihe stellen, soll nicht kommentiert werden. Warum aber hat man sehenden Auges diese enormen Lücken in Kauf genommen? Hat das eventuell damit zu tun, dass die Autoren fast ausschließlich am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien beschäftigt sind? Es fällt auf, dass nicht einmal die lokalen Kollegen des Parallel-

instituts der Wiener Wirtschaftsuniversität mit einem Beitrag eingebunden sind. Das Ziel des Bandes scheint also in erster Linie darauf gerichtet zu sein, die sozialen Verbindungen der Kollegen eines Instituts zu verbessern, und erst in zweiter, ein für Bachelor-Studenten („Bakkalaureaten“) einbändiges umfassendes Einführungswerk an die Hand zu geben – wie sonst ist dieser Über-Mut zur Lücke zu verstehen? Andererseits ist das, was das Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien sozusagen aus Bordmitteln bereitstellen kann, in Breite und Qualität wirklich sehenswert – wohl dem, der dort studiert!

In 21 Beiträgen, von 17 Autoren verfasst, werden neben theoretischen Perspektiven viele wichtige Themen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens dargestellt: Arbeitsverhältnisse, Bevölkerung, soziale Bewegungen, Europa und die Welt, Geschlechterdifferenzen, Gewerbe, Industrialisierung, Klassenunterschiede, Konsum, Landwirtschaft, Migrationen, gesellschaftliche Schichtung, Technik, Wirtschaftswachstum sowie Zusammenleben in Haus und Familie. Einer der besten Beiträge kommt von der Herausgeberin Andrea Komlosy (S. 10–30). Er ist unter dem Titel „Zeiten und Räume“ allen anderen vorangestellt und umreißt, wie Zeit und Raum in jeder Epoche neu definiert wurden – sehr spannend! Gleichzeitig bemüht sich Komlosy mit einem solchen Eifer um die Political Correctness („der ein/e HistorikerIn“ – S. 15), dass der Eindruck eines satirischen Umgangs mit dieser heiligen Materie sehr naheliegt. Anschließend folgen sechs weitere theorieorientierte Beiträge von M. Cerman (nationalökonomische Theorien, S. 31–42), D. Mayer (Karl Marx, S. 43–47), A. Resch (Neue Institutionenökonomik, S. 48–56), R. Siedler (Theorien in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, S. 57–75), P. Vries (Wirtschaftswachstum, S. 76–103) sowie P. Eigner (Industriegesellschaft, S. 104–133). In einem weiteren Block werden Beiträge zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung dargestellt: Bevölkerung (J. Ehmer, S. 134–160), Technologie (H. Weitensfelder, S. 161–177), Agrarwirtschaft (E. Landsteiner, S. 178–210), Protoindustrialisierung (M. Cerman, S. 211–227), Entwicklung der Industrie (P. Eigner, S. 228–243), Arbeitsverhältnisse (A. Komlosy, S. 244–263), Arbeitsmigration (S. Hahn, S. 264–278) sowie Konsum (F. Eder, S. 279–305). Die Themengruppen sind nicht benannt, es ist dem Leser selbst vorbehalten, die 21 Beiträge zu Gruppen zusammenzufassen. Das macht nicht nur den armen zukünftigen Bachelor etwas ratlos! Wo dieser zweite Block abschließt, bleibt auch nach intensivem Bemühen rätselhaft. Die letzten sechs Beiträge springen in ihrer Thematik und wären besser an anderer Stelle in einem sinnvollen Zusammenhang eingebracht worden. Dabei geht es um den Staat (Wirtschafts- und Sozialpolitik, A. Weigl, S. 305–321), Familie (R. Sieder, S. 322–345), Stände- und Klassengesellschaft (H. Stekl, S. 246–364), Geschlechter (S. Zimmermann, S. 365–391), sozialer Protest (M. v. d. Linden, S. 392–410) sowie „Europa und die Welt“ (P. Vries, S. 411–438).

Alle Beiträge bieten jeweils eine absolut brauchbare Übersicht über ihr Thema. Allerdings gibt es auch Dinge zu verbessern: Einige Autoren bewegen sich schon nahe der „Historikerfalle“ (lange Schilderung der Vorgeschichte und Hintergründe, bevor das Kernthema erreicht wird). In einem Fall stößt das bedenkenlose Zitieren von religiösen Kernsätzen schon negativ auf („Unser täglich Brot gib uns heute“, S. 282). Vor dem Hintergrund muslimischer Proteste bei Verletzung religiöser Gefühle ist es schon bemerkenswert, mit welcher Dickfälligkeit Franz X. Eder Ähnliches im christlichen Bereich ignoriert. Erich Landsteiner gelingt das Kunststück, mehrere der wirklich großformatigen Seiten (à 4.410 Zeichen!) ohne einen einzigen Absatz zu füllen.

Trotzdem: Das Buch ist gerade für Eingangssemester durch seine Zusammenstellung von theoretischen und methodischen Ansätzen und Darstellungen wirklich sehr brauchbar und wird sicherlich – nicht zuletzt wegen des Preises – weite Verbreitung finden. Für die nächste Auflage empfehle ich allerdings die klaffenden thematischen Lücken zu füllen und den Band zu gliedern.

Bergen, Norwegen

HARM G. SCHRÖTER

DITTMAR DAHLMANN/MARGRIT SCHULTE BEERBÜHL (Hg.): *Perspektiven in der Fremde? Arbeitsmarkt und Migration von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart* (Migration in Geschichte und Gegenwart 6). Klartext, Essen 2011, 523 S., 39,95 €.

Es ist erfreulich, wenn der Inhalt eines Bandes den etwas einseitigen Werbetext korrigiert. Auf dem Rückeneinband heißt es: „Migrationsbewegungen haben im Laufe der Jahrhunderte die Arbeitsmärkte wesentlich beeinflusst“ – so als habe es eine umgekehrte Einflussnahme nicht gegeben. Anliegen dieses Bandes ist es, Arbeitsmarktforschung und Migrationsforschung, die „bis vor kurzem weitgehend getrennte Wege gegangen“ seien (S. 9), enger zu verbinden. Man könnte einwenden, solide Migrationsforschung habe schon seit Längerem den Arbeitsmarkt mit erfasst, aber ein Band wie dieser bleibt willkommen. In allen Beiträgen wird die Verwendbarkeit der diskreditierten Begriffe „push and pull“ implizit bestätigt, aber gleichzeitig demonstriert, dass sie als Instrument der Analyse so hochkomplizierter Prozesse und Interaktionen wie die dargestellten viel zu grobschlächtig sind.

Es ist verdienstvoll, wenn hier in nicht weniger als 20 Beiträgen speziell auf die Wechselwirkungen der beiden Forschungsbereiche vom 16. Jh. bis zur Gegenwart abgehoben wird, wobei die beiderseitige Gewichtung variiert, bis hin zu den Beiträgen von Sturm-Martin über Großbritannien 1956–1961 und Berlinghoff zum deutschen Anwerbestopp, bei denen der Arbeitsmarkt weit in den Hintergrund tritt. Untersucht werden eher kleine (deutsche Gastwirtsgehilfen in Paris, deutsche Kaufleute in Liverpool) ebenso wie sehr große Migrantengruppen (deutsche Kriegsgefangene in den USA, russische Arbeitskräfte im Ersten Weltkrieg). Herausragend ist Oltmers souveräner Forschungsbericht zur Arbeitsmigration von und nach Deutschland im 19. und 20. Jh.

Nicht ganz so überzeugend ist der ursprünglich englischsprachige Beitrag zur USA-Einwanderung, der mit Sätzen verblüfft wie: „Nur wenige der Personen, die über den Atlantik zogen, hinterließen persönliche, schriftliche Darstellungen ihrer Migration. Die vorhandenen Darstellungen kümmern sich zudem relativ wenig um die Gründe für die Auswanderung.“ (S. 172 f.) Dieser sonst durchaus akzeptable Artikel leidet überdies unter einer etwas unbeholfenen Übersetzung; dasselbe gilt für den Beitrag der spanischsprachigen Autorin zur spanischen Arbeitsmigration nach Deutschland, der aus dem Englischen (!) übertragen wurde. Beide werfen mit Nachdruck die grundsätzliche Frage auf, wie sinnvoll eine Übersetzung aus dem Englischen in einer wissenschaftlichen Publikation heute noch ist und ob nicht dafür eingesetzte Forschungsgelder erheblich besser verwendet werden könnten.

Die Qualität dieser Übersetzungen ist nicht das Einzige, was die Herausgeber übersehen haben. Da ist etwa der lange fünfte Satz der Einleitung, der zwar verständlich, aber unvollständig ist (S. 9). Generell hätte eine Reihe auch original deutscher Texte von einer sprachlichen Durchsicht profitiert. Positiv zu erwähnen bei einem deutschsprachigen Buch ist das Vorhandensein eines ausführlichen Orts- und Personenregisters. Ein Literaturverzeichnis von 52 Seiten erstaunt, aber die fünf Seiten Abkürzungsverzeichnis könnten den Eindruck erwecken, sie sollten den Leser intermittierend erheitern. Ganz ernsthaft werden dort erklärt: Anm., Bd., d. h., DDR, ders., Dr., S., s., u. a., usw., vgl., z. B. Und in dieser Überfülle von Informationen wurde „n. pag.“ nicht pagiert“ übersehen. Ist es nicht ein wenig verkehrte Welt, wenn der Rezensent sorgfältiger liest als der Herausgeber?

Trotzdem kann ich mit einer positiven Note schließen. Historiker, Soziologen, Ökonomen können hier viel zuverlässig belegtes Neues und häufig auch Anregendes finden. Ungewöhnlich ist die berufliche Zusammensetzung der Autoren, wenn man nach akademischen Karrierekriterien sortiert. Aus dem Mittelfeld der Wissenschaftlichen Mitarbeiter, Privatdozenten und Räte kommen 15; nur zwei sind Universitätsprofessoren, aber Doktoranden nicht weniger als sechs. Diese Art der Nachwuchsförderung ist nur zu begrüßen.

Schnepfenthal

WOLFGANG HELBICH

ANNE-KATRIN EBERT: *Radelnde Nationen. Die Geschichte des Fahrrads in Deutschland und den Niederlanden bis 1940* (Campus Historische Studien 52). Campus, Frankfurt a. M./New York 2010, 495 S. (18 Abb., 11 Grafiken), 49,90 €.

Dass die vorliegende Arbeit mit einer Reflexion der Konstruktionsgeschichte nationaler Identitäten beginnt, und nicht, wie vielleicht zu erwarten wäre, mit einer Methodendiskussion der Mobilitätsgeschichte, ist bezeichnend. Die Verfasserin unternimmt eine „Untersuchung der Konstruktion nationaler Wirklichkeiten mit und durch alltägliche Dinge“ (S. 12). Ein solches Vorhaben ist in der Technikgeschichte immer noch selten; am Untersuchungsgegenstand Fahrrad in zwei europäischen Ländern zeigt sich aber das beträchtliche Potenzial einer solchen Politikgeschichte der Technik. „Nationale Vorstellungen und Wahrnehmungen prägten die Nutzung des Fahrrads, und im Gegenzug prägte das Fahrrad nationale Vorstellungen.“ (S. 147) Anne-Katrin Ebert breitet in einer klaren, reflektierten und nie ins Unkonkrete entweichenden Sprache ein Spektrum der beiden politisch-gesellschaftlichen Fahrradgeschichten aus. Sie untersucht die nationalen Verbände und die nationalen Wahrnehmungsmuster, die Aktivitäten, die Referenzen boten – in Deutschland eher Turnen, in den Niederlanden eher Wandern und Eislaufen –, die Geschlechterrollen und die sozialen Verortungen, und zeigt auf, dass „vieles, was in der Forschung häufig getrennt wird – Politik und Freizeit, Vorstellungen und Gegenstände, Nation und Ding – tatsächlich aufs Engste miteinander verwoben ist“ (S. 25). Das demonstriert sie besonders an Teil-Geschichten wie der Konstruktion nationalsprachlicher Fahrradlexika (S. 151–154), oder den unterschiedlichen Selbstinszenierungen durch symbolische Aktionen, wie Rennen oder Korso-Fahrten. Neu und aufschlussreich ist hier vor allem die Diskussion des Nationalen, also der zweite Teil des Buches, während die Teilkapitel zur Rad-Erfahrung, zu den medizinischen Debatten und zu den Geschlechterrollen kaum über ältere Arbeiten, wie die von Rabenstein (*Radsport und Gesellschaft*, 1996), oder auch die Texte britischer und amerikanischer Fahrradhistoriker (z. B. Herlihy: *Bicycle. The History*, 2004) hinausgehen.

Methodisch beruht die Arbeit auf einem Essential: Diskurse und der konkrete Gebrauch werden aufeinander bezogen; das „Verhältnis zwischen Mensch und Ding, hier zwischen Radfahrer und Fahrrad, [wird] als ein interaktives verstanden“ (S. 413). Das erzeugt Erdung; nicht allein Mythen, Bilder und Erzählungen konstruieren politische Identität, sondern eben auch Dinge und die „Skripten“ ihres Gebrauchs. Nicht nur die Konzeption einer permanenten Wechselbeziehung zwischen den Dingen und den Menschen leitet die Arbeit, sondern auch eine Verknüpfung der Dinge mit dem scheinbar dingfernen Bereich des Politischen. Nationalkonstruktion als Dinggeschichte – das wird überzeugend an zwei unterschiedlichen Nationen vorgeführt. Das Politische der unmittelbaren Techniknutzung, die gesellschaftlichen Integrationsanstrengungen der Radfahrer und ihrer Verbände in den jeweiligen Valorisierungssystemen wird ebenso herauspräpariert wie die gesellschaftliche Wirksamkeit neuer Körperlichkeiten. So entsteht eine hierarchisierte Totalgeschichte eines technischen Artefakts, in der Fragestellungen und Modelle der Sozialgeschichte, wie etwa die Verfahren der Distinktion, der „erfundenen Traditionen“ oder der Demokratisierung durch Techniknutzung, auf Mobilitätsgeschichte produktiv abgebildet werden. Die „Modernität des Maschinensports Radfahren“ (S. 188) wird nicht behauptet, sondern durch quellenbasierte Analysen evident. *State of the art* der Mobilitätsgeschichte: Das dürfte dieses Buch charakterisieren, auch wenn auf manche Diskussion im Fach, etwa um den von ihr verwendeten Begriff des „Spiels“ im Konnex mit Risiko im Umgang mit Mobilität, nicht eingegangen wird (Gebauer u. a. [Hg.]: *Kalkuliertes Risiko. Technik, Spiel und Sport an der Grenze*, 2006).

Ein Einwand bleibt, leider: Auch wenn die Verfasserin immer wieder Vor- und Parallel-Erfahrungen der Fahrradnutzerinnen und Nutzer anführt, Reiten, Eislauf, generell das britische Sportmuster und die Übertragung dieser Muster auf die Selbstkonstruktion des Radfahrens aufzeigt, so bleiben doch Lücken bei der Verortung in der Mobilitätskultur der Jahrhundertwende. Eine ganze Reihe der spezifischen Merkmale, die Ebert für den Gebrauch und die gesellschaftliche Positionierung des Fahrrads rekonstruiert, sind gerade in den Niederlanden gar nicht so spezifisch: Sie treffen für die Rolle des Wassersports ebenso zu. Parallel zum ANWB (ab 1885 unter dieser Bezeichnung) wurde im Mai 1890 der niederländische „Watersportverbond“ gegründet, der die Entwicklung des

Boot- und Segelsports als nationalspezifische Freizeitkultur des liberalen Bürgertums förderte. Des- sen Rolle für das „nation building“ der Niederlande war, zusammen mit dem 1885 gegründeten Touristenverband VVV, wahrscheinlich noch bedeutender als das Radfahren. „Wasserwandern“, die wassertouristische Erschließung der Provinzen und das Freizeitsegeln stellten die Nutzer in die große niederländische Seefahrtstradition, erlaubten ihnen eine spielerische Identifikation mit den Formen und den großen Personen der nationalen Wasserkulturen und schufen über Konversion oder Nach- konstruktion von Arbeits-, Schlepp- oder Fischerbooten für Rekreationszwecke eine enge Verbindung zwischen der professionellen nationalen Arbeitswelt und einer spezifisch niederländischen Freizeit- kultur, die bis heute – mit 400.000 registrierten Sportbooten – eine außerordentliche Dynamik ent- faltet. Dass die Verfasserin dieses auch politisch wirksame Referenzfeld der Fahrradkultur ausblen- det, ist umso erstaunlicher, als sie einen weiten Blick und eine außerordentliche Sensibilität für die Interdependenz von Kontexten, Institutionen und Artefakten hat. Also: eine exemplarische Arbeit der Mobilitätsgeschichte von überragender Qualität, mit einer Leerstelle.

Karlsruhe

KURT MÖSER

ULRICH EISENBACH: *Duale Berufsausbildung in Hessen. Entstehung und Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert* (Schriften zur hessischen Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte 9). Hessisches Wirtschaftsarchiv, Darmstadt 2010, 427 S. (13 Abb., 23 Dokumente, 3 Tab.), 29,90 €.

Wie aus der Einleitung hervorgeht, wurde das zu rezensierende Buch angeregt durch die Vorbereitung einer Ausstellung zur dualen Berufsausbildung in Hessen und gründet auf das hierfür über mehrere Jahre hinweg zusammengetragene historische Material. Die Studie ist in neun Kapitel gegliedert, welche die Zeit von der Krise der traditionellen handwerklichen Berufserziehung im 18. Jh. bis zur Globalisierung der Wirtschaft und Europäisierung der Berufsausbildung um die Jahrtausendwende umfassen. Schwerpunkte vom Umfang wie vom Inhalt bilden die Kapitel fünf („Auf dem Weg zur dualen Berufsausbildung 1918–1938“), sieben („Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“) und acht („Technischer Fortschritt und Globalisierung“). Das Erkennen einer konzisen Argumentations- und Entwicklungslinie über die einzelnen Kapitel hinweg ist deshalb nicht einfach, weil ihr Aufbau kei- nen einheitlichen Kriterien folgt, sondern sie unterschiedlich strukturiert sind. Zwar werden durch- gängig zentrale Strukturmerkmale der dualen Berufsausbildung thematisiert, doch geschieht dies zu wenig systematisch und stringent, so dass ein eher eklektizistischer Eindruck entsteht. Das dem Nationalsozialismus gewidmete sechste Kapitel weicht insofern von den anderen ab, als in ihm die nationalsozialistische Indoktrination der Berufsausbildung im Vordergrund steht, während instituti- onell-organisatorische Maßnahmen des NS-Regimes bereits im vorausgehenden Kapitel behandelt sind, was dessen unkonventionelle zeitliche Positionierung („1918–1938“) erklärt.

Das mag genügen, um anzudeuten, dass Ulrich Eisenbachs „Duale Berufsausbildung in Hessen“ kein theoretisch orientiertes Buch ist und, zieht man den Entstehungskontext in Betracht, es vermut- lich auch gar nicht sein will. Es wäre deshalb unangemessen, die Maßstäbe der berufs- und wirt- schaftspädagogischen Historiographie anzulegen. Wollte man es doch tun, wäre nicht nur auf das Fehlen eines argumentativen Bezugsrahmens hinzuweisen, der es ermöglicht hätte, die so etwas positivistisch anmutende, gleichwohl beeindruckende Fülle an thematischen Aspekten und noch mehr an einzelnen Fakten einer systematischen Strukturierung und Interpretation zugänglich zu machen. Weiter wäre darauf hinzuweisen, dass das Literaturverzeichnis, gemessen nicht nur am aktuellen Forschungsstand der historischen Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Lücken aufweist und auch die Zitierweise nicht durchgängig wissenschaftlichen Standards entspricht.

Worin liegt dann aber der Wert dieses schön ausgestatteten, mit zahlreichen Dokumenten, Quel- lennachweisen, Verzeichnissen und Registern versehenen Bandes? Seine Stärke liegt gerade in seiner regionalen Begrenztheit und dem ihm vielleicht innewohnenden Hang zur antiquarischen Geschichts-

betrachtung im Sinne Nietzsches. Das Buch enthält eine schier erdrückende Fülle von veranschaulichenden Aussagen und Belegen, die in jedem Fall eine Bereicherung und Ausweitung unseres bisherigen Wissensstandes zur dualen Berufsausbildung ist und insbesondere für alle an den hessischen Zuständen Interessierten eine wahre Fundgrube sein dürfte. Von Fülle darf deshalb die Rede sein, weil das ausgewertete Material nicht nur auf unterschiedliche Wirtschaftsbereiche und Branchen bezogen ist, sondern ebenso betriebliche wie schulische Berufsausbildung einschließlich deren gesetzliche Grundlagen mit einbezieht, Lehrwerkstätten wie Übungsfirmen berücksichtigt und auch überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen durchgängig thematisiert. Dabei erfolgen auch aufschlussreiche und bezeichnende Schlaglichter auf die Ausbildung in Großbetrieben, von der Lehrlingsauswahl über die Ausbildung bis hin zur sozialen Betreuung und den Lehrabschlussfeiern. Nicht vergessen werden darf darüber die Fülle an Lokalem: Auch wer an Berufsausbildung in einzelnen hessischen Städten und Gemeinden interessiert ist, kommt – von Alsfeld bis Ziegenhain – auf seine Kosten, wobei ihm das sechs Seiten umfassende Ortsregister gute Hilfe leistet. Verständlicherweise finden sich die meisten Informationen für größere Städte bzw. Handels- und Industriezentren wie Frankfurt, Darmstadt, Rüsselsheim, Gießen und Kassel, doch kommen auch Klein- und Mittelstädte zu ihrem Recht, sofern es in ihnen nennenswerte Berufsbildungsaktivitäten gab.

Schließlich mag die Lektüre des Buches auch akademischen Berufs- und Wirtschaftspädagogen noch Anregungen und Hinweise auf Themen geben, die bislang mehr angetippt als ausgeführt sind: Als ein Beispiel sei die Selbstorganisation der Berufsausbildung durch jüdische Gemeinden genannt, nachdem ihre Jugendlichen durch das nationalsozialistische Regime von der öffentlichen Berufsausbildung ausgeschlossen waren.

Frankfurt a. M.

MANFRED HORLEBEIN

NICOLAS ESCHENBRUCH U. A. (Hg.): *Arzneimittel des 20. Jahrhunderts. Historische Skizzen von Lebertran bis Contergan*. Transcript, Bielefeld 2009, 344 S. (12 Abb.), 19,80 €.

Die traditionelle Arzneimittelgeschichte widmet sich im Kern der Geschichte der Arzneistoffe und ihrer Entdecker. Sie bot bis dato nur wenig Anschlussmöglichkeiten für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Der vorliegende Sammelband von Nicholas Eschenborn, Viola Balz, Ulrike Klöppel und Marion Hulverscheidt macht jedoch mit dem breiten Themenspektrum, das er abdeckt, deutlich, dass Arzneimittelgeschichte mehr sein kann als eine reine Wissenschaftsgeschichte. Die Herausgeber verstehen die Arzneimittelgeschichte in ihrem einleitenden Beitrag vielmehr als Brückendisziplin, die Arzneistoffe nicht um ihrer selbst willen thematisiert, sondern diese als Produkte und Katalysatoren gesellschaftlicher Veränderungen analysiert. Dieses stark kulturhistorisch geprägte Verständnis macht die Arzneimittelgeschichte auf innovative Weise auch für Sozial- und Wirtschaftshistoriker interessant.

Die insgesamt zwölf Aufsätze des Bandes entstanden im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten interdisziplinären Netzwerkes über „Magic Bullets und chemische Knebel: Historische Perspektiven der Epistemologie, Herstellung, Regulierung und Anwendung von Arzneistoffen im 20. Jahrhundert“. Um die im Netzwerk und damit im Sammelwerk vertretenen Ansätze und behandelten Themen zu einem roten Faden zu verbinden, fokussieren sich die Autoren in ihren Beiträgen auf ein einzelnes Jahr der Geschichte eines Arzneimittels und werfen damit zugleich die Frage nach historischen Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Arzneimittelgeschichte des 20. Jh.s auf.

Es sind vor allem die Beiträge von Axel C. Hüntelmann, Beat Bächli, Christina Ratmoko und Alexander von Schwerin, die die Anschlussfähigkeit einer als Brückendisziplin betrachteten Arzneimittelgeschichte an die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte demonstrieren.

Der Beitrag von Hüntelmann widmet sich dem maßgeblich von Paul Ehrlich entwickelten Syphilis-Mittel Salvarsan, das 1910 von den Farbwerken Hoechst, vorm. Meister Lucius & Brüning in

den Handel gebracht wurde. Eindringlich und dicht analysiert er die Entwicklung des Salvarsans von dessen Entdeckung bis zur Markteinführung und liefert damit zugleich einen Beitrag zur Geschichte des erfolgreichen Forschungsnetzwerks um den Medizinnobelpreisträger Paul Ehrlich im Speziellen sowie zur Geschichte des Zusammenspiels von Pharmaindustrie und unabhängigen Forschungseinrichtungen im Allgemeinen.

Bächi bietet in seinem Beitrag über die „Mikrochemie der Macht“ einen knappen Überblick über einige Ergebnisse seiner aufschlussreichen Dissertation zur Geschichte der industriellen Produktion und Vermarktung von künstlichem Vitamin C in den 1930er bis 1950er Jahren. Es gelingt ihm, differenziert und pointiert darzustellen, dass die Durchsetzung des Vitamin C als vermeintlich universelles Gesundheitsmittel eng einherging mit einem grundlegenden Wandel des gesellschaftlichen Verständnisses von Krankheit und Gesundheit, der durch die „wissenschaftliche Propaganda“ der Firma Roche für das künstliche Vitamin C erfolgreich flankiert wurde.

Auch Ratmoko präsentiert in ihrem Aufsatz Teilergebnisse ihrer 2010 erschienenen Dissertation. Sie weicht dabei insofern vom Konzept des Sammelwerks ab, als sie sich nicht einer Produktgeschichte, sondern der Vorgeschichte eines der bedeutendsten Pharmaprodukte des 20. Jh.s widmet – nämlich der Entdeckung des Hormons Testosteron im Jahre 1935. Ihr Beitrag verdeutlicht am Beispiel der Unternehmen Schering (Deutschland), Ciba (Schweiz) und Organon (Holland) sowie der externen Hormonforscher Ernst Laqueur, Adolf Butenandt und Leopold Ruzicka die Bedeutung von Forschungsk Kooperationen zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und externen Wissenschaftlern. Die genannten Firmen und Forscher lieferten sich ein langjähriges Rennen um die Entdeckung des Hormons, das letztlich keiner der Beteiligten eindeutig für sich entscheiden konnte, sondern das nur durch mitunter konfliktreiche Zweckbündnisse untereinander zu einem erfolgreichen Ende für alle Akteure geführt werden konnte.

In einem Sammelband über die Arzneimittel des 20. Jh.s darf ein Beitrag über den Contergan-Skandal freilich nicht fehlen. In seiner Analyse des öffentlichen Diskurses um die „Contergan-Bombe“ kommt von Schwerin zu dem Schluss, dass der Skandal um das Schlaf- und Beruhigungsmittel Contergan eine zentrale Zäsur in der Formationsphase der modernen Massenkonsumgesellschaft darstellte. Der gesellschaftliche Glaube an die Errungenschaften des technisch-industriellen Fortschritts wurde durch die 1961 aufgedeckten massiven Nebenwirkungen des Contergan-Wirkstoffs Thalidomid in seinen Grundfesten erschüttert. Überzeugend gelingt es dem Autor zu verdeutlichen, dass der Contergan-Skandal – auch vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte über die mutagene Wirkung von oberirdischen Atomtests im Kalten Krieg – zu einer neuen risikoeistemischen Ordnung der modernen Konsumgesellschaft führte.

Wer sich durch den Titel des vorliegenden Bandes nicht irritieren lässt und sich keinen einführenden Überblick über die Arzneimittelgeschichte des 20. Jh.s erhofft, wird dessen Beiträge mit großem Gewinn lesen. Den Herausgebern ist es gelungen, die Arzneimittelgeschichte auf innovative Weise für andere historische Disziplinen zu öffnen. Zwei Kritikpunkte dürfen jedoch nicht unerwähnt bleiben: Erstens wirkt die von den Herausgebern gewollte Fixierung der einzelnen Beiträge auf ein entscheidendes Jahr in der Geschichte des jeweils untersuchten Arzneimittels zu starr und führt dazu, dass sich jeder Autor zunächst dazu gezwungen sieht, das von ihm gewählte Jahr ausführlich zu rechtfertigen. Zweitens fällt der inhaltlich durchaus überzeugende Beitrag von Bettina Wahrig und Angelika Neubaur-Stolte deutlich aus dem konzeptionellen Rahmen des Bandes, da er sich nicht mit einem konkreten Arzneistoff, sondern mit der Entwicklung der Toxikologie als Wissenschaftsdisziplin beschäftigt.

Insgesamt bleibt zu hoffen, dass auch die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der impliziten Einladung der Herausgeber zu einer interdisziplinären Analyse der sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedeutung von Arzneimitteln im 20. Jh. folgen wird.

WERNER FREITAG/PETER JOHANEK (Hg.): *Bünde – Städte – Gemeinden. Bilanz und Perspektiven der vergleichenden Landes- und Stadtgeschichte* (Städteforschung, Reihe A, Darstellungen 77). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2009, 354 S., 44,90 €.

Der Titel und die Konzeption dieses Bandes erschließen sich erst nach der Lektüre des Vorwortes. Es handelt sich um eine Reihe von Vorträgen, die im Oktober 2006 auf einem Kolloquium mit dem Titel „Vier Jahrzehnte vergleichende Landes- und Stadtgeschichte“ zu Ehren von Wilfried Ehbrecht gehalten wurden und die jetzt überraschend zügig in der institutseigenen Reihe der Städteforschung publiziert wurden. Ehbrechts gesammelte Aufsätze erschienen im Übrigen bereits 2001 in dieser Reihe; man sollte die beiden Bände bei der Lektüre nebeneinander legen. An die gedruckten Beiträge eines solchen Kolloquiums kann man nicht dieselbe Messlatte anlegen wie an einen normalen Sammelband. Es handelt sich um Beiträge von Freunden und Kollegen, die sich mit Themen befassen, mit denen sich der Jubilar in früheren Publikationen beschäftigt hat.

Herausgekommen ist dabei ein bunter Blumenstrauß von Aufsätzen, der mit dem Titel des Sammelbandes nicht allzu viel zu tun hat. Den Reigen eröffnet Werner Freitag mit Überlegungen zu alten und neuen Fragestellungen der westfälischen Landesgeschichte. Er konstatiert eine Krise des Faches, das auf Historikertagen zunehmend eine marginale Rolle spielt und immer mehr Lehrstühle und Institute verliert. Davon ausgehend stellt sich das Problem, die spezifische Methodik und den Gegenstand einer westfälischen Landesgeschichte zu bestimmen. Knut Schulz befasst sich mit Stadtgemeinde, Rat und Rheinischem Städtebund um 1250 und Thomas Schilp mit dem Rheinischen Bund und den westfälischen Städten. Regionale Einungen zwischen Rhein und Meer behandelt der Jubilar, Franz Irsigler Dorfbefreiungen zwischen Rhein und Maas. In einem Zweitbeitrag fragt Ehbrecht, ob es im mittelalterlichen Friedland Städte gegeben hat, und ebenfalls mit friesischen Stadt- und Landgemeinden beschäftigt sich Hajo van Lengen. Dieses Schwerpunktthema wird von Jürgen Lafrenz mit Studien zum Ausbau friesischer Städte im Spiegel von Karten vertieft, außerdem von Heinrich Schmidt mit einem Aufsatz über Friesland und Westfalen im Mittelalter. Leopold Schütte behandelt Hofen, Bauernschaften und andere Stadtteilbezeichnungen in Westfalen. Heinz Schilling steuert einen bemerkenswerten Aufsatz über die deutschen Städte in den politischen und religiösen Umbrüchen des „langen 16. Jahrhunderts“ bei, in dem er der Rezeption der Forschungen des Jubilars nachspürt.

Wilfried Ehbrecht unternimmt zum Schluss noch den Versuch einer Zusammenfassung der weitgespannten Themen, bei denen sich auch der Rezensent vergeblich um einen treffenderen Titel bemüht hat. Sein Schlusswort lautet: „So gesehen, können von einer innovativen Landes- und Stadtgeschichtsforschung noch viele Anregungen und Korrekturen gängiger Geschichtsbilder ausgehen.“ (S. 346) Dies kann der über eine Nachbarregion arbeitende Rezensent nur unterschreiben und hoffen, dass sich auch in anderen Regionen Forscher finden, die eine „innovative Landes- und Stadtgeschichtsforschung“ betreiben. Auf einem Festkolloquium zu einem 65. Geburtstag denken die Freunde und langjährigen Weggefährten des Jubilars über ihre gemeinsame Arbeit der letzten vierzig Jahre nach. Was damals „innovative Landes- und Stadtgeschichtsforschung“ war, ist heute teilweise Wissenschaftsgeschichte geworden. Hier liegt die besondere Herausforderung nicht nur der westfälischen Landesgeschichtsforschung: Sie muss versuchen, neben den traditionellen auch auf den aktuellen Forschungsfeldern wenigstens eine zweite Geige zu spielen, um nicht im Wissenschaftsmuseum zu landen. Die Kontakte mit der Lokalforschung müssen ebenfalls gepflegt werden, und diese Verbindungen zu einer eher bodenständigen Geschichtsschreibung sind vielleicht ein wichtiges Korrektiv, nicht jede Modeerscheinung mitzumachen.

Trier

WOLFGANG SCHMID

CHRISTIAN HESSE/KLAUS OSCEMA (Hg.): *Aufbruch im Mittelalter. Innovationen in der Gesellschaft der Vormoderne. Studien zu Ehren von Rainer C. Schwinges*. Thorbecke, Ostfildern 2010, 304 S. (35 Abb., 1 Tab., 2 Tafeln), 39,90 €.

Einleitend verweisen die Herausgeber auf den überstrapazierten Innovationsbegriff, auf die vorwiegende Verbindung von Innovation mit Wirtschaft und Technik, geschuldet nicht zuletzt den Arbeiten von Schumpeter. Entscheidend ist die breite Durchsetzung einer Innovation, nicht die Erfindung selbst, und beide plädieren für eine Ausweitung des Gegenstandsbereichs auf die bisher unter diesem Aspekt weniger untersuchte soziale und politische Geschichte, um derart Innovationsvorgänge als Evolution beschreiben zu können. Damit stehen nicht teleologisch Modernisierung oder Rationalisierung im Zentrum. Für das Spätmittelalter seit spätestens der zweiten Hälfte des 14. Jh.s geht Hans-Jörg Gilomen trotz Edelmetallknappheit von einem Überangebot an den Kapitalmärkten aus, und in der Regel hatten zumindest die Städte kaum Probleme bei der Kreditbeschaffung. Gilomen betont die Bedeutung des Handelskapitals für die Entwicklung von Maschinen und Verfahren sowie das Verlagswesen, analysiert als zentrale Aspekte im Kreditwesen die Risikominderung durch Kredit und die Mobilisierung des Kredits nicht zuletzt durch Wechsel. Städtische Finanzverwaltungen untersucht Gerhard Fouquet, stellt die doppelte der einfachen Buchführung gegenüber. Doch auch die Qualität der doppelten Buchführung ist von der korrekten Buchung abhängig, während das Fehlen der fiskalischen Kasseneinheit sowohl die Zeitgenossen wie die Historiker vor Probleme stellt. Der Energieerzeugung und damit auch der Umwelt sowie der Technik widmet Karl-Heinz Spieß einen souveränen Überblick, betont zunächst die Nutzung der Kohle sowie den breiten Einsatz der Wasserkraft und die drehbaren Mühlen. Die Forderung nach einer stärkeren Verschränkung der Technikgeschichte mit der Sozial- und Kulturgeschichte kann nur unterstützt werden. Anhand des Buchdrucks und des Bergbaus sowie frühneuzeitlicher Maschinenbücher stellt Klaus Schreiner die Wahrnehmung und Legitimation technischer Neuerungen vor, akzentuiert die Interessengebundenheit vieler Kritiker; er schließt mit drei Legitimationsmustern sowie den unverändert diskutierten Vor- und Nachteilen des technischen Strukturwandels. Für die niederländischen Universitäten und Akademien zeigt Willem Frijhoff für die Frühe Neuzeit, dass für Innovationen den Akademien höhere Bedeutung zukommt als den doch traditionsbehafteten Universitäten. In der Neugründung Leiden standen um 1600 Veranstaltungen in Mathematik, Geometrie, Befestigungswesen und Technik (*engineering*) Nicht-Lateinkundigen offen, hier dominierten die Interessen der Landesherren an der theoretischen Zusatzausbildung von Praktikern. Aus pontificalen Quellen schöpft Ludwig Schmutge und verweist auf der Basis von sieben Bereichen auf die Offenheit der päpstlichen Kurie gegenüber ärztlichen Gutachten bei Entscheidungen.

Veränderungen im und die nur langsame Delegitimation des Fehdewesens analysiert Christine Reinle, stellt neben die Rechtsgelehrten einen für das Thema nur wenig beachteten Traktat des Kölner Theologen Heinrich von Gorkum. Die Rezeption dieser Lehren sieht Reinle in Anschluss an Peter Moraw allerdings skeptisch. Thomas Zotz thematisiert Innovationen im Turnierwesen, stellt den Bedeutungsgewinn des Einzelkampfs sowie die soziale Funktion des Turniers als adliges Standesereignis in den Mittelpunkt, bevor abschließend die zunehmende Orientierung Adliger an die wirtschaftlichen Erfordernisse hervorgehoben wird, welche allerdings die fürstliche Ebene nicht erreicht haben dürfte. Breit diskutiert Martin Kintzinger Außenpolitik, Außenbeziehungen und Diplomatie als Feld der Praxis, stellt potentiellen Innovationen traditionsgebundenes Handeln entgegen. Abschließend wendet sich Bernd Schneidmüller in großem zeitlichen Abstand zum Nationes-Projekt nochmals der Nationsbildung in Europa zu und verweist zu Recht auf die Gefahren eines Dilettantismus bei modernen, vergleichenden globalen Modellen. Mit positiver Tendenz bewertet Schneidmüller aufgrund der Folgewirkungen den Innovationsgehalt der Nationenbildung in weiten Teilen Europas im Spätmittelalter. Die qualitätsvollen, mit Gewinn zu lesenden Beiträge des Bandes dürften weitere Forschungen anregen, wobei der weit gefasste Innovationsbegriff eine einigende Klammer für den Band bietet.

Siegen

BERND FUHRMANN

ANDREA ISELI: *Gute Policey. Öffentliche Ordnung in der Frühen Neuzeit* (UTB 3271). Ulmer, Stuttgart 2009, 162 S. (12 Abb.), 12,90 €.

Im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation und den zugeordneten Reichskreisen setzten das Reichsoberhaupt, die legislativen Reichsorgane, allen voran die Reichstage, und die Reichsstände auf eine zu Beginn der Neuzeit neue Form zur Vermittlung allgemeiner Normen und Wertmaßstäbe. Ihre Inhalte waren offenbar zuvor schon weit entwickelt, doch tauchen der Begriff *Policey* und seine Synonyme (*Police*, *Politie* u. a.) in deutschsprachigen Quellen nicht vor dem Ende des 15. Jh.s auf. Mit Blick auf die europäischen Länder (Bezugspunkte sind: Frankreich, Portugal, Italien, Skandinavien, Osteuropa) wird man – Andrea Iseli sieht hier die Ursprünge in französischen Quellen des 14. Jh.s („Bonne Police“. Frühneuzeitliches Verständnis von der guten Ordnung eines Staates in Frankreich. Epfendorf 2003) – den aus der Antike (Aristoteles) rezipierten Begriff in seiner Genese weiter differenzieren können und müssen. Trotz der Scheidung in spezielle oder allgemeine, die Herrschaft partiell oder insgesamt berührende Materien – man gliederte nach *ordinationes speciales*, *imperiales* bzw. *provinciales* – war die *Policey* in der Summe als legislativer Typus umfassend angelegt. Die Forschung zur *Policey* der Frühen Neuzeit trug dem wiederholt Rechnung, doch fehlte bisher eine handbuchartige Synopse. Der von Peter Preu geprägte, ältere Ansätze resümierende *Policey*-Begriff entsprach in seiner Analyse vom „Polizeibegriff der Polizeiornungen“ (Polizeibegriff und Staatszwecklehre. Die Entwicklung des Polizeibegriffs durch die Rechts- und Staatswissenschaft des 18. Jahrhunderts. Göttingen 1983, S. 15 f.) zunächst weniger der eingeschränkten Definition Johann Stephan Pütters (*Institutiones juris publici Germanici*. Göttingen 1767, S. 350: Cap. III. De iure Politiae), sondern folgte im Wesentlichen Johann Jacob Mosers (1701–1785) Ausführungen von 1773: [...] *zu dem Policey-Wesen, wie dises Wort in praxi üblich ist und verstanden wird, gehören diejenige Stücke, welche zu Einführ- oder Erhaltung der Sicherheit, guten Zucht und Ordnung, Nothdurfft, Wohlstand, Bequemlichkeit und Nutzen des allgemeinen bürgerlichen Lebens gereichen oder doch dazzu angesehen seynd.* (Von der Teutschen Crays-Verfassung. Frankfurt a. M./Leipzig 1773 [Neudruck Osnabrück 1967], S. 736). In der Einleitung seiner fast fünfhundertseitigen Abhandlung „Von der Landes-Hoheit in *Policey*-Sachen“ (1773) präziserte dann der Staats- und Verfassungsrechtler: *Ich verstehe hier unter dem Wort Policey diejenige landesherrliche Rechte und Pflichten auch daraus fliessende Anstalten, welche die Absicht haben, der Unterthanen äusserliches Betragen im gemeinen Leben in Ordnung zu bringen und zu erhalten, wie auch ihre zeitliche Glückseligkeit zu befördern.* So blieb bis zu Andrea Iseli die Frage, ob wir es in der *Policey* nur mit einem schwer fassbaren Allgemeinplatz in der Welt der Normen zu tun haben oder ob wir ihre Inhalte regionalisieren und kategorisieren können.

Mit Blick für das Ganze schlägt Iseli in ihrer einleitenden „Archäologie“ des *Policey*-Begriffs eine klärende Schneise, dem die jüngere Theoriebildung seit der Pionierstudie von Hans Maier folgte (*Die ältere Staats- und Verfassungslehre [Polizeiwissenschaft]. Ein Beitrag zur politischen Wissenschaft in Deutschland*. Neuwied a. Rhein 1966, 2. Aufl. 1980). In der gut lesbaren Darstellung kommen aber auch die Inhalte der frühneuzeitlichen Gesetzgebung nicht zu kurz. Abschnitte zu den Marktregeln, zu Qualitätskontrollen, Getreidevorräten, zur *Baupolicey*, zum *Wirtshaus* oder zur *Armen- und Gesundheitspolicey* sind von hoher ökonomischer wie sozialer Tragweite. So entstand ein tragfähiges, in der Auswahl der Beispiele freilich nicht immer repräsentatives Panorama zur europäischen Ordnungspolitik. Sie wurde für eine Zeit untersucht, der als Sattelzeit der Moderne eine kaum zu überschätzende Weichenstellung zufiel. Aus der *Policey* leiten sich Rechte und Pflichten, öffentliche und kirchliche Ordnung, sozialer Friede, Ehre, Glückseligkeit, Gesundheit und Wohlstand zum Teil bis heute ab. Dem forschenden Bemühen um Strukturierung frühmoderner Gesetzespraxis schien bis zu Andrea Iseli auf den ersten Blick die diffuse thematische Spannweite in den zeitgenössischen Quellen selbst gegenüberzustehen. Sie reicht von Maßnahmen gegen das schuldenfördernde *fressen* und *sauffen* – auch als *völlerei* und *zutrinken* bezeichnet – in öffentlichen Gasthäusern und insbesondere bei Hochzeiten, Tauffeiern oder Kirchweihen, gegen einen die Ständeordnung negierenden Kleiderluxus, gegen die sich ausbreitende Spielleidenschaft, gegen Ehebruch, Fluchen und Gotteslästern bis hin zur praktischen Seite der Seuchen- und Katastrophenprävention.

Letztere manifestierte sich beispielsweise in der medizinischen *Policey* oder in der sog. *Wasserpolicey*. Zum Kanon der *Policeynormen* zählte aber vor allem Orientierung. Das waren in der Regel kirchliche Werte, die im Rahmen biblischer *Policey* säkularisiert wurden. Eher dem ökonomischen Feld war dagegen die Münz*policey* zuzuordnen, bei der gerade die Reichskreise in übergreifenden Assoziationen seit dem 16. Jh. aktiv blieben. Erst um die Mitte des 19. Jh.s erfuhr dann die *Policey* eine Metamorphose zur heutigen Polizei. Damit verengte sich inhaltlich ihr Spektrum. Sie wurde zum Vollzugsorgan für die innere (und äußere) Sicherheit.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Andrea Iselis „Gute *Policey*“ Inhalte und Theoriebildung gleichwertig überzeugend verknüpft. Letztere reicht von der Sozialdisziplinierung über die *Gouvernementalität* bis zum Gemeinen Nutzen. Den Diskurs um die Konfessionalisierung vermisst man allerdings. Kleine *Desiderate* stellen sich auch bei der nicht durchweg hinreichend begründeten Beispielsauswahl ein. Letztlich ist aber hier die allgemeine Zusammenschau immer abhängig vom regionalen Forschungsstand. Nachdenken dürfen wir auch weiter, ob der Vorschlag zur Nobilitierung des Konzepts, die *Policey* als ein *Epochensignum* einzuführen, tragfähig sein wird. Angesichts des kränkelnden *Absolutismusbegriffs* spricht vieles dafür.

Erlangen-Nürnberg

WOLFGANG WÜST

ANDRÉ KIRCHHOFER U. A. (Hg.): *Nachhaltige Geschichte. Festschrift für Christian Pfister*. Chronos, Zürich 2009, 397 S., 31,00 €.

Es gehört zu den Routinefloskeln umwelthistorischer Forschungsüberblicke, dass es sich um eine junge Forschungsrichtung handelt. Da schrickt man schon etwas auf, wenn man plötzlich eine Festschrift zum 65. Geburtstag eines der Gründungsväter vor sich hat: doch schon so alt? Seit er in den frühen siebziger Jahren über den Zusammenhang von Agrarkonjunkturen und Witterungsverläufen forschte, ist Christian Pfister ein Umwelthistoriker *avant la lettre*, und dass am Ende eine ordentliche Professur an der Berner Universität stand, war lange Zeit nicht abzusehen. Persönliche Reminiszenzen in diesem Band lassen erahnen, wie mühselig der Weg zur akademischen Etablierung war.

Inzwischen ist auch die Festschrift zu einem reflexiven Medium geworden, indem die Kritik am Genre gleich in der Einleitung antizipiert wird. Eine „freundschaftlich-kritische Auseinandersetzung mit dem Schaffen eines Kollegen, Lehrers oder Mentors“ wird hier versprochen (S. 19), und wie so oft liegt die Betonung am Ende doch eher auf dem ersten Adjektiv. In vier Kapiteln à vier Beiträgen würdigen die Autoren Pfisters Arbeiten zur Klimageschichte, zur Geschichte der Naturkatastrophen, zur Regionalgeschichte und zur Verkehrs- und Energiegeschichte der Nachkriegszeit, für die Pfister den Begriff „1950er Syndrom“ geprägt hat. Es ist eine bunte Mischung aus Forschungsüberblicken, Fallstudien und konzeptionellen Essays etwa zur Kleinen Eiszeit und möglichen Gründen für ihre Entstehung, die ein Berner Forscherteam um den Geographen Heinz Wanner präsentiert. Aufsätze zur historischen Klimatologie in Spanien (Mariano Barriendos) sowie Naturkatastrophen in China (Andrea Janku) und den USA (Christof Mauch) machen den Band zu einem geographisch offenen Projekt. Zwei Beiträge stellen agrarhistorische Datenbankprojekte vor (Beat Brodbeck sowie Daniel Flückiger und Martin Stuber) – eine nicht ganz unoriginelle Themenwahl, schließlich saß Christian Pfister schon vor dem Computerbildschirm, als beim Gros der Kollegenschaft noch die Schreibmaschine klapperte. Ein vollständiges Verzeichnis seiner Publikationen sowie eine Zusammenstellung der von Pfister betreuten Qualifikationsarbeiten runden den Band ab.

Neben Festschriften unterliegen auch Festschrifts-Rezensionen gewissen Konventionen, und so sei hier nur der Pflicht halber moniert, dass die Qualität der Beiträge erheblich variiert. Eher bedarf der Diskussion, dass sich vor allem in den Aufsätzen zur Klimageschichte und der Geschichte der Naturkatastrophen der Eindruck eines gewissen konzeptionellen Stillstands aufdrängt. Gewiss gibt es in der Klimageschichte noch neue Quellen zu studieren wie etwa die Logbücher seegängiger

Schiffe, die Dennis Wheeler in einem englischsprachigen Beitrag vorstellt. Die großen wissenschaftlichen Schlachten scheinen jedoch eher in der Vergangenheit zu liegen: Die Fieberkurve des vergangenen Millenniums liegt vor, die Korrelation extremer Wetterereignisse mit Klimaentwicklungen und allgemeiner Geschichte steht konzeptionell weiterhin auf wackeligen Füßen, und in der Methodik der Katastrophengeschichte scheint sich nach Klimakultur (von Pfister am Schweizer Beispiel mustergültig exemplifiziert) und Vulnerabilität methodisch nicht mehr viel zu bewegen. Oder ist das nur das Atemholen, bevor die nächste Forschergeneration zuschlägt? Pfisters akademische Biographie ist schließlich auch eine Mahnung, dass man es sich mit Prognosen künftiger Forschungsentwicklungen nicht zu leicht machen sollte.

München

FRANK UEKÖTTER

JON MATHIEU: *Die dritte Dimension. Eine vergleichende Geschichte der Berge in der Neuzeit* (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte 3). Schwabe, Basel 2011, 242 S. (16 Abb., 1 Graphik, 8 Tab.), 40,60 €.

Es gibt wohl kaum jemanden, der sich in den letzten Jahren mit den Bergen und den in ihnen lebenden Menschen – speziell aus historischer Sicht und im weltweiten Vergleich – so intensiv beschäftigt hat wie Jon Mathieu. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass seine diesbezüglichen Recherchen, Gedanken und Schlussfolgerungen inzwischen in eine Monographie zur Geschichte der Berge in den letzten 500 Jahren Eingang gefunden haben. Sowohl angesichts des Umfangs und der Breite des Themas als auch bedingt durch die vielfach noch unzureichende Forschungslage muss er sich vorerst mit ausgewählten Aspekten begnügen – eine umfassende oder gar abschließende Gesamtschau ist derzeit noch nicht möglich.

In einem ersten Abschnitt zeigt Mathieu, wie nach dem Beginn der europäischen Entdeckungen um 1500 die Berge allmählich in den Blick der Forscher gerieten – ein Prozess, den er als „Geburt der Höhe“ bezeichnet. Wahrnehmung, Vermessung und Beschreibung der Berge erfuhren speziell seit dem 19. Jh. eine deutliche Ausdehnung und weitere Spezialisierung, bevor die Berge seit den 1970er Jahren auch zu einem Thema des Umweltschutzes wurden und sich da und dort eine eigene Montologie als „Bergwissenschaft“ etablierte. Ein weiteres Kapitel setzt sich mit Fragen des Bevölkerungswachstums, der Bevölkerungsdichte und der Urbanisierung, insbesondere auch im Vergleich mit dem Tiefland, auseinander. Daraus wird ersichtlich, dass sowohl zu Beginn des Beobachtungszeitraumes um 1500 als auch in der Gegenwart die Verteilung der Bevölkerungsdichte auf die einzelnen Höhenstufen in den einzelnen Kontinenten – etwa in Südamerika oder Europa, aber nicht nur dort – durchaus unterschiedlich ausfiel. Mathieu versucht diese Unterschiede genauso zu erklären wie die Ungleichzeitigkeit in der Besiedlung oder auch das unterschiedlich starke Wachstum von Städten innerhalb und außerhalb der Berge. Dabei ergibt sich sowohl hinsichtlich der natürlichen Bedingungen als auch hinsichtlich der historischen Traditionen etwa einer Hauptstadt eine weltweit überaus große Vielfalt, die anhand einzelner Beispielregionen aus allen Teilen der Welt dargestellt wird.

Es wird deutlich, dass gerade auch in der Landwirtschaft, der gemeinsam mit Familie und Mobilität ein eigenes Kapitel gewidmet ist, nicht überall und nicht zu allen Zeiten alles möglich oder auch sinnvoll bzw. notwendig war. Abhängig von den natürlichen Voraussetzungen, der Bevölkerungsdichte sowie dem wirtschaftlichen und technischen Entwicklungsstand erwiesen sich die Berge weder überall und zu allen Zeiten als besonders günstig noch als besonders ungünstig für bestimmte landwirtschaftliche Methoden. Wichtige Zäsuren bedeuteten diesbezüglich etwa die Verbreitung maschineller Anbau- und Erntetechniken im Ackerbau sowie der Übergang von der Weidewirtschaft zur Stallfütterung in der Viehhaltung.

Überaus vielfältig sind auch die im vierten Hauptabschnitt beschriebenen, kulturellen Phänomene innerhalb der verschiedenen Bergregionen, die wie die unterschiedliche Wahrnehmung der Berge

von Mathieu ebenfalls anhand einzelner Beispiele dargestellt und miteinander verglichen werden. Obwohl andere Themenbereiche wie die Industrialisierung oder die touristische Nutzung der Berge noch nicht oder – wie im letzteren Fall – nur ansatzweise besprochen werden, bietet Mathieu in seiner Monographie bereits eine Fülle interessanter Informationen gerade auch zu den außereuropäischen Berggebieten, die hierzulande vielfach noch unbekannt sind. Das Buch stellt damit eine wertvolle Ergänzung zu seiner vor gut zehn Jahren erschienenen „Geschichte der Alpen 1500–1900“ dar, die auch damals insofern Neuland betrat, als sie die bis dahin vorherrschenden, nationalen Teildarstellungen verließ und zum ersten Mal eine länderübergreifende, historische Analyse eines ganzen Berggebietes vorlegte.

Innsbruck

FRANZ MATHIS

SABINE PENTH: *Die Reise nach Jerusalem. Pilgerfahrten ins Heilige Land* (Geschichte erzählt 12). Primus, Darmstadt 2010, 142 S. (13 Abb., 2 Karten), 16,90 €.

Der schmale Band ist in einer Reihe erschienen, deren Ziel es ist, komplexe historische Sachverhalte einem breiteren Publikum zu erschließen und dies in einer möglichst anschaulichen Form zu tun. Beides ist der Verfasserin in überzeugender Weise gelungen. Man darf keine völlig neuen Erkenntnisse von dem Buch erwarten, keine Forschungsdiskussion oder explizite Quellenkritik. Es gibt keine Fuß- und nur wenige Endnoten, und die Hinweise „zum Weiterlesen“ halten sich in sehr engen Grenzen. Stattdessen wird der Leser kompakt, kompetent und in der Tat anschaulich über ein Phänomen informiert, das ein Jahrtausend europäischer Geschichte charakterisierte und deshalb bis heute eben nicht nur historische Bedeutung besitzt. Freilich ist dabei kräftig zu differenzieren. Es gab Hochzeiten, in denen große Mengen von Pilgern das Heilige Land aufsuchten, und es gab Zeiten, in denen die Reise durch die politischen Umstände außerordentlich erschwert wurde. In den spätantiken Anfängen der Wallfahrt galten andere Bedingungen als nach der ersten Eroberung Jerusalems durch die Muslime, besonders günstig waren sie zur Zeit der Kreuzfahrerstaaten bis 1187, besonders ungünstig im Jahrhundert danach. Umso bemerkenswerter erscheint es, dass seit 1335 das Zusammenwirken von mamlukischen Behörden, venezianischen Reedern und franziskanischen Ortsführern dafür sorgte, dass sich die Heiliglandfahrten (beinahe) zum „Massenphänomen“ auswuchsen und dafür dann Formen eines frühen Pauschalismus entwickelt wurden. War bis dahin die Reise nach Jerusalem noch weitgehend der Planung jedes einzelnen Pilgers überlassen, so konnte man nun auf eingespielte Organisationsstrukturen, professionelle Betreuung und die scheinbaren Gewissheiten einer „all inclusive“-Buchung vertrauen. Die Verfasserin verfolgt das Wallfahrtsgeschehen durch die Jahrhunderte, gibt den frühen, nicht so gut dokumentierten Phasen ähnlich viel Raum wie den späten und lässt immer wieder die Quellen selbst sprechen. Vor allem damit macht sie sichtbar, wie wichtig es den Gläubigen zu jeder Zeit war, die weite und beschwerliche Reise auf sich zu nehmen. Stand zunächst der Wunsch im Vordergrund, an den heiligen Stätten zu beten und das Leben und Leiden des Herrn durch Imitation zu imaginieren, so kamen während des Hoch- und Spätmittelalters stets weiter wachsende Ablassversprechen und die (ebenfalls von den Jerusalemer Franziskanern geförderte) Aussicht auf mehr oder weniger veritable Reliquien als motivierende Faktoren hinzu. Adlige Pilger erwarteten außerdem, dass die Hindernisse und Gefahren der Reise zum Heiligen Land und des Aufenthalts daselbst ihnen Ehre nicht nur vor Gott, sondern auch vor den Menschen eintrugen. So umfassend schienen die Vorzüge der Wallfahrt, dass warnende und kritische Stimmen (auch sie gab es immer) sich nie wirklich Gehör verschaffen konnten.

Natürlich stellt sich angesichts des knappen Umfangs des Buches die Frage, ob wichtige Sachverhalte übersehen wurden oder hätten vertieft werden sollen. So könnte man daran denken, die Bedeutung Jerusalems nicht nur für die Christen, sondern auch für Juden und Muslime und die damit verbundenen Vorbehalte und Konflikte noch deutlicher zur Anschauung zu bringen. Von den Christen

kommen fast ausschließlich die Lateiner zur Sprache, weniger die Griechen und gar nicht die Armenier, Georgier, Kopten usw., die schon länger am Ort präsent waren und untereinander wie mit den Lateinern offen oder subtil konkurrierten. Doch der zur Verfügung stehende Raum war bemessen. Es gibt mittlerweile mehrere Gesamtdarstellungen der mittelalterlichen Heiliglandfahrten in verschiedenen Sprachen. Mit ihnen kann und will das Buch nicht konkurrieren. Aber als Einführung in den Gegenstand sowie als gelungene Werbung für dessen inhaltlichen, von der Forschung noch lange nicht ausgeschöpften Reichtum ist es nur zu empfehlen.

Stuttgart

FOLKER REICHERT

MARTIN RHEINHEIMER (Hg.): *Mensch und Meer in der Geschichte Schleswig-Holsteins und Süddänemarks* (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 47). Wachholtz, Neumünster 2010, 392 S. (63 Abb., 30 Tab.), 30,00 €.

Der Band besteht aus 14 Beiträgen, die sich mit maritimen Themen über einen Zeitraum vom 7. Jh. bis ins 20. Jh. befassen. Geografisch gesehen bilden Fanø und Ærø im Norden und die Elbe und Trave im Süden eine Klammer. So weit wie der zeitliche Rahmen gesteckt ist, so weit ist auch das Themenspektrum, das sowohl Seefahrt, Schiffbau, Fischerei und Walfang umfasst als auch die Lebenswelt der Seeleute, ihrer zurückgebliebenen Frauen und Kinder sowie den Tourismus, die damit erforderlichen Infrastrukturen oder den Naturschutz betreffen. Hervorgegangen ist dieser Sammelband aus einem Projekt des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins. In diesem Zusammenhang sind zwei Punkte besonders hervorzuheben. Rheinheimer und seine Mitautoren überwinden die Grenze zwischen dem nördlichsten deutschen Bundesland und dem dänischen Jütland. Hier wird eine größere Region in den Mittelpunkt des historischen Interesses gerückt und nicht vor einer mehr oder weniger zufällig gezogenen, gleichwohl auf einer Abstimmung im Jahre 1920 beruhenden Grenze halt gemacht. Diese Entscheidung ist sehr zu begrüßen, eröffnet sie doch eine Zusammenschau über ein größeres Gebiet. Der zweite hervorzuhebende Aspekt betrifft die Tatsache, dass als Ausgangspunkt für die Untersuchungen das Meer und die Küste gewählt worden sind, die sich bekanntlich nicht an von Menschen festgelegten politischen Grenzen halten oder sich um deren nationalstaatliche Überlegungen kümmern. Die Küste bietet einen eigenen Erfahrungsraum, an dem sich Mensch und Meer begegnen, wie Rheinheimer in seiner Einleitung hervorhebt. Von dieser Erkenntnis ausgehend, ergeben sich vielfältige Fragestellungen, die sowohl von regionaler als auch von internationaler Bedeutung sein können. Das gilt für die Flensburger Grönlandfahrer ebenso wie für den Amrumer Kapitän Hark Nickelsen, der zeitweise als Sklave in Nordafrika gefangen gehalten wurde, oder für die Fischer in Esbjerg, die während der deutschen Besatzungszeit in den Jahren 1940 bis 1945 eine Hochkonjunktur erlebten, die nicht unproblematisch war. Denn sie arbeiteten mit den Besatzern zusammen, verdienten im Vergleich zur restlichen Bevölkerung viel mehr Geld und zeigten das auch in ihrem Verhalten. Darüber hinaus gerieten sie in die Kritik der illegalen Presse und der Widerstandsbewegung, die sich gegen jegliche Art der Zusammenarbeit mit den Besatzern wehrten.

Im Vergleich zu der überwiegenden Zahl von Beiträgen, die schiffahrtsbezogen sind, kommen Aspekte des Deichbaus, des Schutzes des Wattenmeeres oder der Auswirkungen des Tourismus auf die Infrastrukturen der direkt hinter der Küste liegenden Landstriche sehr kurz weg. Da liegt noch viel Potenzial, wie dem Herausgeber auch bewusst ist. Martin Rheinheimer ist dafür zu danken, dass er die dänischen Beiträge ins Deutsche übersetzt hat und somit dem deutschen Leser die Lektüre ermöglicht, die gerade in dem zuletzt angesprochenen Themenkomplex zu mehr Forschungsarbeit auf deutscher Seite auffordert. Man wird gespannt sein auf die sicherlich geplanten Folgebände.

Bremerhaven

LARS U. SCHOLL

GEORG STÖCKER: *Agrarideologie und Sozialreform im Deutschen Kaiserreich. Heinrich Sohnrey und der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege 1896–1914*. V&R unipress, Göttingen 2011, 276 S. (4 Abb., 17 Tab., 2 Faksimiles), 43,90 € (als Download 34,90 €).

Die auf der Basis umfangreicher Archivstudien solide gearbeitete Kasseler Doktorarbeit besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil wird der demographische und soziale Hintergrund der „Landflucht“ und des daraus resultierenden Mangels an Landarbeitern, vor allem im ostelbischen Deutschland, geschildert. Als eine der wichtigsten Ursachen wird treffend der „soziale Abstand zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ (S. 24) benannt, der sich seit der Bauernbefreiung zu Beginn des 19. Jh.s mit der Auflösung der genossenschaftlich geprägten Agrarverfassung stetig vergrößert hatte (S. 31 f.). Im Zentrum des zweiten Teils steht der Publizist, Heimatschriftsteller und -forscher Heinrich Sohnrey, der mit seinen Schriften auf diese Entwicklung reagierte. Zunächst als Lehrer in Niedersachsen, dann als Redakteur bei der Freiburger Zeitung tätig, begründete er 1893 in Berlin die Zeitschrift „Das Land“, deren erster Jahrgang mit einer Artikelreihe von Max Weber über die Lage der Landarbeiter eröffnet wurde. Sohnrey war ein populärer, ja Bestsellerautor. Zu seinen Vorbildern gehörten neben dem Münchener Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl und dem Bonner Nationalökonom und Agrarwissenschaftler Theodor Freiherr von der Goltz (S. 48) auch der Karlsruher Journalist Otto Ammon, der durch seine Hervorhebung der Bedeutung der ländlichen Bevölkerung als Kräfte-reservoir der städtischen den agrarromantischen Vorstellungen Sohnreys sozialdarwinistische und anti-sozialistische Züge hinzufügte (S. 53–55). Es wäre aber zu kurz gesprungen, wie Stöcker zu Recht zeigt, Sohnrey auf Sozialdarwinismus und Anti-Sozialismus zu beschränken. Im Kern seines Programms stand vielmehr, das Leben auf dem Land durch soziale Reformen, Ansiedlungen und Fortbildungsmöglichkeiten wieder attraktiv zu machen. Damit wurde Sohnrey anschlussfähig für die zeitgenössischen national- und sozialpolitisch ausgerichteten Bestrebungen der preußischen Regierung. Der dritte Teil der Studie zeigt folgerichtig, wie die Suche Sohnreys „nach einer organisatorischen Plattform“ (S. 68) in die Gründung des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege (zunächst: Ausschuss für Wohlfahrtspflege auf dem Lande) mündete. Dabei lag die Federführung beim preußischen Landwirtschaftsministerium. Dass die preußische Regierung ein in sich geschlossenes Konzept zur Aufwertung des ländlichen Lebensraums verfolgte, zeigt die führende Rolle Hugo Thiels, eines hohen Beamten im Landwirtschaftsministerium, der den Vereinsvorsitz innehatte, und dessen Schlüsselfunktion Stöcker, obwohl er sie betont, tendenziell noch unterschätzt (S. 74–78). Denn Thiel gehörte nicht nur zusammen mit Gustav Schmoller zu den Initiatoren der Landarbeiterenquete des Vereins für Socialpolitik 1891/92, er war auch der Begründer der renommierten Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin 1881, deren Entwicklung er gemeinsam mit Friedrich Althoff von Seiten des Kultusministeriums nachhaltig prägte; zudem war er der Verhandlungsführer bei der Durchsetzung der preußischen Landwirtschaftskammern 1894 in den widerstrebenden westlichen Provinzen. Insgesamt formuliert Stöcker seine These vom preußischen Staat als eigenständigem Akteur überzeugend, „welcher der Nationalitätenpolitik mitsamt der ländlichen Wohlfahrtspflege im Osten eindeutig Priorität gegenüber den ökonomischen Interessen einiger Großlandwirte einräumte“ (S. 165). Bei der informativen, klar strukturierten und gut lesbaren Studie bleibt lediglich kritisch zu bemerken, dass ein Register fehlt, wohingegen auf die farbigen faksimilierten Karten am Ende gut hätte verzichtet werden können, da die Beschriftung teils kaum, teils gar nicht zu erkennen ist. Schade ist auch, dass zwar die Landarbeiterenquete des zu Recht häufig zitierten Max Weber nach der neuen Gesamtausgabe zitiert wird, nicht aber der Nachfolgebund, in dem Webers einschlägige Artikel wie auch sein Verhältnis zu Sohnreys Aktivitäten und dessen literarisches Umfeld ausführlich dokumentiert sind.

Frankfurt (Oder)

RITA ALDENHOFF-HÜBINGER

C. Sozialgeschichte

GERHARD AMMERER U. A.: *Armut auf dem Lande. Mitteleuropa vom Spätmittelalter bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2010, 227 S. (15 Abb., 11 Tab., 2 Diagramme), 35,00 €.

Die Beiträge des Helmut Bräuer gewidmeten Bandes thematisieren überwiegend Formen ländlicher Armut im 18. sowie in der ersten Hälfte des 19. Jh.s, und die ländliche Armut ist in der Tat weniger gut untersucht als die städtische. Einleitend verweist Bräuer auf die Bedeutung der Forschung zu einer Armenmentalität, bei der es sich nur um eine Annäherung handeln kann. Trotz aller methodischen Probleme benennt Bräuer die Verwaltungs- und Überlieferungsebene der Ämter, vornehmlich Bittschriften und Verhörprotokolle, als zentrale Quelle. Ohnehin müssten zuvor Untersuchungen zur substantiellen Lage der Dorfarmen angefertigt werden (S. 30). Für die Steiermark bestätigt Gerhard Ammerer bisherige Forschungen zur regional begrenzten Mobilität der Bettler, die oftmals über Gesinde- oder Tagelöhnerarbeiten in die ansässigen Dorfgemeinschaften zeitweise (teil-)integriert waren. Die Möglichkeiten, ein Nachtlager zu finden, gestalteten sich unter Einhaltung bestimmter Normen gleichfalls als durchwegs günstig, so dass insgesamt durchaus von einem Netz von Sozialbeziehungen und Tauschverhältnissen zwischen Vagierenden und Sesshaften ausgegangen werden kann (S. 54). Bettelnde Frauen waren auch im ländlichen Holstein in der Minderheit, aber wie in der Steiermark oder in Essex zeigt sich kein deutliches männliches Übergewicht. Zudem blieben sie – entgegen den Intentionen der Obrigkeit – zumindest teilweise in die sozialen Netze eingebunden, erhielten Arbeit oder Almosen. Wie in den Städten zeigen sich bei den Formen ländlichen Bettelns Geschlechterunterschiede; kleine Kinder erhöhten die Chancen auf Almosen, blieben aber ihrerseits vielfältigen Gefahren ausgesetzt. Als Anlässe zur Ausgrenzung nennt Otto Ulbricht in erster Linie die Nichtrespektierung fremden Eigentums sowie zu hohe Belastungen für die Armenkasse. Für die in Salzburg propagierten Frauenbilder lässt sich – wie sonst häufig – nicht entscheiden, in welchem Maße sie die Frauen auf dem Land überhaupt erreichten (Sabine Veits-Falk), wobei auf dem Land grundsätzlich das Dienstbotendasein ein Armutsrisiko darstellte, und zwar für Männer wie Frauen gleichermaßen.

Auch in England, speziell im von der Forschung gut untersuchten Essex, bestimmten die zur Verfügung stehenden Mittel die Unterstützung, nicht die Bedürftigkeit. Sebastian Schmitt zieht gleichfalls Armenbriefe mit ihren teilweise plastischen Schilderungen tatsächlicher oder angeblicher Notlagen und ihrer Gründe heran. In diesem Kontext verweist er wiederum auf die recht kleinräumigen Wanderungsbewegungen, wobei das Londoner Umland eine gewisse Anziehungskraft entfaltete. Für Sachsen konstatiert Elke Schlenkrich, dass in jeder Gemeinde unterschiedliche Armutsbegriffe existierten, bevor die Armenordnung von 1840, zugleich Ausdruck der zunehmenden Bürokratisierung, vereinheitlichend wirkte. Auf die Bedeutung von Bittschriften für die Aufnahme in hessische Hospitäler verweist Christina Vanja, während in Kärnten und der Steiermark kleine Hospitäler ohne Pfründner dominierten. Hier warf – so Alfred Stefan Weiß in einer ersten Skizze seines Forschungsprojekts – die Verpflegung tendenziell weniger gravierende Probleme auf. Abschließend beschreibt Martin Scheutz den Umgang mit der Wiener Altersarmut, zeigt die Bedeutung der Eisenbahn für die Verbindung des Wiener Versorgungshauswesens und seiner Außenposten auf, wobei Letztere einen deutlich nachrangigen Status besaßen. Die durchweg interessanten Beiträge zeigen nicht zuletzt, welche intensiven Forschungen zum ländlichen Armenwesen noch notwendig sind, bevor ein Überblick gegeben werden kann.

Siegen

BERND FUHRMANN

ANDREAS BECKER: *Napoleonische Elitenpolitik im Rheinland. Die protestantische Geistlichkeit im Roerdepartement 1802–1814* (Rheinisches Archiv 156). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2011, 294 S., 39,90 €.

Die in Köln bei Gudrun Gersmann angefertigte Dissertation stellt sich die Frage, weshalb die Einbindung der protestantischen Geistlichen am Niederrhein in das französische „corps pasteural“ misslang. Für die Beantwortung stützt sich der Verfasser in erster Linie auf die von Wolfgang Reinhard und seiner Schule entwickelte Theorie der Verflechtung, ergänzt um die von Sharon Kettering vorgestellte Figur des „brokers“, d. h. eines Vermittlers zwischen Zentrale und Peripherie. Ob das die angemessene Theorie ist, mag man bezweifeln. Becker jedenfalls hilft sie nicht sonderlich weiter, weil man den Zusammenhang zwischen napoleonischem Staatskirchenrecht, politischer Entwicklung und Abwendung der Pfarrer vom Regime besser auf herkömmliche Weise erklären kann. Er dagegen gerät immer wieder auf Nebengleise, die vom Thema abführen. Auch bedarf sein Gruppenporträt dieser Pfarrer keines sonderlichen theoretischen Aufwands, weil es sich um nicht viel mehr handelt als um Verwandtschaftsverhältnisse und daraus erwachsendem Protektionismus.

Worum geht es? Am Niederrhein hatte sich, ein Sonderfall in Deutschland, ein nahezu staatsfreier Protestantismus herausgebildet, der in den Wirren der französischen Besatzungszeit wie die gesamte Bevölkerung ziemlich zu leiden hatte und deshalb Napoleon als den Retter betrachtete. Der Korse seinerseits sah in den Geistlichen Instrumente seiner Herrschaftssicherung und zwang alle Bekenntnisse in die von ihm 1802 geschaffenen Staatskirchen. (Becker scheint es dagegen für ein TrennungsmodeLL zu halten und verbaut sich so einen Teil der Einsicht in die Gründe der Entfremdung.) Die jahrhundertlang verfolgten französischen Protestanten waren nun am Ziel ihrer Wünsche und dankten es Napoleon mit Anhänglichkeit, die weit über seinen Sturz hinausreichte, während die ihrer Selbständigkeit und ihrer Traditionen verlustig gegangenen niederrheinischen Pfarrer Napoleon nur so lange priesen, als der Rückfall in die revolutionären Verhältnisse möglich schien. Das Staatsgehalt tröstete die Pfarrer ebenso wie ihre dem Katholizismus nachgeahmte Privilegierung durch die Politik, die ungewollt die von den Geistlichen ohnedies betriebene Steigerung ihrer sozialen Exklusivität (Becker spricht von Exklusion und gibt damit seine Schwächen auf der theoretischen Ebene ein weiteres Mal zu erkennen; belastbare Ergebnisse, etwa in Tabellen zusammengefasst, finden sich im ganzen Buch nicht, und es ist auch nicht wahrscheinlich, dass sich in den reichlich zehn Jahren mehr als Einzelergebnisse finden lassen) unterstützte. Beides bedeutete im Übrigen eine Zurücksetzung der Gemeindemitglieder, denen die Reformatoren Gleichberechtigung mit den Pfarrern zugesprochen hatten, und man würde darüber gerne etwas lesen, aber Becker bleibt, schon quellenmäßig, auf die Geistlichen fixiert. Diese begannen, sobald die angenehmen Seiten des Neuen zur Gewohnheit geworden waren, die repressiven Elemente der napoleonischen Kirchenpolitik immer mehr zu sehen und dann auch zu spüren, und sie nahmen seit 1809 ja auch tatsächlich zu: Verbot der (gesetzlich zugesagten) Synoden und des Heidelberger Katechismus, vorgeschriebener Studienort, Indigenat und anderes mehr. Vieles war für die ehemals deutschen Gebiete so wenig praktikabel, dass Paris es zuließ, wenn man am Niederrhein das neue Kirchenregiment mit seinen strengen Ver- und Geboten beharrlich unterlief. Aber es blieben Gravamina, die Organischen Artikel vertrugen sich grundsätzlich nicht mit den niederrheinischen Traditionen. Als dann ab Mitte 1813 auch noch die Gehaltszahlungen ausblieben, war die Entfremdung fast mit Händen zu greifen. Die Eroberer wurden freudig begrüßt und machten, zunächst jedenfalls, nichts falsch; als erstes zahlten sie die ausstehenden Gehälter.

Das alles sind Dinge, für deren Entschlüsselung man kein ambitioniertes theoretisches Rüstzeug benötigt. Beckers Versuche, sie mikropolitisch zu erklären, tragen inhaltlich nichts Wesentliches bei. Das Werk ist außerdem an vielen Stellen methodisch unzureichend – unterlassene Gegenproben, fehlender Kriterienkatalog für sozialen Aufstieg u. a. m. –, aber die Lektüre wird auch durch fehlende Halbsätze, sinnfreie Aussagen und ungezählte Schreibfehler im Französischen zum Ärgernis. Es gäbe noch anderes zu kritisieren, aber zum Schluss soll der Ertrag deutlich gemacht werden. Er besteht in einer Geschichte protestantischer Geistlicher im Roerdepartement aus der Nahperspektive, wobei der Akzent erwartungsgemäß auf ihrem Verhältnis zu den staatlichen Instanzen und auf ihrem Grup-

penverhalten liegt. Seitenblicke erfassen das interkonfessionelle Verhältnis, dem ein ganzes Kapitel gewidmet ist, und die Rolle ebenso wohlhabender wie einflussreicher Gemeindemitglieder, allen voran Johann Friedrich Jacobi, Aachener Tuchfabrikant und Präsident des Generalkonsistoriums der Augsburger Konfession. Dass die Protestanten die Verhaftung des Papstes als Menetekel für das Schicksal ihrer eigenen Konfession(en) wahrnahmen und darauf reagierten, ist vielleicht das bemerkenswerteste Ergebnis dieser Studie.

Darmstadt

CHRISTOF DIPPER

MARCO BELLABARBA U. A. (Hg.): *Eliten in Tirol zwischen Ancien Régime und Vormärz/Le élites in Tirol tra Antico Regime e Vormärz* (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 31). Studien Verlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2010, 551 S., 54,90 €.

Der umfangreiche Band enthält 22 Beiträge einer wissenschaftlichen Tagung, die im Herbst 2008 durch das Südtiroler Landesarchiv veranstaltet wurde. Sie stammen hauptsächlich von Mitarbeitern der Universitäten Trient und Innsbruck und sind in Deutsch, Italienisch und – in einem Fall – Englisch verfasst. Entstanden im Umfeld der Zweihundertjahrfeier des Tiroler Aufstandes von 1809, widmen sich die Darlegungen einem zentralen Aspekt der damaligen Zeit: der Rolle der Eliten im Wechselspiel mit den politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen. Zu Recht verweist das Vorwort auf eine Reihe von neuen Erkenntnissen und hält summarisch fest: „Als Ergebnis zeigt sich eine komplexe Gesellschaft mit all ihren Widersprüchen, mit Gruppen und Einzelpersonen, die sich an Veränderungen anpassen, solchen, die sie ablehnen[,] und solchen, die das Neue förmlich begrüßen und mitgestalten – eine Gesellschaft mithin, die nicht in Schwarz-Weiß-Manier beschrieben werden kann, sondern möglichst in allen ihren Schattierungen zu erfassen ist.“ (S. 13)

Die einzelnen Beiträge sind in verschiedenen Kapiteln zusammengefasst. Das erste bezieht sich auf den „europäischen Rahmen“ und enthält Studien zum österreichischen Kaiserstaat, zu Illyrien, Lombardo-Venetien und Bayern. Der zweite Abschnitt mit dem Schwerpunkt „Tirol“ bietet eine Untersuchung über die Identitätsbildung um 1809 sowie drei Aufsätze zu den Verhältnissen im südlichen Tirol. Auf diese Region konzentrieren sich auch die beiden Artikel, die unter der Überschrift „Ökonomische Aspekte“ zusammengefasst sind. Der Abschnitt „Eliten in Stadt und Land“ greift über Tirol hinaus, indem die Oberschichten von Bozen, Westtirol und Südtirol sowie exemplarische Fälle aus der Ostschweiz behandelt werden. Unter dem Titel „Funktionseliten“ finden sich Artikel über die bayerischen Amtsträger in Tirol, über Juristen, Richter und Geistliche. Darauf folgen zwei biografische Studien zu Joseph von Hormayr und Andreas Hofer. Mit dem Jahr 1809 befassen sich eine Untersuchung über die strafrechtliche Behandlung der Aufständischen und eine rezeptionsgeschichtliche Studie. Den Abschluss bildet ein musikhistorischer Exkurs über politische Lieder der Tiroler Geschichte.

Außer der Gliederung in Kapitel sowie einem Personen- und Ortsindex dient vor allem die Einleitung und Zusammenfassung der Ergebnisse aus der Feder Gernot Stimmers einer ersten Orientierung des Lesers. Auf theoretische und begriffliche Erklärungen folgen darin Erläuterungen zum Thema „Eliten zwischen Kontinuität und sozialem Wandel“, wobei allerdings die Feststellung, dass ein „nennenswerter Aufstieg aus den Unterschichten“ weder in der Umbruchszeit noch in der Restaurationsphase zu verzeichnen sei (S. 19), zumindest für den Vorarlberger Teil der an Bayern abgetretenen habsburgischen Gebiete nicht zutrifft. Als sehr nützlich erweisen sich die Ausführungen zum Bildungswesen, zu den neuen Denkweisen und zum Aufstand von 1809. Wie diese Einführung thematisiert eine weitere Zusammenfassung der Beiträge aus der Feder Hans Heiss' auch fehlende Aspekte des Themas „Eliten“ in der vorliegenden Publikation (S. 28 u. 521). Selbst wenn die behandelten Bereiche nicht gleichmäßig berücksichtigt sind – so steht einem Überhang bei der Verwaltung und Jurisdiktion ein Defizit im ländlichen Bereich gegenüber (S. 518) –, bildet der Sammelband

doch eine wertvolle Dokumentation und anregende Grundlage für künftige Forschungen zur Geschichte der bewegten Jahrzehnte um 1800 weit über Tirol hinaus.

Bregenz

MANFRED TSCHAIKNER

HEIKE BILGENROTH-BARKE: *Kriminalität und Zahlungsmoral im 16. Jahrhundert. Der Alltag in Duderstadt im Spiegel des Strafbuchs* (Göttinger Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur des Mittelalters 8). Edition Ruprecht, Göttingen 2010, 179 S. (1 Abb., 1 Tab.), 31,90 €.

Die Verfasserin legt eine lesenswerte Studie zu der kleinen Mittelstadt Duderstadt vor, in der ersten Hälfte des 16. Jh.s von 3.200 bis 3.500 Einwohnern bevölkert, und analysiert Vergehen der niederen Gerichtsbarkeit. Und in dieser spiegeln sich zumindest Ausschnitte des alltäglichen Lebens der agrarisch geprägten Stadt. Die Studie fügt sich in die noch vergleichsweise überschaubare Reihe von Bänden zur historischen Kriminalitätsforschung ein, welche einleitend vorgestellt wird. Wie in zahlreichen anderen Städten, aber vergleichsweise früh, erfolgte eine Einschränkung der Ratskompetenzen; auch in Duderstadt lieferte der Bauernkrieg den Grund für die neue Stadtordnung von 1526, erlassen vom Mainzer Stadtherren. Die Befugnisse des Rats, dessen Mitglieder lebenslänglich amtierten, wurden auf die niedere Gerichtsbarkeit in der Stadt sowie in elf umliegenden Orten reduziert, und sämtlichen Sitzungen oder Beratungen musste der Schultheiß oder sein Vertreter als Organ des Kurfürsten beiwohnen.

In dieser Konkurrenzsituation dürfte die Ursache für das Anlegen des von 1530 bis 1546 geführten Strafbuchs zu suchen sein, denn die Stadt wollte sich nicht auf die Verzeichnisse des Schultheiß über die Urteile des Ratsgerichts verlassen, stand doch beiden Seiten die Hälfte der Einnahmen zu. Zudem amtierte seit 1528 vorläufig ein Ortsfremder als Schultheiß, was das Misstrauen erhöhte. Bis 1546 dürften sich die Spannungen soweit abgebaut haben, dass die Stadt eine weitere Kontrolle nicht mehr für nötig hielt, die Einnahmen blieben ohnehin überschaubar.

Die Verfasserin unterteilt die Delikte in drei große Gruppen: Vergehen gegen den (städtischen) Frieden, die verschiedenen Formen des Frevels sowie Beleidigungen oder Angriffe auf den Rat und die Bediensteten. Gut 3.100 Fälle konnten erschlossen werden, aber da es sich nicht um alle Delikte handelt, viele überhaupt nicht vor Gericht gelangten, verzichtet Bilgenroth-Barke zu Recht auf eine statistische Auswertung (S. 18, 72). Hausfriedensbrüche einschließlich der Verletzung von Hof und Garten machten 180 Fälle aus, richteten sich aber häufig gegen anwesende Gäste. Vergehen innerhalb der Familie kamen kaum zur Anklage, in öffentlichen Gebäuden kam es nur selten zu Delikten; ob Bader aber als unehrlich galten, lasse ich offen. Verbale Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit regelten die Beteiligten zumeist ohne Rat. Auch der Totschlag (neun Fälle) zählte zur niederen Gerichtsbarkeit. Bei den Freveln findet sich die breite Palette frühneuzeitlicher Vergehen gegen die obrigkeitlichen Bestimmungen, wobei die Zünfte die überwiegende Zahl von Streitigkeiten zwischen Handwerkern noch intern regulierten. Verstöße gegen Feuerschutzvorschriften schlugen sich kaum im Strafbuch nieder, und die Verfasserin vermutet zu Recht ein Eigeninteresse der Bewohner an deren Einhaltung. Mit knapp 2.000 Eintragungen rangierten die Feldfrevel an erster Stelle, und diese Geldstrafen flossen in voller Höhe in die Stadtkasse. Besonders die Flurschützen waren daher das Ziel von Beleidigungen oder tätlichen Angriffen, doch nur in einem Fall richteten sich die Schmähungen gegen den Rat – in Nürnberg oder Konstanz mit differenzierter Sozialstruktur war dieses Delikt wesentlich häufiger Gegenstand der Rechtsprechung. Eine Reglementierung der Stadtwälder erst im 16. Jh. ist vergleichsweise spät. Dass einerseits Männer wesentlich häufiger straffällig wurden als Frauen und die Delikte sich andererseits geschlechtsspezifisch unterscheiden, bestätigt sich auch in Duderstadt. Bei den Zahlungsmodalitäten überwogen lange Fristen und Teilzahlungen, auch wurde bei der Einziehung auf mögliche Armut geachtet, während die Höhe der Strafe sich bei vergleichbaren Vergehen fast immer auf die gleiche Summe belief; neben Geld- verhängte das Gericht

auch Naturalstrafen. Die Zahlungsmoral der Ratsherren wertet die Verfasserin als besonders schlecht (S. 153 f.).

Es handelt sich um eine lesenswerte Studie zu Vergehen in einer frühneuzeitlichen kleinen Mittelstadt, die deutliche Unterschiede zu vergleichbaren Untersuchungen zu größeren Städten aufzeigt, verstärkt nochmals durch die agrarisch geprägte Wirtschaftsstruktur.

Siegen

BERND FUHRMANN

MONICA BLACK: *Death in Berlin. From Weimar to Divided Germany* (Publications of the German Historical Institute). Cambridge U. P., New York 2010, XVI u. 308 S., 58,65 €.

Wie wurde in den politisch turbulenten drei Jahrzehnten zwischen 1930 und dem Mauerbau in der Stadt Berlin mit den zivilen und den Kriegstoten verfahren, welche Bestattungs- und Gedenkformen bestanden? Diese kulturgeschichtliche Arbeit verbindet die Analyse der eminent politischen Erinnerung an die Kriegstoten mit der Schilderung alltagskultureller Phänomene, wie der Diskussion über Krematorien, der Frage religiöser oder säkularer Begräbnisgestaltung, dem schlichten aber bedrängenden Problem des Fehlens von Särgen gegen Ende des Krieges, dem öffentlichen Gedenken an die Gefallenen etc. Die Arbeit ist in sechs im Wesentlichen chronologisch gegliederte Kapitel unterteilt, die in etwa nach den verschiedenen politischen Ordnungen und nach dominanten Todesursachen gegliedert sind (Weimar, NS, Luftkrieg, direkte Nachkriegszeit, Ost- und Westberlin). Methodisch will die Arbeit die Analyse von sozialen Praktiken und von Deutungen verbinden, die Untersuchung der Begräbnispraktiken und der Einstellungen zum Tod soll dem Verständnis von Berlin als „moral community“ (S. 13), als einem Gemeinwesen mit einem eigenständigen Normen- und Handlungsgefüge dienen. Die Arbeit, ausgezeichnet mit dem Fritz Stern-Dissertationspreis für besondere amerikanische Arbeiten zur deutschen Geschichte, präsentiert viele interessante Einzelheiten, Episoden und Detailanalysen, ist aber nicht frei von der kulturgeschichtlichen Problematik, Zusammenhängen und Erklärungen gerecht zu werden und einzelne Befunde zu plausiblen Gesamtaussagen zu aggregieren.

Kritisch sind vor allem drei Punkte zu benennen. *Erstens* wird in der Arbeit nicht systematisch unterschieden zwischen normativen und ideologischen Ansprüchen und realhistorischer Veränderung. So werden verschiedene Initiativen und Vorschläge im Nationalsozialismus, das Begräbniswesen zu ändern, christliche Prägungen zu entfernen und ideologisch anzugleichen, ausführlich skizziert. Eher beiläufig erfährt man dann, dass weniger als ein Prozent aller Begräbnisse nach nationalsozialistischen Vorgaben durchgeführt wurden. Insofern hängt die Arbeit ein wenig in der Luft, weil nicht genau nachvollziehbar ist, wie sich die massenhafte Realität des Umgangs mit den Toten verändert hat. Auch mentale Einstellungen sind in der Analyse an Indikatoren gebunden, an denen ihre Persistenz oder Veränderung erkannt und analysiert werden können. Die durchaus geschickte Schilderung von einzelnen Fällen kann die Strukturanalyse nicht wirklich ersetzen.

Zweitens wird der Anspruch, das Verständnis einer spezifischen Wertegemeinschaft – Berlin als „moral community“ – zu zeigen, nicht plausibel eingelöst. Kosher folgend sollen darunter Gruppenidentitäten verstanden werden, die auf gemeinsamen Interessen, Ideologien und politischem Handeln beruhen. Was aber jeweils spezifisch ‚deutsch‘, christlich, nationalsozialistisch, sozialistisch oder aber eben berlintypisch am Umgang mit den Toten war, das erschließt sich dem Leser nicht. Die Interpretationen bewegen sich mehr im Spannungsfeld von nationalsozialistischer Transformation von ‚deutschen‘ Werten und Traditionen als im Beschreiben von stadttypischen Besonderheiten. Auch die Verschränkung von zivilen und kriegerischen Todesfällen erweist sich methodisch und interpretativ als schwierig. Unstrittig ist, dass gefallene Soldaten eine besondere politische Deutung erfuhren (und die zivilen Luftkriegsopfer zunehmend auch als Gefallene und Kriegsoffer thematisiert wurden); doch die analytische Trennung von kurzfristiger – und sich mehrmals zwischen 1930 und

1960 ändernder – politischer Deutung des gefallenen Soldaten und eines *longue durée*-Phänomens wie der Einstellung zum Tod wäre vermutlich hilfreich gewesen.

Drittens schließlich spiegelt die Arbeit einen Trend wider, der sich in vielen neuen amerikanischen Arbeiten zur deutschen Geschichte findet. Die zu Grunde liegende Literatur ist weitgehend englischsprachig, die umfangreiche deutschsprachige Forschung taucht deutlich weniger auf. Nun ist wahrlich nicht alles deutschsprachige Schrifttum relevant, aber manches pauschale Urteil ließe sich auf einer breiteren Literaturlage vermutlich präzisieren oder differenzieren.

Halle (Saale)

MANFRED HETTLING

ELKE BRÜNLE: *Bibliotheken von Arbeiterbildungsvereinen im Königreich Württemberg 1848–1918* (Mainzer Studien zur Buchwissenschaft 20). Harrassowitz, Wiesbaden 2010, 753 S. (3 Karten, 11 Abb., 12 Diagramme, 7 Tab.), 86,00 €.

Die bibliotheksgeschichtliche Arbeit von Elke Brünle, eine Mainzer Dissertation von 2009, nimmt sich eines bislang kaum beachteten Themas an, der Büchereien und Lesezirkel der Arbeitervereine im langen 19. Jh. Da Bibliotheksgeschichte zumeist von den Bibliotheksbeständen, also den Büchern her geschrieben wurde und weniger von den Lektüren oder den Distributionsformen von Wissen, ist dieses Desinteresse forschungsgeschichtlich leicht erklärbar. Eine andere Erklärung findet es in der Quellensituation, die natürlich schwierig ist. Ein Rottweiler Dachbodenfund eines Bibliotheksteilbestandes initiierte die Untersuchung, deren beste Einzelüberlieferung sich mit dem Archiv des Arbeiterbildungsvereins Stuttgart im dortigen Stadtarchiv erhalten hat. Durch umfangreiche Recherchen gelang es der Autorin, in 28 Archiven aus ganz Württemberg und darüber hinaus Material aufzufinden.

Die ausschließlich auf Quellen basierende minutiöse Rekonstruktion im Kontext der allgemeinen Entwicklung der württembergischen Arbeiterbildungsvereine teilt das Thema in zwei thematisch-chronologische Blöcke auf. Der erste Zeitabschnitt von 1848 bis 1852/53 mit den lokalen Schwerpunkten Stuttgart und Ulm umfasst die Gründungsbewegung der ersten Arbeiterbildungsvereine bis zur Reaktionszeit. Deren emanzipatorische Funktion entsprach der bürgerlichen Lesegesellschaft der Aufklärungszeit. Der zweite Zeitraum reicht von 1862 als Phase der Neu- und Wiedergründung mit teils bibliotheksgeschichtlicher Kontinuität bis nach 1918, wobei sich die Untersuchung ab der Spaltung der Arbeiterbewegung Ende der 1860er Jahre auf die bislang fast unbekannt, nicht sozialistischen oder nicht konfessionell gebundenen Arbeiterbildungsvereine beschränkt. Weitere, lokale Schwerpunkte bilden Reutlingen und Rottweil. Beide Teile enthalten Übersichten über die Bibliotheken und die Bildungspraxis der einschlägigen Vereine in insgesamt 34 Städten des Königreichs.

Für die Epoche unmittelbar nach 1848 zeigt sich, dass Bibliotheken und gemeinsame Lektüre zentraler Bestandteil des Vereinslebens gewesen sind, dem bedeutende Finanzmittel zugewendet wurden, was die Wichtigkeit unterstreicht, die die Arbeiterschaft der Bildung zumaß. Natürlich zählten die Büchersammlungen der Vereine nach wenigen Jahren allerdings eher in Dutzenden als in Hunderten: Von einem planmäßigen Bestandsaufbau konnte noch keine Rede sein, tagesaktuelles Schrifttum sollte der raschen Orientierung dienen und erweist sich inhaltlich als von den politischen Debatten der Zeit geprägt. Ein besonderes Augenmerk legte man auf den Erwerb von Periodika. Dies gilt ebenso für die zweite Gründungswelle, die Zeit des Kaiserreichs, für die wiederum die Stuttgarter Bibliothek am eingehendsten analysiert werden konnte. Mit 3.533 Bänden standen schließlich 1918 pro Vereinsmitglied über acht Bücher zur Verfügung. Damit rückte Stuttgart nach Ausweis der Tabelle 9 (Bibliotheksgößen von Vergleichsvereinen außerhalb des Landes) in die Spitzengruppe der deutschsprachigen Arbeiterbildungsbibliotheken auf, pro Kopf gerechnet allerdings von Stetten/Donau übertroffen.

Bei der eher unpolitischen, auf Geselligkeit zielenden Ausrichtung der hier untersuchten Vereine verwundert es kaum, dass sich das Gewicht zunehmend zu Gunsten der Belletristik mit unterhal-

tendem, trivialem Anspruch verschob, während bei den Sachbüchern die Ratgeber vordrangen. Auf das steigende Durchschnittsalter der Mitglieder wird zurückgeführt, dass ab 1900 außerdem vermehrt familienorientierte Literatur die Regale füllte. Bei den Periodika dürfte sich das Gewicht weg von den Zeitungen hin zu den Zeitschriften verschoben haben, blieb aber insgesamt als Folge des Aktualitätsdrucks von Gebrauchsbibliotheken im Gesamtbestand hoch.

Anders als in der konkurrierenden Sozialdemokratie kam es zu keinerlei Zentralisierung oder Institutionalisierung, so dass die untersuchten Bibliotheken letztlich in der Unprofessionalität beliebiger Vereinsbibliotheken verharrten, die in ein Ensemble von weiteren Bildungs- und Unterhaltungsangeboten gestellt, aber nur begrenzt entwicklungsfähig waren. Am ehesten scheinen sie mit privaten Leihbibliotheken vergleichbar. Sie gehören zur Vorgeschichte der Volksbildungsbewegung ebenso wie zur Vorgeschichte vieler noch bestehender Gesangsvereine.

Diese bedeutende Forschungsleistung spiegelt sich in zahlreichen Tabellen wider, die die Rekonstruktion von Bibliotheksbeständen ermöglichen und alle Formen bibliothekarischer Statistiken berücksichtigen. Damit liegt ein bedeutender Beitrag nicht nur innerhalb des beschriebenen Forschungsfelds, sondern für die Geschichte des nichtwissenschaftlichen Bibliothekssystems überhaupt vor.

Bayreuth

STEFAN BENZ

NIKOLAUS BUSCHMANN/UTE PLANERT (Hg.): *Vom Wandel eines Ideals. Bildung, Universität und Gesellschaft in Deutschland* (Politik und Gesellschaftsgeschichte 86). Dietz, Bonn 2010, 157 S. (1 Abb., 4 Tab.), 29,80 €.

Die Festschrift für Dieter Langewiesche anlässlich seines 65. Geburtstages stellt eine exzellente und hochaktuelle Aufsatzsammlung namhafter Historikerinnen und Historiker dar. Ausgehend von der Biographie des zu Ehrenenden reflektieren die einzelnen Beiträge aus je unterschiedlicher Perspektive Bildungswege, Bildungsmöglichkeiten und bildungspolitische Entwicklungen in Deutschland im 19. und 20. Jh. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung des deutschen und des europäischen Hochschulwesens im Zuge des Bologna-Prozesses werden ohne Umschweife die Defizite benannt, die mit dem von der Politik forcierten, allerdings überhasteten Umbau verbunden sind.

Es drängt sich also der Eindruck auf, dass Bund und Länder in Bezug auf die Bildungspolitik gleichsam zu einem kurzatmigen Maßnahmenstaat herabsinken, der versucht, mit überhasteten ad-hoc-Entscheidungen den verlorenen Anschluss an erfolgreichere Staaten zurückzugewinnen, ohne sich die Mühe nehmen zu wollen, im Diskurs mit bildungspolitischen Fachleuten zunächst einmal den Sachstand mit der gebotenen politischen Gelassenheit zu analysieren, um dann neue Normen zu entwickeln, die schließlich mit einer höheren Wahrscheinlichkeit als der aktuell gegebenen eben jenes Ziel, den Anschluss wieder zu gewinnen, erreichen lassen.

Freilich erschöpft sich die Kritik der Autorinnen und Autoren nicht in einer schlichten Ablehnung der getroffenen Maßnahmen. Vielmehr zeichnen sich die Beiträge gerade dadurch besonders aus, dass gut begründete und somit konstruktive Lösungsansätze entwickelt werden. Beispielsweise zeigen Ute Frevert und Konrad H. Jarausch in ihren jeweiligen Beiträgen, in welchem Maße die Hochschulen in den Vereinigten Staaten nicht allein im Bereich der Exzellenzförderung brillieren, sondern wie sehr das amerikanische Bildungssystem gerade auch im so genannten Unterbau, der streng genommen nicht erst in den Proseminaren, sondern bereits in den Kinderkrippen angelegt wird (S. 78), vorbildlich ist.

Einer der herausragenden Befunde der Diskussionsbeiträge in toto ist die schlichte, aber auch erschreckende Tatsache, dass das so gerne und häufig verwendete Begriffspaar Bildungsnähe und Bildungsferne kein Phänomen des ausgehenden 20. bzw. des beginnenden 21. Jhs. ist – erschreckend

deshalb, weil es bislang unserer demokratischen Gesellschaft, die den Anspruch auf Teilhabe als unabdingbares Element ihres Funktionierens in sich trägt, nicht oder nur unzureichend gelungen ist, die Problemlage einer Lösung zuzuführen. Eine moderne Bürgergesellschaft wird nur dann erfolgreich sein können, wenn alle ihre Glieder an ihrem Erfolg mitwirken und umgekehrt auch vom Erfolg profitieren können. Dass Ralf Dahrendorf bereits im Jahre 1964 einen rigorosen Ausleseprozess in der bundesrepublikanischen Bildungslandschaft mit dem Ziel konstatiert hat, Arbeiterkinder vom Hochschulstudium fernzuhalten (S. 23), offenbart im Grunde nur das auch weiterhin bestehende Desinteresse, alle Bildungsreserven der Bevölkerung auszuschöpfen. Die Logik dieses Verhaltens erschließt sich weder unter dem gesamtgesellschaftlichen noch dem volkswirtschaftlichen Aspekt, denn immerhin wäre zu erwarten, dass Bildung als dem einzigen Rohstoff, den dieses insgesamt recht rohstoffarme Land in nennenswertem Umfang hervorbringen kann, mehr öffentliche Aufmerksamkeit und Förderung zuteil werden würde.

Das oben erwähnte Begriffspaar ist aber auch deshalb problematisch, weil es zu falschen Schlüssen verleitet. Das Kind, das in einem bildungsfernen Haushalt aufwächst, erhält von seinen Eltern gleichsam automatisch schlechte Startchancen in das Leben. Diese Argumentation erweckt zum einen den Eindruck, dass der Lebensweg des Kindes durch die Familie gewissermaßen vorprogrammiert ist. Zum anderen wird hierbei vergessen, dass es im Gegensatz zur allgemeinen Vermutung durchaus zahlreiche Eltern gibt, die trotz oder gerade wegen ihrer Bildungsferne versuchen, ihren Kindern den gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. Das klassische Motto jenes Verhaltens, das sich in dem Satz „Mein Kind soll es einmal besser haben“ manifestiert, scheint im 21. Jh. allmählich aus dem Blickwinkel zu verschwinden, und es ist nicht zuletzt das Verdienst von Dahrendorf, mit dem Begriff der Bildungsfreundlichkeit auf das skizzierte Manko hingewiesen zu haben. Auch ein bildungsferner Haushalt kann durchaus bildungsfreundlich sein. Somit müssten die betreffenden öffentlichen Instanzen, wollten sie zielführend agieren, nicht bei der Frage ansetzen, ob das soziale Umfeld des Kindes bildungsnah oder bildungsfern ist, sondern sich die Frage stellen, inwieweit der junge Mensch in einem bildungsfreundlichen bzw. bildungsunfreundlichen Milieu aufwächst. Der Beitrag von Sylvia Schraut spielt u. a. diese Überlegungen an der Frage durch, wie sich der Zugang junger katholischer Frauen aus ländlichen Regionen zu Universität und Wissenschaft von etwa 1850 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges entwickelt hat, womit ganz zwanglos der Gegenwartsbezug einer historischen Thematik offenbar wird.

Insgesamt werfen die Autorinnen und Autoren in ihren je unterschiedlichen Beiträgen nicht nur einen nachdenklichen, wenngleich anregenden Blick auf die aktuellen Befunde und Diskussionen zur Bildung, sondern sie stellen auch die Frage, welchen Weg unsere demokratische Gesellschaft in dieser Angelegenheit einschlagen will – und es ist die Pflicht, nicht zuletzt aber auch eines der vornehmsten Rechte verantwortungsbewusster Eliten, diese Frage mit der gebotenen Sorgfalt zu bedenken und zu beantworten.

Ludwigsburg

UWE SIEG

RICHARD COBB: „*Tod in Paris*“. *Die Leichen der Seine 1795–1801*. Übers. von Gabriele Gockel und Thomas Wollermann. Mit einem Vorwort von Patrick Bahners. Klett-Cotta, Stuttgart 2011, 199 S., 19,90 €.

Deutsche Historiker sind mehrheitlich beamtet, ihr Interesse richtet sich vornehmlich auf den Staat und seine Aktionen, also die große Politik. Nicht so der englische Historiker Richard Cobb (1917–1996), vormals Hochschullehrer an der Universität Oxford; seine Forschungen berührten in erster Linie die Kümernisse des Alltags. Sein Buch „*Death in Paris*“ (1978) beschäftigt sich mit Namenlosen, in diesem Falle mit den Leichen, die man in den Jahren zwischen 1795 und 1801 aus der Seine barg. Von diesen 404 untersuchten Toten waren 274 gesicherte Fälle von Suizid, 211 Männer

und 63 Frauen, ferner 65 Unfall- und neun Mordopfer, die anderen blieben ungeklärt.

Ins Wasser zu gehen war in Paris damals die verbreitetste Art, sich das Leben zu nehmen. Schwimmen konnten die wenigsten, nicht einmal die Schiffer. Im jährlichen Durchschnitt dieser Jahre gab es in Paris damals, bei rund 700.000 Einwohnern, an die 150 Selbsttötungen pro Jahr.

Paris um 1800: eine statische, vorindustrielle Gesellschaft mit Fuhrleuten und Stallknechten, Wasserträgern, Laufburschen, Garköchen, Wäscherinnen usw. Sozialen Aufstieg gab es kaum. Die Selbsttötungen verteilten sich ziemlich gleichmäßig über die Wochentage. Suizid wurde viel häufiger bei Tageslicht verübt, Morde nachts – wie heute. Die Selbstmörder waren zum größten Teil Männer, 30 bis 40 Jahre alt, arm oder sehr arm, jeder zweite wohnte in einem Logierhaus. Wie auch heute hierzulande, so geschah Suizid damals viel häufiger als Mord. Im Sommer gab es etwas mehr Suizide als im Winter; Frauen brachten sich im Winter noch seltener um als Männer. Suizide wurden oft nachgeahmt, an bestimmten Örtlichkeiten kam es daher zu richtigen Selbstmordwellen.

Die aufgefundenen Toten besaßen in der Regel so gut wie nichts. Die Verwandten, die sie identifizieren sollten, erklärten zumeist, für die Bestattung nicht aufkommen zu können. Aber sie erhoben Anspruch auf die Kleidung der Toten, oft war sie die einzige Hinterlassenschaft. Die Kleidungsstücke wurden in den Protokollen ausführlich beschrieben. Viele Toten besaßen nur das, was sie auf dem Leib trugen, manch einer hatte alles an, was ihm gehörte, in mehreren Schichten übereinander, als wollte er sich für den Tod herausputzen. Die Buchstaben der Monogramme in der Kleidung passten oft nicht zu den Namen der Toten, die Sachen waren also geerbt, aus zweiter Hand erworben oder gestohlen. Oft hieß es in den Protokollen: „gestopft“, „geflickt“, „fadenscheinig“, „zusammengenäht“, „an den Ärmeln abgewetzt“ – alles höchst armselig. Eine Jacke mit fünf Knöpfen: drei aus Messing, zwei mit Stoff bezogen. Die Tascheninhalte gleichfalls Zeugnisse der Armut. Was da nicht alles für aufhebenswert befunden wurde! Viele der anonymen Toten waren aus Hunger vom Land zugewandert. Auch körperliche Merkmale wie Sommersprossen, Pockennarben, Warzen, Muttermale wurden in den Protokollen festgehalten. Tote ohne Papiere waren schwierig zu identifizieren, und manch eine herbeigerufene Ehefrau wollte den Tod des getrennt lebenden Gatten nicht zugeben, weil dann die öffentliche Unterstützung verfiel.

Warum waren sie ins Wasser gegangen? Darüber schwiegen die meisten. Nach der Fastenzeit, wenn ein Eheversprechen nicht gehalten worden war, stieg die Zahl der weiblichen Selbstmörder. Abschiedsbriefe fand man selten, die Schulpflicht begann gerade 1795. Wo ein Schriftstück vorlag, nannte es meist persönliche Gründe, nicht wirtschaftliche. Vermutlich litten viele an Schwermut, davon ist gelegentlich die Rede, oder an unbestimmten psychischen Erkrankungen.

Das Thema dieses Buches ist ernst, das Buch hervorragend, Ergebnis eines glücklichen Fundes in den Pariser Archiven. Es verschafft seltene Einblicke in die Welt des Ancien Régime, in eine Welt, die wir lange hinter uns gelassen haben. Es behandelt in verständlicher Weise ein wichtiges Stück Alltags- und Sozialgeschichte, gut geschrieben, gut übersetzt. Ein originelles und bewegendes Buch.

Rohrdorf

MANFRED VASOLD

WALTRAUD ERNST/THOMAS MUELLER (Hg.): *Transnational Psychiatries. Social and Cultural Histories of Psychiatry in Comparative Perspective, ca. 1800–2000*. Cambridge Scholars Publishing, Newcastle upon Tyne 2010, 321 S., 44.99 £.

Der Transfer einer neuen psychiatrischen Behandlungsmethode, so bilanziert Akihito Suzuki ihren Beitrag im zu besprechenden Sammelband, habe drei Dimensionen: die akademische Medizin, die Struktur psychiatrischer Versorgung und die Kostenfrage. Der Hinweis trifft jeden psychiatriegeschichtlichen Gegenstand: Psychiatriegeschichte, so hat es Roy Porter, einer ihrer herausragenden Vertreter, formuliert, kann nie allein Medizingeschichte sein. Psychiatriegeschichte als Gesellschaftsgeschichte zu schreiben, ist indes noch nicht selbstverständlich – trotz der Anregungen von Foucault,

Castel u. a. sowie einzelner, empirisch gesättigter und kontextsensibler Studien. Am besten stellt sich die Lage in jenen Ländern dar, wo die Psychiatriegeschichte – wie die Medizingeschichte allgemein – anders als in Deutschland nicht primär der Ausbildung angehender Ärzte – und damit oft der Legitimation des Faches – dient. So erstaunt es wenig, dass der Impuls, Chancen und Grenzen einer transnationalen, sozial und kulturell informierten Geschichte der Psychiatrie zu diskutieren, aus Großbritannien kommt. Mit „Transnational Psychiatries“ verfolgen die Herausgeber Waltraud Ernst und Thomas Mueller und die Autoren den Anspruch, in elf Fallstudien Vergleich, Transfer und *histoire croisée* systematisch zu erproben.

In den Blick kommt dabei neben Frankreich, Belgien, der Schweiz, Deutschland, Großbritannien und Serbien vor allem Asien mit Japan, den Fiji-Inseln und Indien; ein Beitrag widmet sich Argentinien. Der zeitliche Schwerpunkt liegt in der ersten Hälfte des 20. Jh.s. Der Transfer psychiatrischer Therapien, wie die „aktive Therapie“, Schock- und Psychotherapien sowie die Familienfürsorge, steht im Zentrum. Hinzu kommen Beiträge über divergierende Konzepte psychiatrischer Krankheitsbegriffe. Aude Fauvel rekonstruiert mit der „Affäre Seillière“ einen Skandal um die Einweisung eines prominenten Franzosen, der im Kontext psychiatriekritischer Bewegungen um die Jahrhundertwende auch jenseits der ärztlichen Profession und über Frankreich hinaus für Aufregung sorgte. Ihr Beitrag rückt einen Patienten in den Mittelpunkt, dessen Vorwürfe auch jenseits der Anstaltsmauer Gehör fanden. Foucaults These, der psychisch Kranke sei in der Geschichte abwesend, kann mit diesem und weiteren Beispielen als widerlegt gelten.

Zwei Beiträge – ein Vergleich und eine Transferstudie – seien hervorgehoben, weil sie auf die Grenzen verweisen, auf die länderübergreifende Studien angesichts der jeweiligen historischen Kenntnisse notwendig stoßen, aber auch andeuten, welche Erkenntnisse künftig von einer transnationalen Perspektive zu erwarten sind. Zudem zeichnen sich beide (wie auch der Aufsatz von Catherine Fussinger und Annick Ohayon über die Psychotherapie in der Schweiz und in Frankreich) durch ein hohes Maß an Methodenreflexion aus, was ihre Lektüre auch für Leser lohnenswert macht, die nicht selbst zu psychiatriehistorischen Themen arbeiten.

Isabelle von Bueltzingsloewen fragt, ob dieselben Gründe für den Hungertod von etwa 45.000 Psychiatriepatienten im besetzten Frankreich ausschlaggebend gewesen seien wie für die Krankensterben des NS-Regimes. Ihre Studie bietet keinen symmetrischen Vergleich beider Länder, im Zentrum stehen die französischen Asyle. Hier überzeugt v. a. die sorgfältige Rekonstruktion lokal und regional sehr unterschiedlich begründeter (Über-)Lebensbedingungen. Dies und der Vergleich mit den Sterberaten in Gefängnissen und anderen totalen Institutionen zeigen, dass entgegen bisheriger Darstellungen das Hungersterben in Frankreich mit sozialen Faktoren und nicht ideologisch zu erklären ist. Darüber hinaus macht die Autorin anschaulich, dass genaue Kenntnisse der lokalen Kontexte eine unerlässliche Voraussetzung für Vergleichsstudien sind – was allerdings für Deutschland weniger gut eingelöst wird als für Frankreich, weil die lokalen Praktiken nach dem Stopp der Aktion T4 zu wenig berücksichtigt werden. Fügt man diesem Beitrag eine Randbemerkung A. Suzukis hinzu, die Sterblichkeitsrate in Japans psychiatrischen Krankenhäusern sei während des Zweiten Weltkrieges signifikant gestiegen, drängt sich für künftige vergleichende Studien die Frage auf, ob der Aufenthalt in einer Anstalt für deren Patienten in Kriegs- und Krisenzeiten grundsätzlich lebensbedrohlich war.

Suzukis Aufsatz über den Transfer von Schocktherapien erfüllt den Anspruch, soziale und kulturelle Faktoren in das Feld der Psychiatrie einzubeziehen, in Vielem. In Japan wurden die neuen Behandlungsmethoden bemerkenswert schnell eingesetzt; allerdings führten Besonderheiten der psychiatrischen Versorgung dazu, ihnen andere Funktionen zuzuweisen – so dienten die psychiatrischen Patienten vielfach als Versuchskaninchen für eine anvisierte Therapie somatischer Leiden. Außerdem blieb die Anwendung auf jene Patientengruppen beschränkt, die in der Lage waren, selbst für die sehr teuren Therapien zu zahlen. Suzuki (wie auch Waltraud Ernst in einem Beitrag über die „Reformpsychiatrie“ im kolonialen Indien) weist außerdem darauf hin, dass nicht nur die Übernahme, sondern auch die Nicht-Rezeption europäischer Behandlungsmethoden erklärungsbedürftig ist.

Transfer steht im Sammelband vor allem für die Rezeption (west-)europäischer Ideen und Behandlungsmethoden in nicht-europäischen Ländern. Unterbelichtet bleibt hingegen die umgekehrte

Richtung und auch die Frage, in welcher Weise der bis dahin landesübliche Umgang mit den „Wahnsinnigen“, die nicht notwendig als Kranke wahrgenommen wurden, das importierte medizinische Wissen zu etwas Neuem formte. Zu überlegen bleibt weiter, ob nicht allein die (potenzielle) Materialfülle transnationaler Studien die Gefahr birgt, erneut zu unkritisch auf Quellen zurückzugreifen, die – wie die Jahresberichte psychiatrischer Anstalten oder Lehrbücher – vergleichsweise leicht zugänglich sind. Diese zeugen ja nicht einfach vom damaligen Wissensstand und von der psychiatrischen Praxis, sondern dienen immer auch der professionellen Selbstdarstellung.

Nicht alle Beiträge werden dem Anspruch an Selbstreflexivität sowie einer sozialen und kulturellen Perspektivierung der Psychiatrie in gleichem Maße gerecht. Doch es gelingt Herausgebern und Autorinnen ohne Zweifel, den Leser vom Erkenntnisgewinn länderübergreifender Studien für die Geschichte der Psychiatrie zu überzeugen – wenn auch lokale, regionale und nationale „Grundlagenforschung“ weiter notwendig sein wird.

Freiburg i. Br.

CORNELIA BRINK

ANDREAS GESTRICH/LUTZ RAPHAEL/HERBERT UERLINGS (Hg.): *Strangers and Poor People. Changing Patterns of Inclusion and Exclusion in Europe and the Mediterranean World from Classical Antiquity to the Present Day* (Inklusion/Exklusion 13). Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2009, 615 S. (11 Abb., 12 Farbtafeln), 96,80 €.

Das Buch soll einen Eindruck von den im Rahmen des Trierer Sonderforschungsbereichs „Fremdheit und Armut“ stattgefundenen Forschungsarbeiten geben. Zum Thema Armut könnte das Thema Exklusion (oder soziale Marginalisierung) gut passen; die meisten Beispiele der Inklusion/Exklusion haben aber sehr wenig mit Armut zu tun, da es sich hier um Aufnahme in eine Gesellschaft, vor allem durch Naturalisation, handelt. Vielleicht hat H. Schnabel-Schüle Recht, dass der juristische Begriff Staatsbürgerschaft erst um 1800 erscheint, aber der Inhalt ist viel älter. In Skandinavien waren seit dem Spätmittelalter die Vorbedingungen Grund- oder Immobilienbesitz, Steuerzahlung und Heirat mit einer einheimischen Frau. Das Indigenatgesetz der Dänischen Monarchie (1776) wird nicht erwähnt, ferner hatte Preußen vor 1815 keine dänischen Untertanen (S. 106 f.). Eigenartigerweise werden Minderheiten (abgesehen von Juden und „Gypsies“) nicht in größerem Ausmaß untersucht, z. B. nach nationalen, religiösen, kulturellen oder sozialen Kriterien.

Mehrere Aufsätze beschäftigen sich mit internationalen Themen: L. M. Vogl-Bienek plädiert (nach britischem Vorbild) für Untersuchungen der *Laterna Magica* als Medium, während Philine Helas das Motiv von St. Martin, der dem Bettler die Hälfte seines Mantels gibt, untersucht. Zwar widmeten sich die *Buonomini di S. Martino* den „*Poveri vergognosi*“, nicht aber „explicitly including impoverished nobility and citizens of the upper classes“ (S. 544); die Untersuchung *Amleto Spiccianis* (in: Thomas Riis [Hg.]: *Aspects of Poverty*, 1981), zeigt eindeutig, dass die unterstützten Familien eher aus dem Handwerkerstand stammten.

In vielen Aufsätzen wird der Forschungsstand des Themas, das untersucht werden soll, präsentiert. Für den Leser, der gerne neue Erkenntnisse aus neuen Quellenstudien gelesen hätte, ist dies nicht ganz befriedigend. Alte Theorien wie Max Webers „protestantische Ethik“ werden nicht in Frage gestellt, obwohl eine andere Erklärung vielleicht einfacher wäre. Durch die Abschaffung der katholischen Feiertage wurde das Arbeitsjahr um 15–20 Prozent erweitert (vgl. Thomas Riis: *Le temps du travail. Une esquisse*, in: *Diogenes* 149, 1990), und dazu kommt noch die allmähliche Verlagerung des westeuropäischen Wirtschaftszentrums in Richtung Nordwesten zwischen dem 15. und 18. Jh. Auch die Theorie Gerhard Oestreichs von der „Sozialdisziplinierung“ wird ohne Nachprüfung akzeptiert. Erst der polnische Historiker Edmund Kizik (*Die reglementierte Feier*, 2008) stellt die notwendige Frage, ob es sich nicht manchmal um Wirtschaftspolitik handelt? Eine Lübecker Hochzeitsordnung aus der ersten Hälfte des 14. Jh.s. macht die Begrenzungen für sämtliche Einwohner verbindlich, und auch andere Ordnungen lassen sich problemlos als wirtschaftspolitische Maßnahmen identifizieren.

Obwohl der Sonderforschungsbereich grundsätzlich international ausgerichtet ist, beschäftigen sich die meisten Beiträge mit der Geschichte des Reiches und Deutschlands, ohne die Ergebnisse der sehr aktiven südeuropäischen Armutsforschung zu berücksichtigen. So hätte M. Linden bei der Integration von Immigranten in Deutschland mit Vorteil die Arbeiten der Bewegung *Mouvement Quart Monde* auswerten können, die bestrebt ist, die Bewohner von Slumvierteln (oftmals Personen mit Einwandererhintergrund) allmählich in die Gesellschaft zu integrieren.

Der Schwarze Tod bewirkte einen merkbaren Arbeitskräftemangel, aus diesem Grund führten mehrere Staaten noch vor 1400 die Arbeitspflicht ein. Auch begann man um 1400 in Italien, die Bettler in Institutionen einzusperren (B. Geremek, in: *Mélanges Fernand Braudel I*, 1973). Sehr wichtig ist die Feststellung des Wirtschaftsethikers und Florentiner Erzbischofs S. Antonino († 1459) von der Unterbeschäftigung als Ursache der Armut. Der enorme Unterschied zwischen den Vordenkern des Wohlfahrtsstaates und anderen ist deutlich; im Jahre 1761 bezeichnete von Justi das Betteln als bössartiges Geschwür der Gesellschaft, während 1748 Montesquieu in „*De l'Esprit des Lois*“ XXIII 29 das Prinzip des modernen Wohlfahrtsstaates formulierte.

Kiel

THOMAS RIIS

HUBERTUS F. JAHN: *Armes Russland. Bettler und Notleidende in der russischen Geschichte vom Mittelalter bis in die Gegenwart*. Schöningh, Paderborn u. a. 2010, 250 S. (zahlr. Tab., 8 Abb.), 34,90 €.

Schon im Titel des Buches sind die beiden Perspektiven angedeutet, die abwechselnd in der Darstellung im Vordergrund stehen: Zum einen verfolgt der Autor aus sozial- und gleichermaßen kulturgeschichtlicher Sicht, wie sich Armut zu verschiedenen Zeiten manifestierte und wie man ihr begegnete, zum anderen interessieren ihn die Akteure der Armut, die „Armen“ selbst, sei es, dass sie als von sich aus handlungsfähig, sei es, dass sie als Opfer und Objekte erscheinen.

Jahn ist sich dabei dessen bewusst, dass wir die Armen vor allem aus der Sicht der Anderen kennen, dass sie uns bis weit ins 19. Jh. keine Selbstzeugnisse hinterlassen haben. Insofern stellt er die Armen vielfach nur als „Objekte sozialer Imagination“ (S. 16) vor.

Er beginnt seine Darstellung mit einem Kapitel über das Verhältnis zur Armut im alten Russland. Hier präsentiert er verschiedenste Quellenzeugnisse von der Zeit des Kiever Reiches bis ins 17. Jh., die alle dadurch miteinander verbunden sind, dass sie von der Unvermeidlichkeit von Armut als Teil der Welt ausgehen und die Gabe an die Armen religiös deuten.

Dieses Kapitel ist geradezu notwendig, um zu ermessen, welcher Wandel im Verhältnis zur Armut im 18. Jh. einsetzte, wie Armut nun als Missstand und Störung erlebt wurde und wie Kriminalisierung, Hospitalisierung und Arbeitszwang zu staatlichen Mitteln wurden, die Armut möglichst unsichtbar zu machen, ohne dass die alten Einstellungen dadurch in der Gesellschaft wirklich verschwanden. Die Entwicklung des Verhältnisses zur Armut folgte mit einer gewissen Verzögerung dem westlichen Muster.

Die Gliederung der vier Kapitel zum 18. und 19. Jh. hat sich aus der Gruppierung des Quellenmaterials ergeben, zugleich kommen hier die ganz unterschiedlichen Sichtweisen der Textproduzenten zum Tragen. Kapitel 3 und 6 sind durch die Auswertung von Zeitschriften und schöner Literatur eher diskursorientiert. Kapitel 5 stützt sich vor allem auf amtliche Berichte und ethnographische Quellen zur Lebenswelt der Armen. Kapitel 4 gilt den Institutionen der Armenfürsorge, insbesondere der Tätigkeit des Petersburger Bettlerkomitees. Auszüge aus dem reichen statistischen Material, z. B. zur Herkunft der Betreuten oder zur Verteilung nach Geschlechtern, finden sich im Anhang. Relativ wenig erfahren wir über das Aufblühen privater Wohltätigkeit als Teil von Bürgerkultur und über die Fürsorgearbeit der *zemstva*, der im Zuge der Großen Reformen errichteten regionalen Selbstverwaltungskörperschaften. Insofern entsteht ein vielleicht unangemessen negativer Eindruck von der Handlungsbereitschaft und Handlungsfähigkeit des späten Zarenreiches auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Die Darstellung für das 18. und 19. Jh. konzentriert sich zwar auf St. Petersburg, doch erhalten wir Einblicke auch in die Verhältnisse in anderen Städten und auf dem Land. Die Chancen, sich durch Betteln oder Teilhabe an Hilfsmaßnahmen durchzuhelfen, waren in den Metropolen generell besser, doch auf dem Land blieb man trotz Verelendung stärker in verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Netzwerke eingebunden, Ausgrenzung und Stigmatisierung blieben geringer. Aus der ökonomischen Armut folgte nicht unbedingt die soziale Armut.

Dass die siebzig Jahre des Sozialismus im letzten Kapitel so knapp behandelt werden, ist zum einen gewiss eine Entscheidung des Autors, zum anderen entspricht es dem Umstand, dass individuelle Armut trotz mehrerer Wellen der Massenverelendung weitgehend ein Tabu-Thema des öffentlichen Diskurses in der Sowjetunion war und dass Quellen und Forschungsliteratur hier nicht annähernd so reichlich wie für das späte Zarenreich zur Verfügung stehen – es sei denn, man würde auch die erzwungene Armut der Deportierten, der Lagerinsassen und Zwangsarbeiter zum Thema rechnen.

Für die Jahre der Transition berichtet der Autor über geradezu erschreckende Fallbeispiele aus dem Bettleralltag. Zugleich verweist er darauf, wie viele Menschen unter der Armutsgrenze lebten: 1992 waren es 85 Prozent, 1993 noch 60 Prozent (S. 145). Allerdings gilt hier zu beachten, dass die zeitweilig durchgängige Bedürftigkeit großer Bevölkerungsschichten nicht zugleich mit sozialer Entwurzelung verbunden war.

Der Wert dieses Buches liegt in seinem weiten zeitlichen Horizont, in der Vielfalt des präsentierten Materials, in den gewählten Perspektiven und nicht zuletzt in der Anschaulichkeit und sprachlichen Gefälligkeit der Erzählung. Die Welt der Armut im Laufe der russischen Geschichte ist uns aus westeuropäischer Sicht in mancher Hinsicht fremd, doch erkennen wir bei der Lektüre von Jahns Buch vieles auch als gemeinsam wieder.

Kiel

LUDWIG STEINDORFF

VERA KALLENBERG: *Von „liederlichen Land-Läuffern“ zum „asiatischen Volk“. Die Repräsentation der ‚Zigeuner‘ in deutschsprachigen Lexika und Enzyklopädien zwischen 1700 und 1850. Eine wis-sensgeschichtliche Untersuchung* (Zivilisation & Geschichte 5). Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2010, 161 S., 32,80 €.

Mehrheitsgesellschaftliche Konstrukte sind es, die die Semantik von „Zigeuner“ konstituieren. Darum geht es in der Studie von Vera Kallenberg, nicht um reale Roma oder um andere der Kategorie subsumierte reale soziale oder ethnische Gruppen. Sie fragt nach Zigeuner-Bildern in Lexika und Enzyklopädien zwischen 1700 und 1850 mit einer Zäsur um 1780, Einstieg in die Sattelzeit.

Das 15. Jh. sah in „Zigeunern“ noch Sarazenen, Ägypter, Tataren. Die frühneuzeitlichen Autoren unterschieden zwischen dieser eher mythischen Ethnie von „Ursprungszigeunern“ und deren ethnisch nicht zu fassenden Nachfolgern. Eine soziografische Definition dominierte bis ins 20. Jh., es gibt sie im Populärdiskurs bis heute. „Zigeuner“ bezeichne „ein umschweifendes und zusammengelaufenes Gesindel“, so Johann Heinrich Zedler, der bedeutendste deutschsprachige Enzyklopädist des 18. Jh.s. Betrügerisch habe diese disparate multiethnische Randgruppe sich ein von der Mehrheitsbevölkerung stark abweichendes „orientalisches“ Aussehen zugelegt, sich auffällig „schwarz“ eingefärbt und sich eine intern „ausgemachte“ fingierte Sprache ausgedacht. Man fragt sich irritiert, warum jemand sich aufwändig als offenes Gesindel in Szene setzen sollte und wie eine solch abstruse These Eingang in aufgeklärte Schriften finden konnte. Man erkennt die Empirieferne der Schriftgelehrten.

Kallenberg ermittelt eine Fülle phantasmagorischer Zuschreibungen in Lexika und Enzyklopädien. Eine Schnittmenge gab es mit antijüdischen Attributierungen, so kollektive Delinquenz.

Im Repertoire der Eigenschaften waren Eigentumsübergriffe und Arbeitsscheu stabile Größen. „Müßiggänger“ ohne Nutzen für die als für jedermann vorteilhaft dargestellte feudalstaatliche Ökonomie schädigten demnach ausbeuterisch das, wie es hieß, „gemeine Wesen“.

Die von Zedler und anderen zitierten Abwehnormen propagierten die gewaltsame Exklusion. Nicht eine dokumentierte Delinquenz habe dabei, so Kallenberg, den Ausschluss begründet, sondern eine als schädlich angesehene deviante Lebensweise („liederliches Leben“, „verbotener Lebenswandel“).

Mitunter löst Kallenberg sich von ihrer Vorgabe, bei der Konzeptualisierung der „Zigeuner“ zu bleiben. In einem Abschnitt zu „Berufen“ begibt sie sich in eine realgeschichtliche Perspektive. Die in den Nachschlagwerken angegebenen Erwerbsweisen sollten aber, auch wenn sie nicht deliktisch sind, nicht vorschnell als belegt angesehen werden, denn der archivalische Befund widerspricht. Henker oder Totengräber sind nicht nachweisbar. Die in der ersten Hälfte des 18. Jh.s noch sehr häufige Tätigkeit im Militärdienst oder etwa Lohnarbeiten in der Landwirtschaft oder als Bauarbeiter waren häufig, fehlen dagegen in den Artikeln.

Zum Ausgangspunkt einer Neudefinition wurde Heinrich Grellmanns „Die Zigeuner. Ein historischer Versuch ...“ von 1783. Grellmann „nimmt die bisherigen sozialen Kategorien in sich auf und arbeitet sie zu einem ‚ethnisch-rassischen‘ Konzept um“ (S. 97). Die von ihm kompilierten Wissensbestände und sein neuer Ansatz entfalteten eine erhebliche Wirksamkeit. Mit ihm und der nun aufkommenden tsiganologischen Literatur zog die Kategorie „Volk“ im Sinne von „ethnos“ in die Artikel ein. Zwei Eigenschaften standen weit vorn: „Nomadentum“ („unstät“, „umherschweifend“, „Nomadenvolk“) und nichteuropäische Herkunft („indischer Volksstamm“, „asiatisch“). Seit den 1820er Jahren spielte englische Literatur, „die im Kontext von Kolonisierung und Mission ‚Indien‘ zum Bezugspunkt ethnographischer und linguistischer Untersuchungen nahm“, zunehmend eine Rolle (S. 103). Die sprachhistorische Rückführung des Romanes auf das indoarische Sanskrit erhielt eine kolonialistische Tönung. „Ideologisch prädisponiert“ habe die Behauptung einer wenig elaborierten Sprache das Bild vom primitiven Wilden mitbegründet.

Inhalte hätten sich verschoben. „Die Kategorien ‚Sitten‘ und ‚Charakter‘ sowie ‚Physis‘“ seien zunehmend neben das Gruppenmerkmal Sprache getreten (S. 112). Die Sprachabkunft sei kurzerhand zu einer sozialen Herkunft aus der Gruppe der Unberührbaren ausgeweitet worden. Brockhaus 1819: „Zigeuner“ hätten zur „niedrigsten und verachtetsten indischen Caste“ gehört. Über die Paria-These und andere ungedeckte Annahmen kamen kolonialistische Phantasien mit traditionellen Zigeunerbildern zusammen. Die vorgeblichen „Elemente des indischen Charakters“, nämlich „List, Verschlagenheit, Betrügerei, Lügen, Stehlen und Rauben, demüthig niederträchtige Kriecherei dem Sieger gegenüber und rücksichtsloseste Grausamkeit“, so Krünitz 1855, „[funktionierten] in beide Richtungen“ (S. 112).

Die Autorin schließt ihre akribische Studie mit der zeitgenössischen Mutmaßung einer Invarianz der kollektiven Zigeunerpersönlichkeit. „So sehn wir, dass der [...] Charakter dieses Nomadenvolkes seinen Grundzügen nach [...] ein und derselbe geblieben ist. Wanderlust, unstätes Leben und unehrlicher Erwerb des Lebensunterhaltes, Wahrsagerei und Geheimniskrämerei, das ist das Wesen des Zigeuners.“ (Manz 1849) In der Alltagsvorstellung lebt derlei nach wie vor.

Wiehl

ULRICH F. OPFERMANN

BARBARA KRUG-RICHTER/RUTH-E. MOHRMANN (Hg.): *Frühneuzeitliche Universitätskulturen. Kulturhistorische Perspektiven auf die Hochschulen in Europa* (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte 65). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2009, 315 S. (30 Abb.), 44,90 €.

Die Aufsätze des Sammelbands basieren auf den Ergebnissen der internationalen Konferenz zur Kulturgeschichte der frühneuzeitlichen Universitäten in Europa, die im November 2005 an der Universität Münster stattfand. Die 14 Beiträge, darunter drei englischsprachige, bilden eine erste Übersicht kultur- und alltagsgeschichtlicher Einzelstudien zu frühneuzeitlichen Universitäten in Europa.

In einem einführenden Beitrag stellt Barbara Krug-Richter fest, dass trotz erster alltagsgeschichtlicher Ansätze bereits in den 1990er Jahren immer noch die klassischen Forschungsfelder der deut-

schen Universitätsgeschichtsforschung, die sich mit der „Institution Universität“ bzw. der Wissenschafts- und Gelehrtengegeschichte beschäftigen, im Vordergrund stehen. Die Bedeutung einer kultur- und alltagsgeschichtlichen Aufarbeitung frühneuzeitlicher Universitätsgeschichte sieht sie darin, darzulegen, in welcher Weise sich der akademische und der städtische Alltag kreuzten und gegenseitig beeinflussten. Die Anwesenheit einer größeren Gruppe recht standesbewusst auftretender junger Männer beeinflusste das Zusammenleben von Universität und Stadtbürger weit mehr als Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung. Das soziale Leben in Universitätsstädten unterschied sich dadurch von dem in anderen Städten merklich.

Herman Roodenburg und Elke Liermann skizzieren in ihren Beiträgen die zunehmende Bedeutung von Körperertüchtigung und adligen Exerzitien als Element einer distinktiven Erziehung. Dabei stellt Liermann weitergehend dar, welchen Stellenwert die Waffenfähigkeit für das frühneuzeitliche Männlichkeitskonzept hat, wodurch die Fechtkunst von den Turnhallen auf die Straße getragen wurde. Alexandra Shepard zeigt des Weiteren ein spezifisches Bild von männlichem Sozialverhalten, das stark mit Devianz als Norm verbunden ist. Carla Penuti umreißt am Beispiel der *Natio Germanica* in Bologna das Beziehungsgeflecht zwischen Studenten und Stadt bzw. Obrigkeiten. Mit der studentischen Wohn- und Lebenssituation in Bursen bzw. Kollegien befassen sich die Arbeiten von Ingrid Matschinegg und Marcin Baster. Tina Braun stellt in ihrer überzeugenden Abhandlung am Beispiel Freiburgs die unterschiedlichen Funktionen von Musik und Tanz für den studentischen Alltag und das damit verbundene frühneuzeitliche städtische Sozialgefüge dar. Holger Zaunstöck analysiert im Fall Halles von 1765–1768 die Systematik der Denunziation im Fall arkaner studentischer Kultur. In seinem ausführlichen sowie reich bebilderten Beitrag unterzieht Ulrich Rasche die Disziplinierung der Studentenschaft und parallel dazu das Motiv des „Bummelstudenten“ Cornelius einer grundlegenden Betrachtung. Am Beispiel des schwedischen Gelehrten Johannes Messenius, der einen fortschrittlichen Unterricht mit höfisch-weltlichen Inhalten bot, zeigt Simone Giese, welche Problematiken Abweichungen von der gewünschten Norm nach sich ziehen konnten. Stefanie Knöll legt dar, welche Funktion Begräbnisrituale und Professorengrabmäler in der Verbreitung von Selbstbildern hatten. Marian Füssels Forschungen verdeutlichen die Wichtigkeit von Kleidung in Bezug auf soziale Abgrenzung und Differenzierung. Zudem erläutert er die Funktion von Kleiderordnungen zur Sichtbarmachung von Identitäts-, Autoritäts- und Rechtsstrukturen innerhalb des gesellschaftlichen Systems. Den Stellenwert, den Professoren der Gastfreundschaft in ihren privaten Räumen beimaßen, skizziert Gabriele Jancke an ihrer Fallstudie zu Abraham Scultetus.

Der vorliegende Sammelband ist eine Bereicherung für die Universitätsgeschichtsforschung. Er deckt ein weites Themenspektrum des frühneuzeitlichen universitären Alltags ab. Sowohl inhaltlich als auch in den wissenschaftlichen Ansätzen der einzelnen Arbeiten zeigt sich eine Vielfalt, welche das Gesamtbild der modernen Forschung zur Universitätsgeschichte ausmacht. Leider tritt in einigen Arbeiten der kulturgeschichtliche Ansatz etwas hinter den traditionellen Forschungsfeldern zurück, zumal fast ausnahmslos in den Aufsätzen je eine einzige Universität näher untersucht wird. Bei der Herausbildung eines neuen Forschungsparadigmas wird die Betonung eines die Einzelfälle übersteigenden, komparatistischen Ansatzes unerlässlich sein.

Tübingen

SUSANNE HÄCKER

MARTIN LENGWILER/JEANNETTE MADARÁSZ (Hg.): *Das präventive Selbst. Eine Kulturgeschichte moderner Gesundheitspolitik* (Verkörperungen 9). Transcript, Bielefeld 2010, 387 S., 32,80 €.

Mit dem „präventiven Selbst“ führen die Herausgeber einen prägnanten Begriff in den Diskurs ein. Er beschreibt die Verinnerlichung von Konzepten, die Erkrankungen entgegenwirken sollen und dabei zu subjektiven Körper- und Gesundheitsvorstellungen werden. Lengwiler und Madarász zeichnen die Entwicklung von Prävention als „langfristigen Interiorisierungsprozess [...] von den Vorsorgemodellen spätabsolutistischer Staaten bis zum präventiven Selbst“ nach, welches sich kontinu-

ierlich beobachtet und diszipliniert (S. 24). Entsprechend interpretieren sie Prävention als eine Top-Down-Bewegung, die „zunächst“ vom Staat ausgehe und sich mittels der Privatwirtschaft und durch „zivilgesellschaftliche, lebensweltlich verankerte Präventionsakteure“ den individuellen Akteuren mitteile. Dieser Interpretation stehen Erfahrungen der aktuellen Gesundheitswissenschaft ebenso entgegen wie medizinhistorische Quellen, in denen die Initiativen von „Präventionsakteuren“ ausgingen (vgl. in diesem Band den Beitrag von Ursula Ferdinand über Alfred Grotjahn) und vom Staat nur zögerlich aufgegriffen wurden. Dessen ungeachtet beschreiben die vorgestellten Akteursgruppen relevante Elemente und Motive des Prozesses – die Koppelung von Bevölkerungspolitik und modernen Herrschaftstechniken, die Kommerzialisierung von Prävention, die sozialen Kohäsions- und Exklusionseffekte infolge von Verhaltensvorschriften, aber auch die Möglichkeit der Individuen, in Opposition zu staatlichen Präventionsmodellen zu treten (S. 16). Die Herausgeber verweisen darauf, dass Prävention eine „Kulturtechnik der Moderne“ ist, die vorausschauende Rationalisierungen mit „ungelösten Paradoxien“ verbindet – so z. B. ein zunehmendes Unsicherheitsgefühl als Resultat von Sicherheitsbemühungen oder die Divergenz zwischen wissenschaftlich begründeten und persönlich gefühlten Präventionsbedürfnissen (S. 13).

Die Beiträge fokussieren entscheidende Punkte der Präventionsentwicklung von der Gesundheitsvorsorge an der Wende zum 20. Jh. über ihren Ausbau in den 1920er Jahren und ihre Veränderungen im Kalten Krieg sowie aktuell im Zeitalter von Biomedizin und Genetik. Jakob Tanner beschreibt für den gesamten Zeitraum und den Bereich Ernährung verschiedene Kontrollkonzepte (Maßhalten, Gewichtsreduktion, Überprüfung des Nährstoffgehalts) und analysiert ihre Zwecke als Korrelat der leistungsfähigen Industriegesellschaft, der „nationalen Wehrhaftmachung“ und inzwischen der biographischen Antizipation optimaler Lebensbedingungen für ein gesundes Altern. Dem stellt er die Sinnlichkeit des Essens, die immer wieder neu festzulegende Demarkationslinie zwischen Essbarem und Nichtessbarem, den Mund als Ort des Essens und Sprechens gegenüber – eine Form des „Selbst“, das durch die Verpflichtung zur Gesundheit „enteignet“ werde (S. 48 f.). Eberhard Wolff findet hingegen mit der Lebensreformbewegung und dem heutigen Gesundheitsboom neben heteronomen Einflüssen eine „autonome Selbstdisziplinierung“ und relativiert damit das von den Herausgebern vorangestellte staatliche „Top-Down“-Modell.

Von besonderem Interesse sind die Hinweise von Jeanette Madarász auf die Kommerzialisierung als entscheidenden Motor von und für Prävention bereits in den 1920er Jahren. In Zeitungen wird im Sinne naturwissenschaftlicher Medizin über Herzkrankheiten informiert und gleichzeitig Werbeanzeigen für vorbeugende Medikamente und alternative Heilmittel geschaltet. Carsten Timmermann führt die Wirkmächtigkeit des Risikofaktorenmodells in der zweiten Hälfte des 20. Jh.s auf seine vielseitigen Anschlussmöglichkeiten im Medizinsystem wie auch im Menschenbild zurück und untersucht seine Rezeption und Umsetzung in beiden deutschen Staaten. Angesichts der Erfolglosigkeit der Appelle an das „freie Selbst“ reflektiert Jörg Niewöhner über die Möglichkeit eines Regulierungsstils, der aufgrund epigenetischer Erkenntnisse weniger das Selbst als die soziale und biologische „Einbettung“ des Körpers in den Blick nimmt (S. 319 f.). Damit schlägt der informative und gut lesbare Band mit jeweils unterschiedlichen Konturierungen einen Bogen, der über das „präventive Selbst“ hinausführt.

Hannover

SIGRID STÖCKEL

ANDREAS LUDWIG/KURT SCHILDE (Hg.): *Jüdische Wohlfahrtsstiftungen. Initiativen jüdischer Stifterinnen und Stifter zwischen Wohltätigkeit und sozialer Reform* (Schriftenreihe des Arbeitskreises Geschichte der jüdischen Wohlfahrt in Deutschland 4). Fachhochschulverlag, Frankfurt a. M. 2010, 288 S., 20,00 €.

Seit einigen Jahren macht sich in der Bundesrepublik ein Arbeitskreis um die Erforschung der Geschichte der jüdischen Wohlfahrt in Deutschland verdient. Der neueste Band aus seiner Schriftenrei-

he enthält lokale Studien, die städtische und regionale Stiftungslandschaften (Wien, Breslau, Berlin, Hamburg, Krefeld, Esslingen) beleuchten. Darüber hinaus wird auch ein Streiflicht auf eine bislang wenig beachtete Form jüdischer Wohltätigkeit geworfen, nämlich auf betriebsbezogene soziale Stiftungen.

In ihrer Einleitung skizzieren die Herausgeber den bisherigen Stand der Forschung. Den gleichen Zweck verfolgt übrigens auch die Bibliographie im Anhang, die allerdings merkwürdigerweise zahlreiche Werk enthält, die von der Forschergruppe bislang nicht eingesehen wurden. Dennoch dürften die meisten der aufgeführten Werke einschlägig und Historikern und Historikerinnen, die auf diesem Gebiet arbeiten wollen, hilfreich sein. Doch noch einmal zurück zur Einleitung, die so wichtige Fragen zu beantworten versucht, wie „Was ist eine jüdische Stiftung?“ oder „Was sind die Merkmale jüdischer Wohlfahrt?“ Auf beide Fragen geben die Herausgeber eine durchaus befriedigende Antwort, die in den nachfolgenden Beiträgen gelegentlich wiederaufgegriffen wird. So z. B. in dem Beitrag über jüdische Stiftungen in Berlin-Charlottenburg, worin betont wird, dass die Stifter oft nicht nur eine jüdische Identität hatten, sondern mit ihren Stiftungen auch anderen Aspekten ihrer Persönlichkeit Ausdruck verleihen wollten.

Die Einzelstudien zu Wien, Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg – allesamt Städte mit einem relativ hohen Anteil von Juden an der Stadtbevölkerung – zeigen eindrucksvoll, dass Stiftungen von Juden einen überproportionalen Beitrag zum Wohlfahrtswesen dieser Metropolen leisteten. So zählte man allein in Berlin 1938 über 328 jüdische Stiftungen. Die Stiftungszwecke – das wird ebenfalls deutlich – weisen eine große Bandbreite auf, auch solche, die nur jüdischen Glaubensgenossen zugute kamen. Doch zwei Zielgruppen stechen besonders ins Auge: ältere Menschen und Kinder. Erfreulich ist, dass auch kleinere Städte inzwischen die ihnen gebührende Aufmerksamkeit gefunden haben. Im vorliegenden Band sind das die Städte Krefeld und Esslingen, die jeweils mit einer Fallstudie vertreten sind. Das gerade die Stiftungstätigkeit von Juden im ländlichen Bereich ein Desiderat der Forschung ist, betonen die Herausgeber in ihrer Einleitung zu Recht, doch Esslingen, das im 19. Jh. eine schwäbische Industriestadt war, kann sicherlich nicht als typisch für die Entwicklung auf dem Land angesehen werden. Dazu bräuchte es Studien zu den Judendörfern in Württemberg, wo es auch die eine oder andere kleine jüdische Stiftung gegeben haben dürfte.

Wenig bekannt war bislang über die betriebsbezogenen Stiftungen von Juden. In diesem Band finden sich zwei Beispiele: Das soziale Stiftungsengagement der in Berlin ansässigen Familien Israel und Mosse für ihre Belegschaften sowie die Werksstiftung für Frauen, die von der AEG nach der Frau des Gründers, Mathilde Rathenau, benannt wurde.

Den Abschluss dieses gelungenen Sammelbandes bilden zwei Beiträge, die ein trauriges Kapitel der deutschen Geschichte beleuchten, nämlich die in mehreren Stufen ablaufende Arisierung jüdischer Stiftungen (hier am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main) sowie eine Zusammenstellung der Quellen, die die perfide juristische Basis dieses Enteignungsprozesses deutlich werden lassen. Hinzukommt: Die Stadtverwaltungen, die damals den jüdischen Stifterwillen mit Füßen getreten haben, haben sich bis heute nicht zu ihrer Mitschuld bekannt.

Stuttgart

ROBERT JÜTTE

STEPHAN MEDER/ARNE DUNCKER/ANDREA CZELK (Hg.): *Die Rechtsstellung der Frau um 1900. Eine kommentierte Quellensammlung* (Rechtsgeschichte und Geschlechterforschung 12). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2010, 1.105 S., 149,00 €.

Handlich ist der voluminöse Band nicht gerade, gleichwohl hervorragend handhabbar. Denn was diesen Quellenkorpus von 75 ausgewählten Texten unterschiedlichen Umfangs zu „Zeitgenössische Positionen zum Frauen- und Familienrecht“ (Teil 1) und „Rechtsquellen“ (Teil 2) auszeichnet, ist seine Übersichtlichkeit, die Plausibilität der Auswahl, sein Literatur- und Quellenverzeichnis, sein

Sach- und Personenregister und insbesondere, dass jeder Quelle ein informativer, sie und ihren Ursprung inhaltlich einordnender und würdigender Kommentar vorangestellt ist. Dass solch eine Veröffentlichung, die von immenser Forschungsleistung und rechtsgeschichtlichem Sachverstand getragen wird, überhaupt erscheinen kann, ist der Förderung von zwei Projekten durch die DFG zu verdanken. In ihnen – unter dem Titel „Reformforderungen zum Familienrecht und zur Rechtsstellung der Frau in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik“ und „Internationale Reformforderungen zum Familienrecht und Rechtskämpfe des Frauenweltbundes (1830–1914)“ – ging es u. a. darum, mit der Suche nach Quellen und der Sichtung des Bestandes überhaupt erst eine „unentbehrliche Bezugsgröße für einen Vergleich mit den zeitgenössischen Reformforderungen und Diskussionen über Geschlechterfragen in anderen Ländern“ (S. 32) zu schaffen.

In einer knappen, sehr konzisen Einleitung (S. 11–33) werden Auseinandersetzungen um das Ehe- und Familienrecht bei der Kodifizierung des BGB, die vor allem durch die Frauenbewegung ihre Virulenz erhalten haben, in den Zusammenhang von zeitgenössischer Rechtstheorie und Rechtsgeschichte gestellt. Sie werden in ihren Wandlungen, mit einigen ihrer Diskutanten und Diskutantinnen und mit ihren rechtsethischen Argumentationen und geschlechterbezogenen Positionen dargelegt. Und sie werden schließlich auch sehr aufschlussreich noch in ihren Bezügen zur aktuellen Rechtsentwicklung thematisiert, zumal kein Bereich des BGB im Laufe der Zeit so vielen Veränderungen ausgesetzt gewesen ist wie gerade das Familienrecht.

Mit den ersten Kodifizierungsbemühungen ab 1874 und deren Ergebnissen erhielten seinerzeit Frauen „eine Chance zur Einflussnahme auf die künftige Gestaltung der sie betreffenden Regelungsgebiete“, und aus der Enttäuschung über die ersten Entwürfe wurde – wer weiß das schon? – „die erste Massenpetition in der Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Die Frauenfrage war nunmehr auch eine Rechtsfrage geworden“ bzw. nach Hedwig Lange wurde sie zu „einer ersten realpolitischen Massenbewegung der Frauen“ (S. 10). Zunächst kann zwar laut Literatureinschätzung noch lange von einer „glänzenden Niederlage“ der Frauen in dieser Auseinandersetzung um das BGB geschrieben werden. Neuere Forschungen zu den Gegenentwürfen der Frauenbewegung legen jedoch begründet dar, dass in ihnen heutige Rechtsauffassungen ansatzweise bereits vorweggenommen sind. Als Hintergrund der Kämpfe der keineswegs einheitlichen Frauenbewegung um eine Reform ist nicht zuletzt die Kontroverse zu sehen, auf welchem Weg die Position von Frauen, d. h. ihre Selbständigkeit und individuelle Verantwortlichkeit, gestärkt werden kann: ob durch Gesetzgebung, d. h. den Staat und von oben her, oder über die Gesellschaft und das Leben von unten her. Es ging um das Verhältnis von Recht und Ethik und die Frage, welche Steuerungsfunktion Gesetzen zugeschrieben werden kann.

In der Quellensammlung tauchen als Verfasserinnen von Gutachten, Petitionen, Denkschriften etc. viele aus der Frauenbewegung bekannte Namen auf (beispielsweise von Anita Augsburg bis zu Marianne Weber), doch sind auch unbekanntere Autoren und Autorinnen erfasst worden. Dazu werden in Auszügen Rechtstexte des Deutschen Reiches, das Bürgerliche Gesetzbuch für das Königreich Sachsen von 1863, der Code Napoléon, das Allgemeine Preußische Landrecht und Reichstagsdebatten- und Antragszeugnisse angeführt.

Jeder und jede an Rechtsgeschichte allgemein Interessierte und besonders diejenigen, die an den Diskussionen und Folgerungen von Frauen- und Familienrecht Interesse haben, sollten an diesem Kompendium nicht vorbeisehen. Obendrein lässt sich die Quellensammlung auch für die Geschlechterforschung als ungemein ergiebig zur Hand nehmen.

Hamburg

MARIE-ELISABETH HILGER

GUNNAR MEYER: „Besitzende Bürger“ und „elende Sieche“: Lübecks Gesellschaft im Spiegel ihrer Testamente 1400–1449 (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck B/48). Schmidt-Römhild, Lübeck 2010, 524 S. (32 überw. farb. Grafiken, 5 Tab., 1 CD-Beilage), 28,00 €.

Wer Fragen zum sozialen Leben in einer mittelalterlichen Stadt beantworten möchte, ist gut beraten, sich den Toten zuzuwenden, oder präziser formuliert: mit den Vorbereitungen auf den Tod. Testamente bieten hier vielfältige Erkenntnismöglichkeiten. Gunnar Meyer hat sich mit seiner 2009 in Kiel abgeschlossenen und nun im Druck vorgelegten Dissertation einer Überlieferung von immerhin 1.618 Testamenten der Jahre 1400–1449 angenommen.

Ziel des Buches ist es, die Spiegelung sozialer Strukturen Lübecks in der ersten Hälfte des 15. Jh.s in den überlieferten Testamenten möglichst facettenreich auszuleuchten. Zwei unterschiedliche Perspektiven werden hierzu gewählt: In einem ersten Schritt orientiert sich Meyer an einem auf die Kategorie des Vermögens konzentrierten Schichtungsmodell. Da es weder möglich ist, die Testatoren in ein bereits bestehendes, durch andere Quellen solide konstruiertes Stratifikationsraster einzuordnen, noch aus den Testamenten direkt auf das Gesamtvermögen zu schließen, muss Meyer einen anderen Weg zur Statusdifferenzierung suchen. Er findet diesen durch die genauere Betrachtung der „Wege und Stege“-Legate, die als obligate Abgabe zur Erhaltung und Verbesserung der städtischen Infrastruktur an den Rat in den Testamenten erwähnt werden und trotz einer gewissen Standardisierung individuelle Vermögenssituationen reflektieren. So bekommt Meyer ein quellennahes Instrument an die Hand, mit dessen Hilfe er die Testatoren nach ihrer ökonomischen Potenz hierarchisch in vier Kategorien gliedern kann. Durch einen methodisch findigen Abgleich der Verteilung der „Wege und Stege“-Legate mit Luxusordnungen und Steuererhebungen kann er zudem präzisieren, welcher Teil der Lübecker Bevölkerung überhaupt das Instrument des Testaments zur Nachlassregelung nutzte. Zwar sind die vermögenden Gruppen demnach überrepräsentiert, doch stellen auch die weniger wohlhabenden Bürger durchaus einen beachtlichen Teil der Testatoren. Nach diesen Vorarbeiten fragt Meyer nach schichtspezifischen Mustern des Testierverhaltens. Dabei zeigt sich, dass die Vergabepraxis der verschiedenen Vermögensgruppen zwar nicht im Grundsatz differierte, sich jedoch bei Auswahl und Streuung der Stiftungen an Pfarrkirchen, Klöster und Spitäler sowie für Seelbäder und Pilgerfahrten Unterschiede ausmachen lassen, welche die größeren Handlungsspielräume der wohlhabenden Testatoren offenbaren und zugleich auf soziale Affinitäten jenseits individueller Vorlieben hindeuten. Die Testamente erweisen sich damit als wichtige Indikatoren für die Bindung einzelner Bevölkerungsgruppen an bestimmte religiöse und karitative Einrichtungen der Stadt.

Im nächsten Schritt löst sich Meyer von ökonomisch determinierten, vertikalen Aspekten sozialer Strukturierung und wendet sich der Spiegelung sozialer Netzwerke in den Testamenten zu. Die Frage, wer wen zum Vormund wählte, dient dabei als Schlüssel. Einmal mehr wird die Bedeutung der Verwandtschaft für das soziale Gefüge der mittelalterlichen Gesellschaft unterstrichen. Anhand der Bergenfahrer wird deutlich, dass genossenschaftliche Bindungen insbesondere dort, wo verwandtschaftliche Strukturen ausfielen, an Gewicht gewannen. Daneben stellt Meyer die besondere Rolle der Werkmeister heraus, die jedoch offenbar weniger durch ihre soziale Nähe zu den Testatoren als durch Kompetenz und Amt für die Übernahme von Vormundschaften in Frage kamen. Schließlich kann Meyer zeigen, dass Ratsleute besonders häufig zu Vormunden bestellt wurden, was er jedoch nicht als Folge ihrer Amtstätigkeit deuten möchte. Vielmehr habe es sich bei den Ratsleuten um gesellschaftlich besonders respektierte und weit vernetzte Personen gehandelt, so dass sowohl die Bestellung zu Vormunden als auch die Wahl in den Rat als Ausdruck ihres hohen Sozialprestiges zu verstehen ist.

Bereichert wird die Studie durch einen ca. 13.000 Personen umfassenden Index und eine CD mit einer Edition der untersuchten Testamente. Beide Elemente stellen für künftige Forschungen wichtige Arbeitshilfen dar. Allerdings lässt der Blick in die Edition auch erkennen, dass Meyer die Quellen in seiner Analyse keineswegs erschöpfend untersucht. So tauchen zahlreiche Hinweise auf verwandtschaftliche, genossenschaftliche und geschäftliche Verflechtungen der Testatoren über die Grenzen des Lübecker Stadtgebietes hinweg auf. Auch finden sich viele Erwähnungen materieller Kultur, die in Hinblick auf ihre Schicht- oder Gruppenspezifität näher zu betrachten sich lohnen könnte.

Zieht man Bilanz, so hat Meyer eine Arbeit mit wichtigen quellenkundlichen und methodischen Einsichten vorgelegt, die das Verständnis für die spätmittelalterliche Testamentspraxis erweitert, deren Bezüge zu den sozialen Strukturen der Stadt Lübeck erhellt, den Weg in die Quellen ebnet und zu weiterführenden Fragen an das Material einlädt.

Wolfenbüttel

MATTHIAS MEINHARDT

STEFAN MÜLLER: *Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck 1912–2001*. Klartext, Essen 2010, 567 S., 39,95 €.

Diese sorgfältig recherchierte Biographie des Metall-Gewerkschafters Heinz Dürrbeck vermittelt einen spannenden und breit gefächerten Einblick in zentrale zeitgeschichtliche Themenfelder. Denn in seiner äußerst bewegten Lebensgeschichte und in seinem Wirken beim Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 mit seiner politischen Generationenerfahrung aus der Weimarer Republik spiegeln sich beispielhaft konstitutive Entwicklungslinien nicht nur der bundesrepublikanischen Geschichte im Allgemeinen und der Geschichte der IG Metall im Besonderen, sondern auch der Ost-West-Konfrontation. Mehr als zwanzig Jahre von 1954 bis 1977 war Dürrbeck im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, hier durchgängig zuständig für die Angestellten-Arbeit und zwischen 1962 und 1972 als Protagonist und Neuerer auch für die wichtige gewerkschaftliche Bildungsarbeit etwa bei der Ausbildung von Bildungsobleuten und der Gründung der Bildungsstätte Sprockhövel. Zweimal geriet er unschuldig, wie der Autor akribisch nachweist, in das Räderwerk des Kalten Krieges und wurde zeitweilig verhaftet: am 2. September 1975 wegen angeblicher Spitzeldienste für die Staatssicherheit in der IG Metall und 1994 – auf Grund irreführender Stasiakten – wegen einer ebenso unbewiesenen Mitschuld an der Entführung des ‚metall‘-Redakteurs Heinz Brandt nach Ostberlin 1961. Von den unbegründeten Anklagen zermürbt, emigrierte Dürrbeck Ende 1979 über Italien nach Budapest, wo er nach Einstellung auch des zweiten Verfahrens am 21. November 2001, inzwischen nur noch im engeren Kreis seiner Kollegen und Freunde bekannt, verstarb.

Der Autor, berufsmäßig seit Mitte der 1990er Jahre eng mit der Bildungsarbeit der IG Metall vertraut, stellt seine Biographie unter „drei zentrale Stichworte“: Heinz Dürrbeck hat die Gewerkschaftspolitik bis Anfang der 1970er Jahre in spezifischer Weise als Angehöriger einer noch vor 1933 politisch sozialisierten „Brückengeneration“ geprägt, ohne das Ziel des Sozialismus aus den Augen zu verlieren. Er hat sie als „autonome Klassenpolitik“ unabhängig von den Interessen des Staates verstanden. Seine Biographie als arrivierter angestellter Elektroingenieur der AEG in einer überwiegend die Arbeiterschaft repräsentierenden Industriegewerkschaft und seine Zugehörigkeit zum linken Block im Vorstand haben ihn, obwohl in die Organisation integriert, doch „zu einer Art Außenseiter“ gemacht (S. 519).

Dies dokumentiert Müller eindrucksvoll und oft dramatisch in dem umfangreichsten Kapitel „Bildungsarbeit als Verschwörung für die IG Metall“. Mit der Bildungsarbeit bewegte sich Dürrbeck auf einem seit den frühen 1970er Jahren – nicht zuletzt durch den Übergang von Brenner zu dem Pragmatiker Loderer – immer heftiger umkämpften schwierigen Terrain, auf dem er hohes Ansehen und Erfolge errungen hat, um dann 1972 mit seiner Ablösung einen tiefen, ihn bis zu seinem Lebensende kränkenden Absturz erleben zu müssen.

Sein berufliches und persönliches Scheitern erklärt sich überwiegend aus dem Spannungsbogen zwischen konfliktorientierter und systemtranszendierender Gegenmacht auf der einen, integrativer und reformistischer Ordnungsmacht auf der anderen Seite. In ihm bewegte sich die Gewerkschaft besonders in den ersten Nachkriegsjahrzehnten bei der gesellschaftspolitischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur programmatisch, ideologisch und konzeptionell und mithin auch Dürrbeck mit seinen sozialistischen Vorstellungen über eine emanzipatorische und aufklärerische Bildungsarbeit als eine „Verschwörung für die Demokratie“. Dürrbeck sah, unterstützt von Hans

Matthöfer, in einer betriebsnahen, die Erfahrungswelt am Arbeiterplatz aufgreifenden, „bewusst politische[n], zweckbetonte[n] Bildungsarbeit“ und in der von ihm initiierten Ausbildung von Bildungsobleuten in Sprockhövel Motoren der kritischen Bewusstseinsbildung und des Befreiungskampfes der arbeitenden Menschen mit dem Fernziel einer „Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse“.

Darüber hinaus wollte er auch mit Hilfe selbstbewusster Bildungsobleute den, wie er meinte, selbstherrlichen, undemokratischen und angepassten Funktionärsapparat der IG Metall mit seinen „Betriebsratsfürsten“ basisdemokratisch von unten her aufbrechen. Hier schrillten spätestens die Alarmglocken im Vorstand. Dürrbeck musste die Vorwürfe linkspolitischer Indoktrination, mangelnder Transparenz, einseitiger Unterrichtung mit seiner Abberufung bezahlen. In einem interessanten Exkurs „1968“ zeigt der Verfasser mehr theseartig, wie der Linkssozialismus Dürrbecks, seine Bildungsarbeit und seine enge Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften und dem SDS nicht Ergebnis von „1968“ waren, sondern eher zu seiner Vorgeschichte zählten. Sollte dieses verdienstvolle und anregende Buch eine zweite Auflage erfahren, sollte die Erklärung der Titelabbildung korrigiert werden: dargestellt ist ein Probeseminar (S. 360).

Hamburg

BERND JÜRGEN WENDT

MICHEL ORIS U. A. (Hg.): *Une démographie au féminin – A Female Demography. Risques et opportunités dans le parcours de vie – Risks and Chances in the Life Course* (Population, Famille et Société 11). Lang, Bern u. a. 2009, 355 S. (3 Abb., 33 Tab. u. 1 Grafik), 55,00 €.

Warum einen Band der Demographie von Frauen und deren Lebenswegen widmen? Die bisherigen Forschungen – so die HerausgeberInnen in ihrem *Avant-propos* – seien primär vom Paar ausgegangen und dessen üblicherweise am Status des Mannes gemessenen sozialen Positionierung. Selbst wenn es um die Anwendung kontrazeptiver Methoden ging, habe man selten nach dem konkreten Anteil von Frauen an der Entscheidungsfindung gefragt. Die methodischen Neuorientierungen in Richtung qualitativer Ansätze hätten schließlich dazu geführt, dass Frauen in der Historischen Demographie noch unsichtbarer geworden seien. Diesen Defiziten will der Band begegnen.

Die Schwerpunkte der insgesamt 14 teils englischen, teils französischen Beiträge liegen dabei auf Migration und Arbeitswelten, auf Mutterschaft, Geburt und Verhütung. Diesen vorangestellt ist eine grundlegende Auseinandersetzung von Françoise Thébaud mit der Historischen Demographie aus Perspektive der Frauen- und Geschlechtergeschichte. Ihre Spurensuche nach „Konvergenzen, Missverständnissen und Divergenzen“ bezieht sie auf die französische Forschungslandschaft, doch haben ihre Befunde auch darüber hinaus Geltung. An eine Skizze gemeinsamer Interessen und Forschungsgegenstände schließen ihre Kritikpunkte an: Insbesondere in der Aufbruchzeit der 1970er Jahre sei die Abstraktion in Zahlen der Suche nach den Erfahrungen von Frauen in der Geschichte eher unversöhnlich gegenübergestanden. Die Historische Demographie habe die Bevölkerungsentwicklung zentral gesetzt, was Frauen auf „Reproduktionseinheiten“ und ihre Rolle als Mütter reduzierte. Über Begriffe wie „Heiratsmarkt“ oder „Heiratschancen“ sei ihnen eine passive Rolle zugeschrieben worden. Die Verankerung in der Biologie als Referenz und Erklärungsansatz und die damit einhergehende tendenzielle Isolierung demographischer Zugänge von anderen sozialen und kulturellen Faktoren identifiziert die Autorin schließlich als wesentliche Inkompatibilität. Bilanzen über Forschungen der letzten beiden Jahrzehnte ließen Annäherungen erkennen. Der Schlussappell gilt einer noch engeren Verknüpfung.

Einer eher klassischen Linie folgen der Beitrag von Floriane Demont und Michel Oris über „Frauen, die bleiben“, ein Essay über Gesellschaften, die infolge von Emigration feminisiert wurden, mit Daten aus aller Welt bis in die Gegenwart, und der Beitrag von Danielle Gauvreau, die sich am Beispiel Quebec die nicht so eindeutig zu beantwortende Frage stellt, ob Frauen als „Bremse“ oder „Katalysator“ von Veränderungen im Kontext der demographischen Transition zu sehen seien. Ofeilia Rey Castelao skizziert die internationale Migrationsforschung in Hinblick auf die Präsenz von

Frauen und bindet im zweiten Teil spezifische Migrationsmuster an familiäre und demographische Kontexte Spaniens zurück. Antoinette Fauve-Chamoux bietet ebenfalls einen großräumigen Überblick über verschiedene Modelle und Konzepte des häuslichen Dienstes: Lebensabschnitt oder Profession? Träger von Innovation? Brücke zwischen sozialen Milieus?

Lisa Dillon erforscht Mutterschaft über 40 mit Schwerpunkt auf Quebec im 18. Jh. und verbindet dies mit aktuellen Diskussionen. Kate Fisher zeichnet auf Grundlage von Interviews ein differenziertes Bild der Anwendung von Verhütungsmethoden: in Hinblick auf grundsätzliche Einstellungen, das Übernehmen von Verantwortung und die Einflussnahme von Frauen. Virginie De Luca Barusse setzt sich vor dem Hintergrund von Depopulationsszenarien mit der öffentlichen Politik gegenüber kinderreichen Müttern in Frankreich auseinander, die zu Beginn des 20. Jh.s in offiziellen Formen der Anerkennung – Medaillen, Zeremonien, Feste – ihren Ausdruck fand. Die Stereotype konterkariert sie durch vielfältige Lebenswege und demographische Muster. Denyse Baillargeon schreibt über die medizinische Betreuung von Frauen in der Schwangerschaft im 20. Jh. ausgehend von Risiken der Mütter- und Säuglingssterblichkeit, über medizinische Diskurse und die konkrete Praxis.

Leslie Page Moch reflektiert in Zusammenhang mit Frauen, die vom Land in die Stadt – von der Bretagne nach Paris – gezogen sind, über Mythen und Realitäten und nimmt dabei Netzwerke, Sexualität, Arbeit, Migration und Partnerwahl in den Blick. Horrorgeschichten in Zeitungen über allein reisende Frauen, Schreckensplakate, die auch noch in den 1950ern in Paris affiziert wurden, interpretiert sie als Konstruktion der Verletzlichkeit von Frauen. Marlou Schrover ortet in den Fragen nach geschlechtsspezifischen Differenzen eines der vordringlichsten Themen auf der Agenda der Migrationsgeschichte und nennt wesentliche Forschungsbereiche. Der Konstruktion von Verletzlichkeit schreibt sie dabei hohes Erklärungspotenzial zu. Angélique Janssens zeigt Anknüpfungspunkte für ein *gendering* der demographischen Transition auf. Sie kritisiert, dass Frauen bislang als biologische Variable aufgeschienen seien, nicht als *decision maker*, wenn es um Familiengründung gehe. Über den Begriff „Eltern“ würden zudem gleiche Interessen von Frauen und Männern unterstellt, potenzielle Konflikte blieben ausgeblendet. Peter Gossage stellt am Schluss des Bandes ein laufendes Projekt über Wiederverheiratung und Reorganisation von Familien in Quebec zwischen 1866 und 1920 vor, das entlang von drei Achsen arbeitet – einer demographischen, einer rechtlichen und einer kulturellen – und spannende Ergebnisse verspricht.

An der Vorlage von Françoise Thébaud gemessen, ist der Band relativ heterogen: Er versammelt Untersuchungen, die Frauen als soziale Gruppen in den Blick nehmen, aber nicht weiter nach den Implikationen von Geschlecht fragen, und solche, die Geschlecht zentral als Kategorie einsetzen – wie die zuletzt besprochenen. Welche Potenziale damit verbunden sind, zeigt der Band gesamt gesehen deutlich. Die an mehreren Stellen angeregte Diskussion von biologisch grundgelegten Begriffen wäre lohnend weiterzuführen. Beginnen könnte man mit einem, der in diesem Band interessanterweise nicht explizit kritisiert wird: mit „Fertilität“.

Berlin

MARGARETH LANZINGER

ANNA SCHNÄDELBACH: *Kriegerwitwen. Lebensbewältigung zwischen Arbeit und Familie in Westdeutschland nach 1945* (Geschichte und Geschlechter 59). Campus, Frankfurt a. M. 2009, 366 S., 36,90 €.

Mehrere Studien haben in den letzten Jahren die Formierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft aus einer geschlechtergeschichtlichen Perspektive untersucht. Der Konstituierung von Ehe und „Normalfamilie“ als gesellschaftlichem Normalisierungsprojekt standen ledige, geschiedene und verwitwete Frauen gegenüber, die dieser Norm nicht entsprachen, wobei allerdings kaum differenziert wurde. Dieser Aufgabe widmet sich die in Kassel entstandene Dissertation von Anna Schnädelbach. Sie nimmt die rund eine Million bundesrepublikanischen Kriegerwitwen in den Blick. Die Autorin

betrachtet sie als Akteurinnen und fragt, wie sie ihren Status erlebten, welche Strategien sie zur Bewältigung des Alltags und welche Handlungsoptionen sie im Zeitraum von 1945 bis 1960 besaßen.

In ihrer Einleitung stellt Schnädelbach etwas langatmig eine Vielzahl analytischer Konzepte, Ansätze zur Geschlechterforschung, die historische Diskursanalyse, kommunikationswissenschaftliche Öffentlichkeitskonzepte sowie Pierre Bourdieus Theorie des sozialen Raums vor. Die Studie ist entlang verschiedener Felder gegliedert, die in den Debatten um die Kriegerwitwen relevant waren. Zunächst werden die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen skizziert. Hier zeigt sich, wie die komplexen Lebenssituationen der betroffenen Frauen in den Debatten und Statistiken ausgeblendet und sie als einheitliche Gruppe konstruiert wurden. Individuelle Lebenslagen und gesundheitliche Probleme kamen kaum zur Sprache.

Das zweite Kapitel behandelt die Fürsorgepraxis anhand von Akten des Sozialamtes Marburg. Am Beispiel von 34 Witwen zeigt die Autorin, dass die Frauen ihre eigenen Interessen offensiv vertraten und Spielräume beim persönlichen Kontakt mit der Behörde bestanden. Zugleich suchten die Betroffenen eine detaillierte Überprüfung ihrer Privatsphäre abzuwehren. Einem besonderen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Druck waren die Kriegerwitwen in Bezug auf ihre Kinder ausgesetzt. Einerseits wurde ihnen die volle materielle und moralische Verantwortung für die Halbweisen zugeschrieben. Andererseits besaßen sie jedoch nicht die alleinige elterliche Entscheidungsbefugnis bei der Berufswahl ihrer Kinder, wenn sie etwa Ausbildungsbeihilfen beantragten.

Im dritten Kapitel analysiert Schnädelbach die so genannten „Onkelehen“. Zwischen 100.000 und 150.000 Kriegerwitwen sollen mit einem neuen Partner ohne Trauschein zusammengelebt haben, weil sie bei einer Wiederheirat ihre staatlichen Versorgungsansprüche verloren hätten. Die gesellschaftlichen Debatten um die „Onkelehen“ wurden moralisch geführt – normativer Maßstab war die „Normalfamilie“. Hinzu kam eine fiskalpolitische Dimension, galt es doch, die Kosten der Kriegsopferversorgung durch eine Wiederverheiratung der Frauen zu mindern. Eine Solidarisierung unter Frauen kam so nicht zustande. Verheiratete Frauen äußerten sich ebenso despektierlich zu dem Thema wie Kriegerwitwen selbst. Anhand von Briefen an Bundesfamilienminister Wuermeling kann Schnädelbach zeigen, wie sehr die betroffenen Frauen unter Druck standen, ihre persönlichen Beziehungen legitimieren zu müssen. Die Autorin kommt zu der plausiblen Schlussfolgerung, dass es für Kriegerwitwen kaum Möglichkeiten zu einer Identitätsbildung jenseits des Witwen- bzw. Ehefrauenstatus gab.

Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Erwerbstätigkeit von Kriegerwitwen untersucht Schnädelbach als letztes Feld. Viele Kriegerwitwen mussten aufgrund der unzureichenden materiellen Versorgung zusätzlich Geld verdienen, obgleich damit die Betreuung der Kinder nur schwer zu vereinbaren war. Hierin lag die Krux: Besonders Kriegerwitwen sollten einzig und allein für die Versorgung der Kinder da sein, um den Verlust des Vaters ausgleichen und sein Erbe bewahren zu können. Deshalb wurde die Erwerbsarbeit nicht als selbstbestimmte Form der sozialen Sicherung angesehen, sondern allenfalls geduldet.

„Doing Gender“ – dieses Konzept aus der Geschlechterforschung wendet Schnädelbach als „Doing Witwe“ auf die Gruppe der Kriegerwitwen an. Gemeint ist damit, dass sowohl in den Debatten aber auch von den betroffenen Frauen selbst witwenspezifische Eigenschaften und Verhaltensstandards hergestellt wurden. Diese waren stark an Vorstellungen von Familie und Witwenschaft aus dem 19. Jh. sowie an der Sozialgesetzgebung der Weimarer Republik orientiert. Als kleiner Kritikpunkt sei angemerkt, dass diese Bilder allerdings nicht nur die verhärmte, aufopferungsvolle Frau auf der einen und die „lustige“ Witwe auf der anderen Seite umfassten, sondern vermutlich vielgestaltiger waren.

Insgesamt zeigt die Arbeit jedoch, dass Kriegerwitwen keine passiven Objekte waren, sondern auf vielfältige Weise und „eigensinnig“ versuchten, ihre familiäre und persönliche Lebenssituation und die der Angehörigen zu verbessern. Insofern leistet die Arbeit nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Frauen- und Geschlechter-, sondern auch zur Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik in den 1950er Jahren.

MAARTEN VAN DRIEL/MEINHARD POHL/BERND WALTER (Hg.): *Adel verbindet – Adel verbindet. Elitenbildung und Standeskultur in Nordwestdeutschland und in den Niederlanden vom 15. bis zum 20. Jahrhundert. Elitevorming en standscultuur in Noordwest-Duitsland en de Nederlande van de 15e tot de 20e eeuw* (Forschungen zur Regionalgeschichte 64). Schönningh, Paderborn u. a. 2010, 295 S. (32 Abb., 17 Tab.), 38,00 €.

In den Trend der Geschichtswissenschaft zu räumlichen Entgrenzungen und zur Überwindung nationaler Perspektiven fügt sich die Adelsgeschichte vorzüglich ein. Schon aus der älteren Forschung zu frühneuzeitlichen Adelslandschaften wissen wir, dass die handlungsmächtigen Verbände von Adelsfamilien, die das Verhalten ihrer Mitglieder orientierten, in der damaligen kleinräumigen Territorialstaatsbildung in der Regel nicht aufgingen. Erst recht gilt dies natürlich für die weiten europäischen Horizonte, in denen der Adel seine Strategien des Erwerbs von Ämtern und Standeskultur entwickelte und praktizierte. Die Nationalisierung des Adels im 19. und 20. Jh. hat dessen grenzübergreifende Orientierungen zwar zurückgedrängt, aber diese, wie der hier vorliegende Band zeigen will, keineswegs aufgelöst. Der nordwestdeutsch-niederländische Grenzraum ist zweifellos vorzüglich geeignet, solchen Kontinuitäten grenzüberschreitenden adligen Denkens und Handelns nachzuspüren und diese ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

Der Sammelband vereinigt, jenseits einer diese Forschungsperspektive entwickelnden Einleitung (Bernd Walter) und einem abschließenden Überblick zur Adelsgeschichte in Deutschland im 20. Jh. (Eckart Conze), zwölf weitere Aufsätze. Die frühe Neuzeit bildet dabei mit acht Aufsätzen den Schwerpunkt. Hier gewinnt der „Grenzraum“, im Unterschied zu den nachfolgenden Beiträgen zum 19. und 20. Jh., recht deutliche Konturen, wenn auch der eine oder andere Aufsatz wie Willem Frijhoffs Ausführungen zu „Adelslandschaften“ eher um sein Thema herum geschrieben ist; und dies auch noch unter Verzicht auf jegliche Begriffsreflexion sowie im Rückgriff auf vorwiegend ältere Literatur. Der Leser gewinnt hier konkrete Einsichten in die Gefährdung der alten, in diesem Gebiet häufig nachweisbaren freien „Herrlichkeiten“ – einer wesentlichen Grundlage adliger Selbständigkeit – durch den frühneuzeitlichen Territorialisierungsprozess (Louis Berkvens), zu dem zwischen Adel und Landesherrn ausgehandelten, Handlungsspielräume des adligen Amtsträgers sichernden Amtsverständnis (Dieter Scheler), über Buch und Literatur als Sprachgrenzen überschreitende Medien adliger Geselligkeit und Kultur (Helmut Tervooren) und über die Genese, Organisation und Politik einer Ritterschaft unter den spezifisch niederländischen Bedingungen eines zahlenmäßigen Übergewichts der Städte in den Landständen (Gerard Venner). Vorzüglich, weil durch detaillierte archivalische Forschung tief eindringend in das heute nur noch schwer verständliche, dichte Geflecht aus Genealogie, Lehnswesen, Erbregelein, Konfession, Machtansprüchen und Rechtsprechung: die Studie von Wolfgang Löhr über die im deutsch-niederländischen Grenzraum gelegene Unterherrschaft des Hauses Rheydt. Einsichtig auch, dass die vom Adel mitbegründete Einheit dieses Grenzraums am deutlichsten über die Architektur seiner Häuser und Schlösser (Ben Olde Meierink) sowie deren – auf grenzüberschreitende Märkte für Waren, Dienstleistungen und Ideen zurückverweisende – repräsentative Gärten und Einrichtungsgegenstände zu erfassen ist (Heike Düselder).

Von den äußerst heterogenen Beiträgen zum 19./20. Jh. sei zum einen die empirisch dichte Studie von Manfred Rasch hervorgehoben, der hier mit einem weiteren Aufsatz für einen dem Adel zustehenden festen Platz in der Industrialisierungsgeschichte kämpft, zum anderen die Studie Yme Kuipers, die argumentativ überzeugend und methodisch reflektiert gegen das Stereotyp einer durchweg bürgerlichen Niederlande angeht, auf die beachtliche Beteiligung auch des dortigen Adels an der Bildung moderner Eliten hinweist und deshalb an diesem Adel keineswegs mehr den Ausnahmefall zu erkennen vermag, der ihm so lange per Klischee zugesprochen worden ist. Dies ist ein Befund, der die aus der Perspektive nationalstaatlich orientierter Forschung konstruierte harte nordwestdeutsch-niederländische Grenze, ganz im Sinne des hier verfolgten Ansatzes, ein Stück weit ein ebnet, so dass Freiraum gewonnen wird für die künftige weitere Erforschung transnationaler Gemeinsamkeiten dieser Region.

Alles in allem liegt hier ein durchaus ertragreicher Sammelband vor, dem der Leser – wegen seiner innovativen Forschungsperspektive – ein thematisches Ungleichgewicht, die zumeist nur

begrenzte Neigung der Autoren zu vertiefter begrifflicher und methodischer Klärung, aber auch eine bisweilen ins Hagiographische abgleitende Adelswertschätzung gerne nachzusehen bereit ist.

Berlin

HEINZ REIF

KARL WASSENBERG/SABINE SCHALLER (Hg.): *Der Geist der deutschen Mäßigkeitsbewegung. Debatten um Alkohol und Trinken in Vergangenheit und Gegenwart* (Magdeburger Reihe 22). Mitteldeutscher Verlag, Halle 2010, 207 S., 10,00 €.

Seitdem James S. Roberts vor nunmehr 30 Jahren seine Studien zum Alkoholkonsum der deutschen Arbeiterschaft im 19. und frühen 20. Jh. vorgelegt hat, fand die „Alkoholfrage“ auch bei uns vermehrtes Interesse. Ein „Modethema“ ist das weite Feld von Alkoholproduktion und Trinkverhalten, Temperenzbewegung und dem Diskurs über den Umgang mit der altehrwürdigen Droge indes nicht geworden. Es bleiben heute immer noch weitaus mehr Lücken als gesicherte Erkenntnisse zu konstatieren. So kommt der vorliegende Band, der von dem 2008 verstorbenen Soziologen Karl Wassenberg und Sabine Schaller herausgegeben wurde, zunächst auch für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte wie gerufen.

Im Vorwort zutreffend als „Aufsatzcollage“ avisiert, vereinigt der Sammelband ein breites, inhaltlich wie methodisch nur lose miteinander verbundenes Themenspektrum. Zum Teil bereits 2005 aus einem interdisziplinären Kolloquium des Deutschen Archivs für Temperenz- und Abstinenzliteratur hervorgegangen, stammen die durchweg recht knapp gehaltenen Beiträge in der Mehrzahl von VertreterInnen solcher Disziplinen, die wie die Psychotherapie, die Medizin oder die Arbeitswissenschaft mit den Fragen von Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention befasst sind.

Wassenberg spürt den „historischen Wurzeln der deutschen Mäßigkeitsbewegung“ nach, die er in zwei bis in das 16. Jh. zurückreichenden theologischen Entwicklungslinien verortet: Die eine, calvinistische, führe in die strikte Alkoholgegnerschaft und hinterlasse ihre Spuren noch in den Abstinentenorganisationen wie dem Guttempler-Orden, die andere entspränge der lutherischen Rechtfertigungslehre und bestimme die Haltung der Mäßigen.

Der Historiker Joachim Tautz berichtet über die Mäßigkeitsbewegung der Vormärzzeit im Herzogtum Oldenburg, das zu den Hochburgen der frühen Bewegung gegen den Branntwein zählte. Sabine Schaller stellt mit Ottilie Hoffmann eine der wohl bekanntesten Figuren der deutschen Anti-alkoholbewegung vor.

Wolfgang Heckmann beleuchtet ein im doppelten Sinne dunkles Kapitel der organisierten deutschen Alkoholgegner: Die Zeit unter der NS-Diktatur ist mit Blick auf den Umgang mit Alkoholfrage und Suchtkranken einerseits bisher noch kaum erforscht. Auf der anderen Seite bilden die Jahre nach 1933 einen dunklen Abschluss der Antialkoholbewegung, die sich zu großen Teilen bereitwillig „gleichschalten“ und in solche Programme zur Aussonderung angeblich unheilbarer Alkoholkranker einspannen ließ, die zur Zwangssterilisation und Einweisung vieler tausender Menschen in Konzentrationslager führten.

Gerlinde Pokladek beschreibt in einem kurzen Beitrag die Entwicklung der Suchtkrankenhilfe in der DDR. Anschließend untersucht Elisabeth Wienemann die Geschichte der betrieblichen Suchtprävention und das Wirken der Mäßigkeitsbewegung in der Arbeitswelt. Gerade auf diesem zentralen Aktionsfeld der bürgerlichen Temperenzvereine sind die Spuren der Mäßigkeitsbewegung, etwa im Bereich des Arbeitsschutzes, des Kantinenwesens oder der Vertrauensleute, noch deutlich sichtbar, während die Wurzeln dieser Einrichtungen in Vergessenheit gerieten.

Der Mediziner Knut Kröger entzaubert in seiner Analyse epidemiologischer Daten zur Wirkung regelmäßig-mäßigen Alkoholkonsums nicht nur den Mythos vom Rotwein als Mittel der Vorbeugung koronarer Erkrankungen, er bietet dem interessierten Laien einen ebenso lehrreichen wie amüsanten Einblick in die unübersichtlichen und widersprüchlichen epidemiologischen Befunde, die weder

gesundheitsfördernde noch schädliche Wirkungen mäßigen Alkoholkonsums eindeutig beweisen können.

In die Praxis der Suchttherapie führt der Beitrag des Psychologen Joachim Knörkel, der für die gleichberechtigte Aufnahme des Programmes kontrollierten Trinkens neben dem „klassischen“ Abstinenzprogramm in die Behandlung von Alkoholabhängigen wirbt.

Nach wie vor erfrischend und aktuell sind die Ausführungen von Hasso Spode über die Thematisierungskonjunkturen des sozialen Problems Alkohol, mit dem der Band schließt. Wenn auch Spodes Theorie der Zyklis sozialer Probleme noch nicht ausformuliert erscheint, bieten die hier in gedrängter Form zusammengefassten Beobachtungen und Interpretationen einen bedenkenswerten Diskussionsbeitrag, der im gegenwärtigen gesundheitspolitischen Diskurs hoffentlich nicht übersehen wird.

Dortmund

HEINRICH TAPPE

D. Wirtschaftsgeschichte

STEPHEN N. BROADBERRY/KEVIN O'ROURKE (Hg.): *The Cambridge Economic History of Modern Europe, Volume 1, 1700–1870*. Cambridge U. P., Cambridge 2010, 329 S. (32 Abb., 2 Karten, 55 Tab.), 21.99 £.

STEPHEN N. BROADBERRY/KEVIN O'ROURKE (Hg.): *The Cambridge Economic History of Modern Europe, Volume 2, 1870 to the Present*. Cambridge U. P., Cambridge 2010, 486 S. (74 Abb., 3 Karten, 102 Tab.), 21.99 £.

Mit ausdrücklich hohem Anspruch legen Broadberry und O'Rourke eine integrierte europäische Geschichte vor, hinter der nicht nur sie, sondern auch der Verlag mit seinem Namen stehen. Stolz betonen sie im Vorwort, dass die Bände nicht nach Ländern, sondern thematisch aufgebaut sind (obwohl dies in der allgemeinen Historiographie längst Usus ist und Sven Ingvar Svernlund etwas Ähnliches schon 1953 vorgelegt hat). Doch zur Kritik später mehr. Die beiden Bände repräsentieren den Stand der Forschung eines bedeutenden Teils der Wirtschaftsgeschichte. Die Herausgeber beanspruchen, Europa gleichmäßig abzudecken. Hierfür haben sie den Kontinent in drei „Hauptregionen“ eingeteilt: „Nordeuropa“ (Benelux, Großbritannien, Nordeuropa), „Südeuropa“ (Frankreich, Südeuropa, Griechenland, Türkei) und „Zentral- und Osteuropa“ (Deutschland, Russland, Balkan usw.). Jeder Beitrag sei von einem oder mehreren Experten geschrieben, um dadurch alle Regionen abzudecken. Diesem Anspruch werden die Bände aber keineswegs gerecht. Einerseits werden Gebiete berücksichtigt, die nun wirklich außerhalb Europas liegen. Dies gilt nicht nur für die Türkei, sondern bis 1918 auch für das Osmanische Reich einschließlich des heutigen Iraks und Teilen Saudi-Arabiens. Auch das Russische Reich wird in Gänze berücksichtigt. Da das Werk kliometrisch vorgeht, hätte man hier wenigstens den Einfluss auf die Zahlen abschätzen müssen. Auch ist die Grenzziehung nicht konsistent; so schließen Barry Eichengreen und Andrea Boltho in ihrem Eingangskapitel für die Phase nach 1945 die Türkei und UdSSR aus. Jedoch stößt noch stärker auf, dass die wirtschaftliche Entwicklung der sozialistischen Länder von 1945 bis 1990, wenn überhaupt, dann nur am Rande erwähnt wird. Das mag an der Auswahl der Autoren liegen. Über die Hälfte kommt aus den angelsächsischen Ländern. Wenn die „Hauptregionen“ der Herausgeber zugrunde gelegt werden, sind Zentral- und Osteuropa mit weniger als zehn Prozent der Autoren vertreten, während ein Einziger (von ca. 60) die ehemals sozialistischen Staaten repräsentiert. Die Herausgeber verteidigen ihre einseitige Wahl damit, dass die Anzahl der außerhalb der britischen Inseln arbeitenden Kliometriker vergleichsweise gering sei (S. XIII).

Die einzelnen Beiträge (11 in Bd. I und 15 in Bd. II) sind alle auf dem Stand der aktuellen Forschung und z. T. auch gut geschrieben. Die Bände thematisieren in den verschiedenen Entwicklungs-

phasen systematisch Wachstum und Konjunktur, Variationen zwischen den Wirtschaftssektoren, Bevölkerung, Lebensstandard usw. – also die wichtigsten Eckdaten, mit denen Wirtschaft gemessen werden kann. Sie decken damit einen wichtigen Teil der europäischen Wirtschaftsgeschichte ab. Dass jedoch das ganze Werk „*accessible to undergraduates*“ verfasst sei (S. XIII), darf bezweifelt werden. So geben z. B. Joel Mokyr und Hans-Joachim Voth im ersten Kapitel (Bd. I) eine kurze Übersicht über ökonomische Ansätze (*theories*), welche sie aber als bekannt voraussetzen. Für Anfangssemester der Geschichts- oder Wirtschaftswissenschaften ist dies nichts mehr als „*name-dropping*“. Generell benötigt man für das Verständnis der Bände die Kenntnisse eines Statistikkurses.

Daneben gibt es jedoch Bereiche, die systematisch ausgeblendet werden: Es existieren z. B. keine Akteure. Damit wird implizit die Adam Smith'sche Perspektive eingenommen, dass die unsichtbare Hand des Marktes alles schaffe und regele. Wunderlich, ist es doch spätestens seit Chandlers „The visible hand“ von 1977 allgemein akzeptiert, dass dieser Ansatz nicht aufrecht zu erhalten ist. Zwar gibt es im ersten Band den Beitrag von Dan Bogart, Mauricio Drelichman und Oscar Gelderblom zu staatlichen und privaten Institutionen (S. 70–95) und im zweiten Albrecht Ritschls und Tobias Straumanns „Business cycles and economic policy 1914–45“ (S. 156–180) sowie „The economic impact of the European integration“ (S. 267–295) von Eichengreen und Boltho. Aber was ist z. B. mit politischem Einfluss zwischen 1870 und 1914, auf dem Höhepunkt des europäischen Imperialismus? Gab es nach 1945 auch jenseits der europäischen Integration wirtschaftspolitisch relevante Elemente? Wir haben uns daran gewöhnt, dass Ökonomen auf den Faktor Arbeit keinen besonderen Wert mehr legen, nicht aber an die Ansicht, dass er in der wirtschaftlichen Realität keine Rolle spielte. Und der Einfluss der Wirtschaft auf die politische Rahmensetzung (Lobbyismus)? Fehlanzeige! Dass Menschen aus verschiedenen Ländern auf identische ökonomische Anreize unterschiedlich reagieren (Hofstede 1978 ff., Trompenaars 1993 ff.) ist für die Herausgeber anscheinend belanglos. Ebenso, dass die europäischen Gesellschaften ihre wirtschaftlichen Präferenzen, z. B. in der Haltung zu Kartellen, um 180 Grad drehten. Um es kurz zu machen: Auf das Qualitative, was nicht in Zahlen fassbar ist, glaubten die Herausgeber weitgehend verzichten zu können. Das ist schade. Denn während es in anderen Sozialwissenschaften wie Politologie, Geographie oder Soziologie undenkbar ist, die Wirklichkeit ausschließlich mit quantifizierbarem Instrumentarium hinreichend beschreiben zu wollen, präsentiert die *Cambridge Economic History of Modern Europe* diese Form der Selbstamputation mit fröhlicher Selbstverständlichkeit. Abgesehen davon, dass dies der Einheit der Zunft schadet, wird damit auch der Außendarstellung des Faches ein Bärendienst erwiesen.

Den Einzelbeiträgen ist das natürlich nicht anzulasten. Auf dieser Ebene gibt es auch wenig zu bemängeln: In Einzelfällen hätte man sich mehr Mühe mit Zahlen geben können, so zogen Stephen Broadberry, Giovanni Federico und Alexander Klein (Bd. II, S. 59–81) die z. T. veralteten Zahlen von Hoffmann (1965) heran. Natürlich variiert die Qualität der Beiträge. Die sektorale Entwicklung 1945–2000 von Stefan Haupt, Pedro Lains und Lennart Schön (S. 333–359) benutzt Fourastiés 3-Sektorenansatz, obwohl er nach 1945 nicht mehr der sich differenzierenden Realität entspricht. Wenn man mit quantitativen Methoden arbeitet, sollte das quantitativ Wichtigste im Vordergrund stehen (zumal Alternativen zu Fourastié existieren). Insgesamt sind dies jedoch Kleinigkeiten, denen die Vielzahl von ganz ausgezeichneten Beiträgen, wie dem von Jörg Baten und Robert Millward über Bevölkerung und Lebensstandard 1914–1945 (Bd. II, S. 232–266) gegenüberstehen. Doch der Ansatz, nur Messbares zu präsentieren, verkürzt z. T. auch Realitäten. So erklären Nicholas Crafts und Gianni Toniolo (Bd. II, S. 296–332) das „goldene Zeitalter“ 1950–1973 durch die nachholende Industrialisierung infolge des Transfers aus den USA. Eine bedeutende Rolle des Marshall-Plans sowie des internationalen Rahmenwerks (GATT usw.) verwerfen sie aufgrund quantitativer Forschung ebenso wie die Rekonstruktionsthese. Das alles ist nachvollziehbar, jedoch unterdrücken sie in ihrer Erklärung das qualitative Element des ERP, welches wohl entscheidend war: den Willen der Europäer. Da die USA im Gegensatz zur UdSSR ihre Truppen zum größten Teil abgezogen hatten, bedurfte die Überzeugung, dass individuelle Anstrengungen sich lohnen und die Arbeitsfrüchte nicht in den Händen der Kommunisten enden würden, der politischen Bestandsgarantie durch den Marshall-Plan. Solche entscheidenden Einstellungsveränderungen lassen sich ebenso schwer messen wie etwa kultureller Wandel. So fallen z. B. auch Variationen in Konsum oder Freizeit weitgehend aus der Dar-

stellung heraus. Das Ausblenden des qualitativen Elements der Forschung erweist sich also als ein bedeutender Nachteil der Bände. Obwohl infolgedessen auf Erkenntnisse qualitativer Methoden weitgehend verzichtet wurde und Erklärung von Verhaltensänderungen und deren Begründung damit regelmäßig zu kurz kommen, stellen diese Bände ein wichtiges Arbeitsinstrument für fortgeschrittene Semester dar.

Bergen, Norwegen

HARM G.
SCHRÖTER

WOLFRAM DORNIK/JOHANNES GIESSAUF/WALTER M. IBER (Hg.): *Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert*. StudienVerlag, Innsbruck 2010, 634 S. (zahlr. s/w Abb. u. Tab.), 39,90 €.

Der hier zu besprechende Sammelband ist das Ergebnis einer gleichnamigen Tagung, die vom Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung zusammen mit den Instituten für Geschichte sowie für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz und der Grazer Morgenländischen Gesellschaft an der Universität Graz im März 2009 organisiert wurde. Die Tagung hatte sich zur Aufgabe gemacht, die vielseitigen Verknüpfungen von „Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert“ herauszuarbeiten. Ziel war es dabei, durch Zeit und Disziplin übergreifende Betrachtungen in einem ersten Schritt mögliche Gemeinsamkeiten zu finden und manche Singularität einer Epoche ihrer Einzigartigkeit zu entheben. In einem zweiten Schritt könnten stattdessen Formen und Folgen gewaltsamer Konfliktaustragung festgemacht werden, die es unabhängig der jeweiligen Zeit gegeben hat.

Zwei Auslöser für diesen Versuch, die Epochengrenzen zu überwinden, werden im Band angesprochen. Zum einen die seit knapp zehn Jahren in der sicherheitspolitischen Forschung kontrovers geführte Diskussion um den Begriff der „neuen Kriege“ als umstrittene Bezeichnung für nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ausgetragene bewaffnete Auseinandersetzungen. Zum anderen die Frage, ob Begriffe wie „Rüstungswettlauf“, „Totaler Krieg“ oder „Heimatfront“, die für Phänomene aus dem Zeitalter der Weltkriege geprägt wurden, etwas grundlegend Neues darstellten oder bereits Begleit- und Folgeerscheinungen früherer gewaltsamer Konflikte und Kriege waren. Das Untersuchungsfeld wurde bewusst nicht eingegrenzt, da man weder von einem friedlichen Urmenschen ausgehen könne, noch ließe sich die These von Frauen als dem friedlicheren Geschlecht historisch ausreichend belegen, wie Karin M. Schmidlechner in ihren einleitenden Überlegungen zu „Frauen und Krieg“ anführt.

Zur Gliederung wurden die Längsschnittmaterien „Rüstung & Modernisierung“, „Besatzung & Ausbeutung“, „Organisation & Verwaltung“, „Strategie & Zielsetzung“, „Versorgung & Finanzierung“, „Versklavung & Zwangsarbeit“ sowie „Heimatfront & Mobilisierung“ gewählt, anhand deren Erscheinungsbild durch die Zeit sich dem Themenkomplex genähert wurde.

Durch die Entscheidung der Herausgeber, die Beiträge im Tagungsband chronologisch anzuordnen, tritt diese Grundidee der Konferenz, das Beziehungsgeflecht zwischen Konflikten und wirtschaftlichen Aspekten epochenübergreifend herauszuarbeiten, leider in den Hintergrund. Die auf der Tagung im Anschluss an die thematisch zusammenhängenden Vorträge stattgefundenen Diskussionen haben keine Aufnahme in den Tagungsband erhalten, ebenso wie eine Zusammenfassung der Ergebnisse oder ein Ausblick im Tagungsband fehlen. Das in der Einleitung für den Anhang des Bandes angekündigte Faksimile des Konferenzprogramms, das eine Zuordnung der Beiträge nach den Themenschwerpunkten und damit eine neue Lesart und Verknüpfung der Artikel ermöglicht hätte, wurde nicht abgedruckt. So bleibt es dem Leser überlassen, Verknüpfungen zwischen den Beiträgen herzustellen, die von der Herangehensweise sehr verschieden sind, was sich zwangsläufig aus der weiten Auslegung von Krieg und Wirtschaft über eine Zeitspanne von knapp 4.000 Jahren ergibt.

Der Chronologie folgend ist der Sammelband in fünf Epochen unterteilt. Antike und Mittelalter

sind dabei mit sieben bzw. sechs Beiträgen vertreten. Es folgen die Neuzeit mit zehn und „Vom ‚kurzen‘ 20. Jahrhundert bis zum beginnenden 21. Jahrhundert“ mit zwölf Beiträgen. Dem vorgelagert befindet sich ein einleitender Teil mit fünf Beiträgen zu theoretischem Rahmen und epochenübergreifenden Darstellungen. Den Schwerpunkten der an der Konferenz beteiligten Institute ist die Fokussierung auf Europa, die sich auch in der Epocheneinteilung widerspiegelt, und insbesondere auf die Habsburgermonarchie bzw. Österreich geschuldet.

So bietet der Band eine Kette von interessanten Einzelfallstudien aus dem weit gefassten Themenkomplex Krieg und Wirtschaft, schafft es aber nicht, diese inhaltlich zu verknüpfen.

Berlin

JOHANN V. DIEST

FRANZ J. FELTEN (Hg.): *Wirtschaft an Rhein und Mosel. Von den Römern bis ins 19. Jahrhundert* (Mainzer Vorträge 14). Steiner, Stuttgart 2010, 112 S. (17 Abb.), 18,00 €.

Die vier interessanten Beiträge des Bandes schlagen einen zeitlich weiten Bogen, thematisieren ausgewählte Teilbereiche vornehmlich der linksrheinischen Wirtschaft im Süden und Südwesten.

Lukas Clemens verweist in seinem Überblick zu Spätantike und Frühmittelalter auf noch ausstehende, weitere Untersuchungen zu den Auswirkungen des Klimaumschwungs im frühen 3. Jh. und dessen Folgen. Auch (teilweise) befestigte Getreidespeicher können auf geringere Ernteerträge deuten. Die Technik der Terrassierung von Weinanbauflächen reicht entgegen anderer Annahmen bis in die Römerzeit zurück, eine 1990 entdeckte Grabinschrift verweist auf einen staatlichen Leiter von Weingütern. Noch in spätrömischer Zeit mussten Töpfereien aufgrund von Holzmangel von den Städten in Regionen mit hohem Holz- und Tonaufkommen verlegt werden, auch weitere wirtschaftliche Nutzungen führten zu Umweltschäden. Eindeutige Siedlungskontinuitäten lassen sich in Trier nur für den Dombereich und die als Festung genutzten Barbarathermen nachweisen. Hinweise auf eine gewerbliche Produktion finden sich im 6. Jh. für Töpfereien und metallenes Kleidungszubehör in Trier und Mainz, für die Glas-, Metall- und Kammherstellung in Köln, selbstverständlich in deutlich reduziertem Umfang. An der Mosel und in der Pfalz wurde der Weinanbau ohne Unterbrechung betrieben, vielleicht auch in Rheinhessen. Seit der Antike lässt sich zudem die Dreifelderwirtschaft belegen, die Körpergrößen von Rindvieh und Hühnerarten verringerten sich bis zum 8. Jh. Das Geldwesen spielte innerhalb der Grundherrschaften eine Rolle, herrschaftliche Impulse erfuhr die Wirtschaft seit der zweiten Hälfte des 8. Jh.s, während sich der Handel mit Skandinavien intensivieren sollte.

Den Rhein als Handelsweg im Spätmittelalter thematisiert Franz Irsigler, betont das dichte Städtennetz und die Bedeutung des Handels rheinaufwärts. Kaufleute und Handelswaren des 10.–12. Jh.s, Messezyklen sowie Handels- bzw. Messeplätze sind weitere Themen, ebenso die relativ feste Organisation von Berg- und Talfahrt. Nicht nur für die Kaufleute bildeten Zölle eine Handelsschwernis, doch können rückblickend kaum Aussagen über den Grad der Abgabenreduzierung gegenüber den überlieferten Zolltarifen gemacht werden. Den Abschluss bildet der Handelsverkehr des 15. Jh.s, und auch im Rheinland gewann das Bier gegenüber dem Wein an Bedeutung; ein hohes Gewicht kam zudem dem Holzhandel zu.

Die linksrheinische Eisenproduktion mit einem Schwerpunkt auf der Frühen Neuzeit untersucht Hermann-Josef Braun, und er verweist auf zahlreiche offene Forschungsfragen. Vorgestellt werden die Schmelzmethoden vom Schacht- bis zum Hochofen, der Bergbau bei relativ niedrigem Erzgehalt und kleinen Grubenbelegschaften. Der hohe Holzkohlebedarf führte selbst in waldreichen Regionen zu massiven Einschlügen bis hin zur Devastierung. Den nächsten Komplex bilden die Eisenwerkstypen, wobei dem Untersuchungsgebiet eine eigene Stahlherstellungstradition weitgehend fehlt. Es zeigt sich eine Entwicklung hin zu Einzel- oder Familienunternehmen, während sich bspw. die Firma Stumm früh im Saarrevier mit seinen ungleich besseren Möglichkeiten engagierte; Unternehmer aus der Eifel siedelten zudem ins Ruhrgebiet über. Die Bedeutung frankophoner Einflüsse für

die Entwicklung der Techniken dürfte höher sein als allgemein angenommen. Im Laufe des 18. Jh.s verloren die Betriebe eine Reihe von Vorrechten, und spätestens seit dessen zweiter Hälfte stagnierte der Wirtschaftszweig.

Abschließend gibt Gunter Mahlerwein einen Überblick über den Wandel der Produktionsverhältnisse im Agrarsektor des 18. und 19. Jh.s, wobei die Ausgangslage sich wohl weniger trüb gestaltete als häufig vermutet. Innovationen hin zu einer Intensivlandwirtschaft setzten in Rheinhessen und der Pfalz unter Führung der Pächter der großen Güter um die Mitte des 18. Jh.s ein, gleichfalls hohe Bedeutung kam den Mennoniten zu. Gesteigert werden konnte der Weizenanteil im 19. Jh., der bei riskanterem Anbau höhere Gewinne versprach. Wie andernorts wirkte sich die Neuordnung der Agrarverfassung positiv aus, führte die Umstellung zum individualisierten Betrieb zu Spannungen, regte sich Widerstand gegen die Modernisierungen. Kunstdünger setzte sich in Rheinhessen umfangreicher erst in den 1880er Jahren durch.

Siegen

BERND FUHRMANN

MICHEL HAU (Hg.): *Regards sur le capitalisme rhénan*. Presses universitaires de Strasbourg, Strasbourg 2009, 254 S., 21,00 €.

Long before the “German miracle” in the 1950s-60s, since World War I and during the interwar periods, French experts have been arguing about the German competitive edge. The “Rhenan model” concept was developed by Michel Albert and emerged in the 1990s when France was challenged by the great crisis of transition between the second and the third industrial revolution, whilst its big firms endured harsh difficulties to redeploy their portfolio of strategic activities and of managerial skills. All of a sudden, the German *Mittelstand* became an issue again. Experts dreamed of a spillover of the German entrepreneurship, family business and socio-economic model on a refurbished French capitalism. This explains such a collective book, as the “Rhenan researchers” are committed to fuel the arguments about such a model of capitalism and to try and find cross-border hallmarks of entrepreneurial dynamics and *modi operandum*. Despite the efforts Michel Hau undertakes in his introduction, the results seem far-fetched as the case studies rarely fit together and their common “morale” remains somewhat dubious.

However, that is a lot for a book which is part of a workshop-in-the-making, hoping for a final synthesis about the links between “Rhenan family business history” and “capitalist mindsets” later on. The various chapters converge more or less in defining some specific aspects of a Rhenan capitalism. They outline the connections between banks and companies, the balance between managerial demands and the need for faithful workforce, the cross-border exchanges of technological progress, a sense (passion?) for processes innovation, based on the appreciation of apprenticeship and training and perhaps also some forms of political decentralisation which favoured the consolidation of strong communities of business (Mulhouse, etc.). Family entrepreneurship also prevailed, as it was bolstered by a high fertility among the families, thus enabling them to transmit the power for many generations without the “Buddenbrook syndrome”. But the workshop missed to compare all these specificities with those of the Jura, Basque, Italian, or else (industrial or not) districts.

Anyway Jean-Claude Daumas dares to compare the Mulhouse and Roubaix business history, and his chapter is one of the best of the book. He develops relevant paths of analysis (solidarities, social homogeneity, relations of trust, continuity along three to four generations, and even more) and moreover insists on the relevance of “family business values”, which enhance the dynastic continuity of the family businesses and the commitment to “labour” among successors. But Roubaix’ entrepreneurs did not succeed in science and innovation, like their Alsatian counterparts did. This would connect Mulhouse to the overall “Rhenan/German” mindsets and also explain the “decline” of the northern textile grandees, who could not design processes of reconversion. Yet the decadence of

Alsatian families in the 1970s–1980s (despite the huge DMC merger joining northern and Alsatian textile activities) and the resiliency of a few northern families (Mulliez, Arnault, Bonduelle, etc.) indicate that such an antagonism might be artificial. There was a “northern model” too, able to cross the crisis of transition and to challenge the “Rhenan model”. Further comparative studies would therefore be useful to deepen arguments about those “models”.

Pierre Lamard scrutinizes the ability of south-Rhenan firms to get through the crisis in the 1980s–2000s and develops his favourite plea about cross-border communities of technology, innovation, cultural promotion, renewed technicity of workforce and faithfulness to industry. Local and state authorities invested in well-off technological colleges and universities, which helped to improve the technical potential of these areas.

Firms could seize the opportunities offered by of industrial progress and innovation. Case studies foster these arguments. The contribution about Siemens might lack focus and connections with the overall topic of the book and its author did not use Wilfried Feldenkirchen’s book about the firm; but the text shows the adaptability of Siemens regarding the challenges of the afterwar period. Another article is earmarked as a narrative history of the emergence of Daimler and Benz, of their parallel developments, and of their amalgamation (1924), with (scarce) outlook on “Rhenan” characteristics. A third case study, which should have used already existing studies on German chemical enterprises and Bayer itself, examines the growth of Bayer from Wuppertal to Leverkusen, northwards, with a fine-tuned family study, but misses the capitalistic points. An amazing contribution tackles the story of a Rhenan iron merchant, Böing, who emigrated to the US (1868) and transferred his wholesale enterprise there, before starting the Boeing adventure in aerospace in 1916 three generations later!

Such a collective book presents unequal quality and various matrixes of analysis; but it can favour arguments and encourage case studies to fuel comparative courses. Anyway, we will have to wait for an assessment of recent patterns of Rhenan crossborder capitalism, first about big figureheads in car manufacturing, chemicals, and electric engineering (in Belfort with Alstom and GE Electric), second about all these French and German members of a renewed *Mittelstand* (as in Alsace the European leader in wheelbarrows!). A further book will undoubtedly meet our expectations!

Bordeaux

HUBERT BONIN

HELGE HESSE: *Personenlexikon der Wirtschaftsgeschichte. Denker, Unternehmer und Politiker in 900 Porträts*. 2., überarb. u. erw. Auflage. Schäffer-Poeschel, Stuttgart 2009, 707 S., 39,95 €.

Das Grundkonzept des Personenlexikons – eine stark veränderte Neuauflage des 2003 erschienenen „Ökonomen-Lexikons“ – sieht vor, für die Geschichte des Wirtschaftens relevante Schlüsselpersonen zu porträtieren, wobei neben ökonomischen Theoretikern Unternehmer und Politiker einbezogen sind. In der Summe ergeben sich rund 900 Einträge, die im Durchschnitt etwa anderthalb Spalten lang und damit oft umfänglicher sind als die korrespondierenden Artikel in Wikipedia oder einem üblichen Konversationslexikon. Die Artikel wurden mit einer kurzen Verortung von Nationalität und Tätigkeitsbereich und den Lebensdaten der betreffenden Person überschrieben, sie schließen mit Verweisen auf weiterführende Literatur und gegebenenfalls wichtigen Werken ab. Dazwischen erfolgt ein in der Regel flüssig geschriebener biografischer Abriss mit Verweis auf wichtige Lebensstationen und -leistungen. Auf weiteren rund 80 Seiten folgen eine ausführliche Zeittafel zur Wirtschaftsgeschichte, ein Glossar wichtiger Richtungen und Einrichtungen aus der Geschichte des ökonomischen Denkens, eine Liste der wirtschaftswissenschaftlichen Nobelpreisträger, eine Auswahl der benutzten Fachliteratur sowie ein Personen- und ein Firmenregister.

Der Umfang des Lexikons und seiner Beigaben nötigt Respekt ab, zumal es nicht das Werk eines größeren Autorenkollektivs ist, sondern vom studierten Betriebswirt und freien Publizisten Helge

Hesse allein verantwortet wird. Dies sorgt einerseits für einen einheitlichen, gut lesbaren Stil, deutet andererseits aber auch die unvermeidbaren Grenzen des Unterfangens an. Hesse ist kein fachwissenschaftlicher Spezialist; er kompiliert seine Ausführungen so gut es geht aus der vorhandenen Literatur. Es wäre aber weder fair noch sinnvoll, aus der Deckung des eigenen Spezialgebiets heraus auf eine genüssliche Pirsch nach einzelnen Fehlern zu gehen. Stattdessen sollen im Folgenden einige generelle Probleme der Konzeption und Ausführung des Werkes diskutiert werden.

Als hochfleißiger Generalist liefert Hesse in den meisten Einträgen einen soliden und verständigen Überblick, was angesichts der Zahl und Breite der Einträge keineswegs selbstverständlich ist. Grundsätzlich – vor allem abseits der ideengeschichtlichen Artikel über Wirtschaftstheoretiker – bleibt jedoch oft nur angedeutet, inwiefern genau die porträtierte Person im Sinn der Zielsetzung des Lexikons das wirtschaftliche Denken und Handeln geprägt hat. Diese Frage wird, um ein willkürliches Beispiel herauszugreifen, in dem eine Spalte langen Artikel zum französischen Mathematiker Laplace nur im abschließenden Satz wenig aussagekräftig thematisiert: „Für die ökonomische Wissenschaft sind vor allem seine Beiträge zur Differentialgleichung und zur Wahrscheinlichkeitsrechnung von Bedeutung.“ Allgemein wäre zudem eine kritischere Würdigung der porträtierten Personen wünschenswert.

Die Wirtschaftsgeschichte als die für das Vorhaben zentrale Disziplin ist im Titel genannt, doch gerade in wirtschaftshistorischer Hinsicht offenbart die Publikation Schwächen. So kann man zwar nicht bei allen Einträgen eine ausgewogene Zusammenstellung weiterführender Literatur erwarten, aber wenn bei einem sicher oft gelesenen Artikel wie dem zu Adolf Hitler (der im Übrigen eher die NS-Wirtschaftspolitik als spezifische Ansichten und Handlungen Hitlers betrachtet) als jüngste Publikation ein Handelsblatt-Artikel von 2007 aufgeführt ist, während die im selben Jahr in deutscher Übersetzung erschienene „Ökonomie der Zerstörung“ von Adam Tooze fehlt, ist man mit dem Personenlexikon als Ausgangspunkt für umfassenderes Literaturstudium wohl nicht immer gut beraten.

Es erscheint zudem anachronistisch, Wirtschaftsgeschichte als eine Verkettung bemerkenswerter Geschehnisse und der Handlungen großer, fast immer männlicher Persönlichkeiten aufzufassen, wie es mit der Konzeption des Bandes implizit und mit der beigegebenen Zeitleiste auch explizit geschieht. Die Zeitleiste soll einen Blick auf „das zeithistorische Umfeld eines Porträtierten“ (S. VI) erlauben, ist als positivistische Sammlung von Fakten, Kuriosa und Verweisen auf Erstveröffentlichungen wichtiger Publikationen dafür aber ungeeignet. Sie enthält zudem sachliche Fehler (etwa falsche Erstveröffentlichungsdaten) und von aktueller Forschung überholte Fehleinschätzungen (etwa die Dampfmaschine als Schlüssel zur Industriellen Revolution).

Diskussionswürdig ist schließlich die Auswahl der 900 Personen. Trotz anderweitiger Ankündigung trägt der Band dem „Aufbrechen der eurozentrischen Sicht“ nicht ausreichend Rechnung. So enthält die Zeitleiste vor 1945 kaum nicht-westliche Einträge, auch die Zusammenstellung der Einträge für diese Zeit ist fast ausschließlich auf die griechisch-römische Antike und das mittelalterliche und frühneuzeitliche Europa beschränkt. Insgesamt bleibt die Auswahl der Personen undurchsichtig: Nach welchen Kriterien eine Aufnahme erfolgte oder unterblieb, wird nicht einmal angedeutet. So bleibt der Eindruck, dass es Zufall und persönlicher Geschmack waren.

Was diesen Geschmack betrifft, so fällt häufig ein gewisser Hang zu Kuriosa auf. Damit ist der Wissenschaft als Nutzerkreis weniger gedient, mehr hingegen ökonomisch interessierten Laien und vor allem Journalisten, die auf der Suche nach Jubiläen und guten Ideen für Artikel sind. Am besten funktioniert das Personenlexikon tatsächlich so, wie es bei Lexika selten der Fall ist – nämlich als ‚Schmöker‘, in dem man herumbliättern und immer wieder auf interessante Gestalten und Geschichten treffen kann und mag. Wer diese Art von Zugang zum Gegenstand sucht und schätzt, ist hier bestens aufgehoben, gut unterhalten und erhält viele Inspirationen. Als ein ausrecherchiertes, fundiertes Nachschlagewerk zur Pflichtanschaffung in den Wirtschafts- und Geschichtswissenschaften kann die Publikation hingegen nicht gelten.

MARTHA C. HOWELL: *Commerce before Capitalism in Europe, 1300–1600*. Cambridge U. P., Cambridge 2010, XII u. 365 S. (25 Abb., 2 Karten, 1 Tab.), 55.00 £.

Martha C. Howell von der Columbia University zählt zu den Experten der spätmittelalterlichen Wirtschafts- und Sozialgeschichte und ist insbesondere durch ihre Studien zu den Burgundischen Niederlanden ausgewiesen. Mit ihrem neuen Buch mit dem knappen wie bezeichnenden Titel „Commerce before Capitalism, 1300–1600“ legt sie einmal mehr Zeugnis von ihrer tiefen Kenntnis jener Region, insbesondere der Stadt Gent, ab. Keineswegs handelt es sich dabei aber um eine rein regionalgeschichtliche Studie, sondern die Südlichen Niederlande geraten der Autorin vielmehr zum Versuchsfeld und Beispiel für ihre zentrale These, wonach der Zeitraum zwischen 1300 und 1600 in der europäischen Geschichte aus sozio-ökonomischer Perspektive eine eigenständige Epoche darstellt. Damit wendet sie sich von teleologischen Einschätzungen ab, die die „Kommerzielle Revolution“ allein als ein Vorspiel der späteren frühmodernen Weltwirtschaft sehen.

Als Indikatoren zur Untermauerung ihrer Idee dienen Howell sozio-kulturelle Praktiken, deren Wandel und Beharrungsvermögen sie für den betreffenden Zeitraum untersucht. Konkret nimmt sie dabei das zeitgenössische Verständnis zum mobilen wie immobilien Besitz, zur ehelichen Liebe, zu Geschenken und zur Kleidung in den Blick. Ergänzt wird dieses Spektrum durch eine Betrachtung der weltlichen und klerikalen Diskurse über die Moralität kaufmännischen Agierens. Auch wenn diese Auswahl auf den ersten Blick willkürlich erscheinen mag, fügt sich die Untersuchung dieser einzelnen Themenfelder doch zu einem einheitlichen Ganzen – allerdings in Ermangelung einer ausführlicheren Schlussbetrachtung weniger auf dem Papier als vielmehr in den Köpfen des Lesers. In diesem Sinne will das Buch kein abgeschlossenes Epochenkonzept liefern, sondern eher zum Weiterdenken anregen.

Der Autorin gelingt es, die von ihr betrachtete Epoche in dem untersuchten räumlichen Umfeld in all ihrer Dynamik zu zeichnen. Keineswegs gerät damit der von ihr konstatierte Eigencharakter des Zeitraumes zwischen 1300 und 1600 zu einem weiteren starren Epochenkonstrukt mit säkularen, unveränderlichen Normen. Vielmehr sind es die Wandlungsprozesse, die diesen drei Jahrhunderten ihren eigenständigen Charakter geben, ohne dabei gleich zu einem Präludium des Nachfolgenden degradiert zu werden. Am Beispiel der ehelichen Liebe wird das besonders deutlich: Wohl stellt die Autorin fest, dass jene im Untersuchungszeitraum eine zentrale integrative Klammer für die sich herausbildende Kernfamilie war; gleichwohl war Liebe kein Selbstzweck wie in späterer Zeit, sondern man bediente sich ihrer, um die Ehe als rechtliche und soziale Institution im herkömmlichen Sinne zu stabilisieren (was der Liebe wiederum die vermeintliche Modernität nimmt). Oder beim Besitz: Bei der Frage, was im Erbfolge als beweglicher, was wiederum als immobilier Besitz galt, deutete sich ein Trend zur Mobilität des Besitzes an, ohne dass allerdings die traditionellen Beharrungskräfte, Werte und Rechtsvorstellungen ihre Bedeutung verloren. Auch die Rolle der Frau wird als Indikator zur Untermauerung der zentralen These herangezogen: So beobachtet die Autorin keineswegs eine Tendenz zur ökonomischen und sozialen Emanzipation, wie es im Vorfeld zur Moderne anzunehmen wäre, sondern im Gegenteil einen Rückzug der Frau ins Häusliche und Private.

Was für die Südlichen Niederlande präzise herausgearbeitet wird, kann die Autorin für das übrige Europa allenfalls anreißen, so dass der Anspruch, jene Region als Spiegel gesamteuropäischer Tendenzen zu sehen, nicht in jedem Punkt nachvollziehbar ist. So liegt der Schwerpunkt des Ansatzes von Howell stark auf dem Kontext urban geprägter Gewerbeproduktion und Handel, was sie etwa berechtigt, von „Industriearbeitern“ und „Klassenkonflikten“ zu sprechen. Im gutswirtschaftlich geprägten Ostelbien werden wir beispielsweise vergleichbare Prozesse schwerlich finden. Auch bleibt in verschiedener Hinsicht das zeitliche Ende der von Howell definierten sozio-ökonomischen Epoche um 1600 unklar. So blieben etwa Märkte noch lange über dieses Jahr hinaus Gegenstand obrigkeitlicher Reglementierung. Auch die symbolische Bedeutung der Geschenke reicht weit über diese zeitliche Schwelle hinaus, ja sie gewinnt durch die Globalisierung des Schenkens in der Frühen Neuzeit sogar noch zusätzlich an Fahrt. Punktuell fällt die Quellenbasis aber auch bezüglich der Südlichen Niederlande recht schmal aus, und bisweilen dienen einige wenige, quellenmäßig greifbare

Familien als Indikatoren für vermeintlich gesamtgesellschaftliche, wenn nicht sogar europäische Entwicklungsprozesse. Auch wenn wir mithin nicht in allen Punkten den Argumenten der Autorin folgen mögen, liegt ein hochrangiges, anregendes, treffend illustriertes und sprachlich gut gestaltetes Buch vor, das zum Lesen einlädt.

Kiel

MARTIN KRIEGER

WALTER M. IBER: *Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung 15). StudienVerlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2011, 309 S., 34,90 €.

Die OMV AG, früher Österreichische Mineralölverwaltung (ÖMV), zählt heute zu den führenden Erdöl- und Erdgaskonzernen Mitteleuropas und ist, gemessen am Konzernumsatz, das größte Unternehmen Österreichs. Während die Entwicklung der im Juli 1956 gegründeten ÖMV bereits Gegenstand mehrerer wirtschaftswissenschaftlicher Dissertationsschriften war, fehlte bisher eine Untersuchung zur Geschichte ihres Vorläufers: der von 1945 bis 1955 in Österreich tätigen Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV).

Mit der überarbeiteten Fassung seiner im Jahr 2008 verteidigten Dissertation hat Walter M. Iber nicht nur die besagte Forschungslücke geschlossen, sondern darüber hinaus auch einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der Auseinandersetzungen der Großmächte um das österreichische Erdöl, der sowjetisch-österreichischen Beziehungen sowie der Vor- und Nachgeschichte des Staatsvertrages von 1955 geleistet.

Das in jeder Hinsicht lesenswerte Buch ist gut strukturiert, konzentriert sich auf das Wesentliche und zeichnet sich durch wissenschaftliche Akkuratess aus. Besonders hervorzuheben ist die gründliche Auswertung russischer Quellen, was dem Autor sowohl faszinierende Einblicke in die Gestaltung der sowjetischen Besatzungspolitik und den Streit der Siegermächte als auch in die internen betriebswirtschaftlichen Vorgänge bei der SMV erlaubt.

Im einleitenden Kapitel wird sehr knapp der Faktor Erdöl in der sowjetischen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt. Es folgt im zweiten Kapitel ein Abriss der Geschichte der österreichischen Erdölwirtschaft bis 1945. Nach dem „Anschluss“ 1938 nahm die Erdölförderung im Wiener Becken einen rasanten Aufschwung. Entsprechend hoch ist der Stellenwert für die deutsche Kriegswirtschaft zu veranschlagen. Iber zeigt auf, wie sich in dieser Zeit die Besitzverhältnisse in der Erdölindustrie verschoben. Die vor 1938 dominierenden britischen und amerikanischen Firmen, die zwar in Österreich kaum Erdöl förderten, aber die perspektivisch interessanten Konzessionen hielten, wurden von deutschen Firmen verdrängt. Sie behielten aber noch bis Kriegsende rund ein Drittel aller Eigentumstitel an der österreichischen Erdölwirtschaft. Die Frage des Umgangs mit dem „deutschen Eigentum“ sollte sich nach 1945 zum Dreh- und Angelpunkt der Erdölpolitik der Siegermächte in Österreich entwickeln.

Detailliert werden die sowjetischen Demontagen behandelt. Interessant, da bisher kaum bekannt, ist die Erwähnung des Projektes Sanafta, mit dem die Sowjetunion versuchte, in Österreich eine gemischtstaatliche Erdölgesellschaft ins Leben zu rufen. Als dieser Plan am Widerstand der anderen Siegermächte scheiterte, gründete Moskau im Herbst 1945 die SMV. Deren zehnjährige Geschichte wird im dritten und umfangreichsten Kapitel, dem eigentlichen Highlight des Buches, vorgestellt. Es bietet eine Fülle neuer Erkenntnisse über die Erdölförderung in Niederösterreich, das Innenleben der SMV, die sowjetisch-österreichischen Verhandlungen zur Rückgabe der SMV bis hin zur Sozialgeschichte der Belegschaft.

Den Stellenwert des Erdöls als wichtigste Reparationsressource für die Sowjetunion – de jure ein Graubereich, da Österreich von den Siegermächten als „Opfer“ der nationalsozialistischen Aggressionspolitik eingestuft wurde – arbeitet Iber überzeugend heraus. Er präsentiert, soweit dies

angesichts von Bewertungs- und Umrechnungsproblemen überhaupt möglich ist, eine Gesamtrechnung des Reparationstransfers. Seine pointierte These, dass letztendlich der „Westen“ die österreichischen Reparationen an die UdSSR zahlte, da rund 1,6 Mrd. Dollar Auslandshilfen an die Alpenrepublik flossen, denen rund 1,4 Mrd. Dollar sowjetische Entnahmen („Ölraub“, Reparationen der USIA-Betriebe, Besatzungskosten, Ablösezahlungen) gegenüberstanden, klingt gut, erscheint dem Rezensenten aber etwas zu kurzschlüssig. Die Marshallplangelder kamen ganz überwiegend den drei westlichen Besatzungszonen zugute. Wenn überhaupt, so kann damit argumentiert werden, dass die Hilfen auf der einen und die Reparationsleistungen auf der anderen Seite die ohnehin schon vorhandenen regionalen wirtschaftlichen Disparitäten in Österreich noch vertieften.

Besonders spannend zu lesen sind die Abschnitte über die Auseinandersetzungen um das „deutsche Eigentum“ zwischen den Siegermächten, bei denen die österreichische Regierung kaum mehr als ein Zaungast war. Instrukтив sind ebenfalls die Abschnitte über den Arbeitsalltag bei der SMV, die „Wirtschaftsspione“ und die österreichischen Maßnahmen gegen die SMV. Der Autor versteht es ausgezeichnet, sowohl die Wirkungen der „großen Politik“ auf die SMV zu reflektieren, als auch punktuell auf besonders dramatische Einzelschicksale aufmerksam zu machen.

Das vierte Kapitel ist dem langwierigen Ringen der österreichischen Regierung um die Verfügungsgewalt über die Ölindustrie gewidmet. Ziel der Regierung war es, Österreich mittelfristig einen nennenswerten Anteil an den eigenen Erdölvorkommen zu sichern, die sich vor 1938 überwiegend im Besitz der internationalen Ölkonzerne und ab 1945 in sowjetischer Hand befanden. Als entscheidender Hebel dafür diente die Aufrechterhaltung des Bitumengesetzes vom 31. August 1938, das dem Staat erlaubte, zu bestimmen, mit welcher Intensität die Erdölvorkommen ausgebeutet werden sollten. Der Fortbestand dieses Gesetzes und die sowjetische Besatzungswirtschaft verhalfen letztendlich Österreich in Gestalt der ÖMV/OMV zu einem starken eigenen Mineralölunternehmen.

Zu monieren sind nur Kleinigkeiten. So muss es Albert Speer heißen und nicht Alfred (S. 45). Auch ist die unglückliche Formulierung von der „Erdölwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)“ mit dem Leuna-Hydrierwerk an der Spitze zu überdenken (S. 27). Diese Monita ändern nichts an dem ausgezeichneten Gesamteindruck. Dies betrifft sowohl den gründlich lektorierten Text, die Anhänge als auch die Gestaltung. Walter M. Iber hat nicht nur ein Standardwerk zur Geschichte der SMV vorgelegt, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der sowjetischen Besetzung Österreichs und ihrer längerfristigen Folgen geleistet. Diesem Buch ist ein großer Leserkreis zu wünschen.

Berlin

RAINER KARLSCH

JOACHIM KÄPPNER: *Berthold Beitz. Die Biographie*. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt. Berlin Verlag, Berlin 2010, 621 S. (45 Abb.), 36,00 €.

Die Berthold Beitz gewidmete Biographie gilt einem Zeitzeugen über einen Zeitraum von nahezu 100 Jahren hinweg. Am 26. September 1913 in Zemmin/Pommern geboren, war er nach dem in Greifswald 1934 bestandenen Abitur zunächst im Bankfach tätig und seit 1939 als kaufmännischer Angestellter bei der Shell AG in Hamburg. Von 1941 bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht 1944 arbeitete er als Leiter der Karpathen-Öl AG in Boryslaw/Polen. Von 1946 bis 1949 wirkte er als Vizepräsident im Zonenamt des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, von 1949 bis 1953 als Generaldirektor der Iduna-Germania Versicherungsgesellschaft in Hamburg. 1953 berief ihn Alfred Krupp von Bohlen und Halbach zu seinem Generalbevollmächtigten. Seitdem steht er in den Diensten des Unternehmens Krupp: bis zu Alfred Krupp von Bohlen und Halbachs Tod 1967 als Generalbevollmächtigter, ab 1968 als Vorsitzender des Kuratoriums der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung, von 1970 bis 1989 als AR-Ehrenvorsitzender. An dem mit diesen Ämtern verbundenen Einfluss im Krupp-Imperium änderte sich nichts in Folge der Umwandlung der Fried. Krupp GmbH in die Fried. Krupp AG Hoesch-Krupp mit der Thyssen AG zur Thyssen Krupp AG

im Jahre 1999.

Zwei Schwerpunkte in der ereignisreichen Biographie Bertold Beitz' sind vor allen anderen zu nennen: Zum einen die „Rettungsaktionen“ im polnischen Boryslaw während des Zweiten Weltkriegs. Als Leiter der Karpathen-Öl AG gelang es ihm, Hunderten von Juden das Leben zu retten. Käppner bemerkt dazu u. a.: „Es ist ein mörderisches Spiel, das Beitz mit der SS spielt, eines, in dem er sehr wenige Trümpfe besitzt und der Gegner die Regeln bestimmt, bar aller Werte, mit denen Berthold Beitz aufgewachsen ist [...]; jederzeit [können] die SS, die Reiterstaffel oder Nemeč-Ukrainer auftauchen und eine der ständigen ‚Selektionen‘ beginnen. Dann durchsuchen sie das Lager nach ‚Arbeitsuntüchtigen‘ und nehmen jedes Mal etliche Juden mit. Beitz holt eine große Zahl von ihnen [...] in letzter Minute zurück, bevor die Erschießungskommandos antreten.“ (S. 96) Sodann das Verhältnis zu Alfried Krupp von Bohlen und Halbach. Es war gekennzeichnet durch Treue bzw. durch eine beständige Haltung zum Partner, mit dem er eine Bindung eingegangen war, getragen von gegenseitiger Verlässlichkeit. Dementsprechend konstatiert Käppner: „[Bertold Beitz] hat loyal zu Alfried Krupp gestanden und dessen Linie klaglos akzeptiert.“ (S. 314) Um das Verhältnis zwischen Krupp und Beitz zu beschreiben, bemüht der Verfasser auch den Begriff des Hausmeiers, das mittellateinische *Maior domus*. Er bezeichnete im Frankenreich unter den Merowingern den Vorstand der königlichen Hofhaltung. Das Hausmeieramt entwickelte sich zum obersten Amt in der Staatsverwaltung. Die Position Berthold Beitz' mit der des merowingischen Hausmeiers zu vergleichen – wenn nicht gar gleichzusetzen – erscheint angebracht, allerdings mit der Einschränkung, dass es durch Beitz nie zu einer Absetzung Krupps kam, wie z. B. durch den Hausmeier Pippin, der 751 den letzten Merowingerkönig Childerich III. absetzen und sich selbst zum König wählen ließ. Zum „Hausmeier“ Beitz heißt es daher: „Wenige Tage bevor Alfried Krupp starb, hat er zu mir gesagt: Herr Beitz, passen sie gut auf die Firma auf. Er hat mir diese Vollmacht gegeben, und ich vertrete ihn bis an mein Lebensende.“ (S. 516 f.) Dem Wunsch Alfried Krupps gerecht zu werden, bedurfte und bedarf der Durchsetzungsfähigkeit, was bis zu einem gewissen Grad identisch ist mit Machtausübung bzw. der Wahrnehmung, wie Max Weber es formulierte, „der Chance innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“. In den Ausführungen wird immer wieder deutlich, dass Berthold Beitz über ein gerütteltes Maß an Durchsetzungsvermögen verfügt, basierend auf der eigenen Leistung. Die durch Liebe zum Detail gekennzeichnete Biographie Berthold Beitz' geht einher mit der Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Deutschland des 20. Jh.s. Anzubringen sind zwei Korrekturen: Guderian hieß mit Vornamen Heinz, nicht Hans (S. 116), und Blank nicht Hans, sondern Theodor (S. 204).

Mainz

KONRAD FUCHS

PETER MEIER/THOMAS HÄUSSLER: *Zwischen Masse, Markt und Macht. Das Medienunternehmen Ringier im Wandel 1833–2009*. 2 Bände. Chronos, Zürich 2010, 1.078 S. (9 Abb., 8 Tab.), 72,50 €.

Die Geschichte des schweizerischen Medienunternehmers Ringier ist, wie die Verfasser konstatieren, in ihren Anfängen zu orientieren an der „politische[n] Liberalisierungsbewegung“, der auf die Restaurationszeit (1815–1830) folgenden Regeneration, denn mit ihr ging „eine wachsende Bedeutung der Presse sowie [eine] demografische und kulturelle Entwicklung“ einher, was „den Lesehunger breiter Schichten [steigerte]“ (S. 39). Gleichwohl blieb das Unternehmen bis zum Ende der 1890er Jahre unbedeutend, da es 1898, 55 Jahre nach der Gründung durch Johann Rudolf Ringier, über einen „kleingewerblichen Druckereibetrieb mit insgesamt acht Angestellten“ (S. 49) nicht hinausgewachsen war, es somit bestenfalls lediglich lokale Bedeutung besaß.

Während der ersten Phase der „Ära Paul Ringier“ (1898–1932) gelang „die überregionale Expansion“. Gekennzeichnet sind die Jahre bis 1932 durch „den Aufstieg“ des Unternehmens sowohl zu einer „international renommierten Druckerei als auch zum führenden Verlagshaus der Schweiz“

(S. 32).

Die zweite Phase der Ära Paul Ringier (1932–1972) bzw. seines Sohnes Hans, der nach dem Tod seines Vaters 1960 die Leitung des Unternehmens mit damals rund 2.000 Mitarbeitern übernahm, nachdem er bereits seit 1941 als Generaldirektor und Delegierter des Verwaltungsrates des Verlags fungiert hatte und für den redaktionellen und technischen Ausbau verantwortlich gewesen war, ist gekennzeichnet durch seine Mitbegründung des Boulevardblattes „Blick“, das sich zur bedeutendsten „Kaufzeitung“ der Schweiz entwickelte. Die Verfasser reflektieren in ihren Ausführungen immer wieder über die Konkurrenz der deutschen Medien, wozu sie u. a. bemerken: „die stark auf den Schweizer Markt drängenden ausländischen, vornehmlich aus Deutschland stammenden Illustrierten mit ihrer anderen Machart waren poppiger, frecher und auch anstössiger. Sie erschwerten den Ringier-Produkten das Leben zusätzlich. Im Vergleich dazu nahm sich die SIZ („Schweizer Illustrierte Zeitung“; Anm. d. Verf.), aber auch andere Ringier-Titel zunehmend bieder und provinziell aus.“ (S. 393) Während der Zeit der Verlagsleitung durch Hans Ringier kam es auch zur Gründung der Fernsehzeitschrift „Tele“ (1967) und des „Sonntags-Blick“ (1969). Doch er wirkte nicht nur als Verleger in der Schweiz, sondern engagierte sich auch über die Grenzen der Schweiz hinaus, d. h. dass unter ihm der Ausbau des Ringier-Verlags zu einem internationalen Medienkonzern mit Aktivitäten in Deutschland und den USA begann.

Die Verfasser bemerken zum Wirken Hans Ringiers, dass es durch „die dritte Neugeburt Ringiers“ gekennzeichnet war, welche „im Kern eine geistig-kulturelle [darstellte] und für einen fundamentalen Umbruch stand, ohne indes Kontinuitäten gänzlich zu negieren“. Das bedeutete, dass man fortsetzte, „[w]as unter Heinrich Oswalds Managerherrschaft in enger Verbindung mit dem Unternehmertum Hans Ringiers an Modernisierung, Restrukturierung, Neuausrichtung und kulturellem Wandel einsetzte, die Grundlagen für das moderne Medienunternehmen [legte], die [...] bis in die Gegenwart hinein prägend [blieben]“ (S. 979, Bd. 2).

Die „Internationalisierung“ des Konzerns und seine „Digitalisierung“ zwischen 1991 und 2009 dokumentieren sich überzeugend in den folgenden Zahlen: Von 2001 bis 2008 erhöhte sich der Stand der Beschäftigten im Unternehmen Ringier von 6.079 auf 8.129. Diese Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es keineswegs unausgesetzt aufwärts ging. Vielmehr kam es immer wieder zu Einbrüchen auf den unterschiedlichen Geschäftsfeldern, verursacht durch unausgewogene oder gar falsche Strategien. Umso erstaunlicher ist es, dass sich Ringier gleichwohl über einen Zeitraum von 175 Jahren hinweg nicht nur zum bedeutendsten Verlag der Schweiz entwickeln konnte, sondern weit über die Landesgrenzen hinaus aktiv ist, nicht zuletzt in Osteuropa und Asien. Den Verfassern ist es gelungen, die Geschichte des Verlagshauses Ringier über seine Höhen und Tiefen hinweg kritisch nachzuzeichnen, dabei jedem Detail nachgehend.

Mainz

KONRAD FUCHS

LEOS MÜLLER/PHILIPP ROBINSON RÖSSNER/TOSHIAKI TAMAKI (Hg.): *The Rise of the Atlantic Economy and the North Sea/Baltic Trades, 1500–1800* (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 117). Steiner, Stuttgart 2011, 156 S. (11 Abb., 21 Tab.), 33,00 €.

Der vorliegende Band versammelt Beiträge einer Sektion des World Economic History Congress des Jahres 2009 in Utrecht. Einleitend wird betont, dass der atlantische Handel deutlich besser untersucht ist als die Beziehungen zwischen diesem und dem auf Nord- und Ostsee, wengleich beispielsweise die Nordsee für die Niederlande von zentraler Bedeutung war. Daneben zeigte der Handel des 18. Jh.s ganz andere Strukturen als der des Spätmittelalters. Anschließend werden wichtige Forschungen vorgestellt und kritisch hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit mit besonderer Würdigung von Ormrod bewertet. Erik Lindberg analysiert den Aufstieg Hamburgs im 17. Jh. institutionenökonomisch mit dem Model der „club goods“, als Vergleich dienen Lübeck und Danzig. Neben den in der Literatur

häufig genannten Voraussetzungen sieht Lindberg in der hohen Bedeutung der Kaufleutegilden in Lübeck einen zentralen Punkt für dessen Stagnation bzw. Niedergang, während in Hamburg derartige Zusammenschlüsse kaum Einfluss besaßen, da dort alle Ratsmitglieder aktive Kaufleute waren. Allerdings überzeichnet Lindberg den Abstieg Lübecks, jüngere deutschsprachige Literatur mit anderen Resultaten wurde nicht rezipiert. Den schottischen Handel zwischen Atlantik und Ostsee thematisiert Philipp Robinson Rössner und betont zunächst dessen geringes Volumen. Die Union von 1707 eröffnete Schottland neue Möglichkeiten, und neben die klassischen Handelsgüter traten in hohem Maße die über die südwestlichen Häfen eingeführten Kolonialwaren mit einem hohen Tabakanteil, welche über die Häfen der Ostküste weitergeleitet wurden. Ein geeigneteres Maß für die Bewertung der europäischen Wirtschaft als der Vergleich zwischen Europa und Asien ist nach Einschätzung Toshiaki Tamakis das Wachstum der Wirtschaft am Atlantik. Er untersucht speziell Hamburg als „gateway“ und betont die Bedeutung des wachsenden französischen Handels für den Aufstieg der Hafenstadt. Im 18. Jh. intensivierten sich die Handelsbeziehungen deutlich, zumal Hamburg in den zahlreichen Kriegen eine neutrale Position behielt und Kaufleute aus der Stadt in französischen Hafenstädten aktiv waren. Deutlich wird aber auch die hohe Bedeutung Lübecks im Ostseehandel, dessen Kaufleute über Hamburg importierte Güter dort umsetzten. Die hohe Bedeutung französischer Kolonialwaren für Nordeuropa weist Pierrick Pourchasse nach, abgewickelt über nur wenige, dafür privilegierte Hafenstädte. Am Ende des Ancien Régime gelangten immerhin 70 Prozent dieser Güter in den Reexport, und der Export in den Baltischen Raum überschritt seit etwa 1740 die Importe aus dieser Region zumeist deutlich. Allerdings erwies sich die französische Politik als deutlich auf den Kontinent ausgerichtet, das Meer stand dahinter zurück. Gemeinsame Handelsgesellschaften zwischen niederländischen, speziell Amsterdamer Kaufleuten und ihren auswärtigen Partnern stellt Cátia Antunes in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen; ob diese deswegen alle als „cross-cultural partnerships“ charakterisiert werden müssen, sei dahingestellt. Derartige Verbindungen finden sich weniger auf den tradierten Handelsrouten in die Ostsee, wo die Kaufleute wahrscheinlich die Gegebenheiten, Chancen und Risiken besser einschätzen konnten. Dem starken Wachstum des schwedischen Schiffsraums widmet sich Leos Müller, bewertet die Lücke zwischen den Absichten merkantilistischer Politik und den Handelsaktivitäten als größer als in anderen Staaten. Auch im Mittelmeerhandel waren schwedische Schiffe sehr aktiv, nach dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg handelte es sich bei der schwedischen Handelsflotte immerhin um die fünftgrößte in Europa. Abschließend analysiert Ian Blanchard anhand von Eisen aus dem Baltischen Raum Phasen von Integration und Desintegration in die Nordseemärkte; vorgeschickt werden Informationen über Geldmärkte. Insgesamt sind die Beiträge des Bandes lesenswert und bieten Ansätze zu weiteren Forschungen.

Siegen

BERND FUHRMANN

CAROLA SACHSE (Hg.): *„Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege* (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert 4). Wallstein, Göttingen 2010, 430 S. (14 Abb.), 34,90 €.

Über die Möglichkeiten, die der mittel- und südosteuropäische Raum in ökonomischer und/oder politischer Hinsicht in sich barg, wurde in deutschen und österreichischen Kreisen seit Friedrich Lists Überlegungen zur Ausgestaltung eines europäischen Wirtschaftsraums, der von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer reichen sollte, intensiv diskutiert. Hatte List in den 1830er Jahren insbesondere Südosteuropa noch primär als wirtschaftliches Hinterland für einen zu schaffenden deutschen Nationalstaat betrachtet, ging es in manchen Beiträgen zur Kriegszieldiskussion vor dem Ersten Weltkrieg bereits um deutlich mehr, nämlich um die Etablierung einer politischen Hegemonialstellung des Reiches und der k.u.k. Monarchie in Mittel- und Südosteuropa. Nach dem Ersten Weltkrieg

wurde die Diskussion mit noch größerer Intensität als zuvor fortgesetzt, es galt nun insbesondere in national-konservativen und Wirtschaftskreisen, dem Reich die Kontrolle über Mittel- und Südosteuropa zu sichern, um so die Verluste infolge der Pariser Friedenskonferenz zu kompensieren. Zahlreiche Elemente der seit den frühen 1920er Jahren entwickelten einschlägigen Konzepte wurden von der nationalsozialistischen Außenpolitik realisiert, so dass um 1938 weite Teile Mittel- und Südosteuropas zumindest ökonomisch vom „Dritten Reich“ abhingen. Entsprechend diskreditiert und infolge der einschneidenden geopolitischen Veränderungen während des kalten Krieges verstummte der Mitteleuropadiskurs nach 1945 für etwa drei Jahrzehnte, um dann ab den 1970er Jahren in neuer Form fortgesetzt zu werden, diesmal freilich hauptsächlich in den sowjetischen Satellitenstaaten, wo kritische Köpfe die These von der mitteleuropäischen Identität als Alternative zur Abhängigkeit von Moskau entwickelten.

Dieser neue Mitteleuropadiskurs zog rasch das einschlägige kultur- und gesellschaftswissenschaftliche Forschungsinteresse auf sich, zunächst mit einem deutlich erkennbaren Schwerpunkt in Österreich und Deutschland, seit dem Umbruch von 1989/90 freilich auch in anderen mittel-, ostmittel- und südosteuropäischen Staaten. Zwischen 2006 und 2010 befasste sich eine Forschergruppe an der Universität Wien unter der Leitung von Carl Freytag, Ian Innerhofer, Carola Sachse und Tamara Scheer mit der Frage, inwieweit insbesondere die Konzepte und Strategien des „Mitteleuropäischen Wirtschaftstages“ (MWT), einer Einrichtung deutscher und österreichischer Industriekreise der Zwischenkriegszeit, von Bedeutung für die Europapolitik im Zeichen der Südosterweiterung war. Die Arbeitsergebnisse werden in dem vorliegenden Band präsentiert, dessen Beiträge sich freilich zumeist auf die Zwischenkriegszeit beschränken und hier einen deutlichen Schwerpunkt auf die 1930er Jahre und den Zweiten Weltkrieg setzen. Bezüge zur aktuellen EU-Erweiterungsproblematik lassen sich, wenn überhaupt, nur zwischen den Zeilen herauslesen. Das mindert jedoch keineswegs die Qualität der Beiträge, zumal auch der Buchtitel ausdrücklich darauf verweist, dass es um den mittel- und südosteuropäischen Raum im Zeitalter der Weltkriege geht. In Bezug auf den MWT führen die durchweg auf hohem Niveau verfassten Beiträge deutlich über den jahrzehntelang von Frommelt und Sohn-Rethel geprägten Wissensstand hinaus. Es gelingt, die Vernetzung des MWT in der einschlägigen Institutionenlandschaft der Zwischenkriegszeit aufzuzeigen. Mit Rudolf Bićanić, Otto Frangeš, Elemér Hantos, Hugo Hassinger und Hermann Neubacher begegnen wir einmal mehr prominenten Vertretern entsprechender Überlegungen, die aus ihren unterschiedlichen Positionen heraus das breite Spektrum des Diskurses der 1920er und 1930er Jahre repräsentierten. Das „Zentralorgan“ des deutschen nationalkonservativen Mitteleuropadiskurses, „Volk und Reich“, wird ebenfalls in einem ertragreichen Beitrag gewürdigt. Da das Projekt an der Universität Wien angesiedelt war, ist es vertretbar, dass die Summe der Beiträge ein wenig Österreich-lastig ist, das umso mehr, als nach dem „Anschluss“ von 1938 die Südosteuropakompetenzen des NS-Staates in Wien gebündelt wurden. Insofern überrascht es etwas, dass die (freilich oft genannte) Wiener Südosteuropagesellschaft (SOEG) nicht in einem eigenen Beitrag gewürdigt wurde. Unabhängig davon handelt es sich um einen wichtigen Band, der – auch über die zahlreichen Literatur- und Quellenhinweise – nicht nur den Forschungsstand bündelt, sondern auch neue Perspektiven aufzeigt.

Köln

JÜRGEN ELVERT

MANUEL SCHRAMM: *Wirtschaft und Wissenschaft in DDR und BRD. Die Kategorie Vertrauen in Innovationsprozessen* (Wirtschafts- und Sozialhistorische Studien 17). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2008, XII u. 355 S., 44,90 €.

Manuel Schramm hat sich mit seiner vorliegenden Habilitationsschrift „die Erhöhung der Tiefenschärfe in der Innovationsforschung“ zur Aufgabe gemacht (S. 4). Dabei geht es ihm darum zu zeigen, dass „der Aufbau von Vertrauen zwischen Akteuren unterschiedlicher Organisationen eine

wichtige Bedeutung für das Gelingen oder Scheitern von Innovationen besitzt“ (S. 4). Unter Organisationen werden hier primär Unternehmen bzw. Betriebe auf der einen Seite und wissenschaftliche Institutionen auf der anderen Seite verstanden. Als Grundlage der Untersuchung werden nach der Einleitung zunächst die Geschichte von Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik und der DDR skizziert sowie die Entwicklung der drei später betrachteten Branchen Werkzeugmaschinenbau, feinmechanisch-optische und chemische Industrie kurz dargestellt. Dem schließt sich ein Kapitel an, in dem auf Basis einer quantitativen Analyse das Vertrauen zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Institutionen bestimmt werden soll, wobei als Indikatoren verliehene Ehrenpromotionen und berufliche Mobilität zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dienen. Dabei zeigen sich enge Verbindungen in der Zwischenkriegszeit, die aber nach dem Krieg in der DDR rasch und in der Bundesrepublik ab den 1960er Jahren abrisen. Im Hauptteil der Arbeit, dem dritten und vierten Kapitel, werden einzelne Innovationsprozesse als Fallbeispiele für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in den bereits erwähnten Branchen der DDR und der Bundesrepublik dargestellt. Dazu zählen u. a. numerische Werkzeugsteuerungen, Lasertechniken sowie biotechnologische Entwicklungen. Dabei wird für die DDR zwar ein zunehmender staatlicher Druck zur Zusammenarbeit konstatiert, der aber durchschlagenden Erfolg vermissen ließ. Deshalb waren – nach Einschätzung Schramms – Innovationen „eher aus den isolierten Bemühungen einzelner Forschergruppen in der Industrie“ entstanden (S. 298). Zu diesem Befund kam aber im Grunde bereits die historische Innovationsforschung in der DDR selbst in den 1980er Jahren. Für die Bundesrepublik zeichnet Schramm ein komplexeres Bild, das sich nach Branchen und Unternehmen unterscheidet. Im zeitlichen Ablauf haben sich die zunächst traditionell engen Verbindungen zwischen Industrie und Hochschulen in den 1960er und 1970er Jahren gelockert, um sich dann ab den 1980er Jahren wieder zu verstärken. Zudem stellt er ab den 1970er Jahren einen Trend zur Internationalisierung der Forschung und Entwicklung fest. Abgeschlossen wird der Band mit einer Zusammenfassung.

Es ist sicher unstrittig, dass Vertrauen so wie bei vielen wirtschaftlichen Prozessen auch für die Generierung von Innovationen eine wesentliche Voraussetzung bildet. Gleichwohl stellt es dabei nur einen Moment unter vielen dar. Umso wichtiger ist es, für eine solche Untersuchung Kriterien zu entwickeln, woran Vertrauen bzw. Nicht-Vertrauen festgemacht werden soll. Genau hier liegt aber die entscheidende Schwäche der vorliegenden Arbeit: Es fehlt an einer entsprechenden Operationalisierung der Kategorie Vertrauen. Auch die Ehrenpromotionen – wie im dritten Kapitel herangezogen – stellen in diesem Kontext keinen verlässlichen Indikator dar, denn für die Verleihung einer solchen gibt es eine Vielzahl von möglichen Gründen. Das diese überwiegend auf Formen eines Vertrauens beruhen, das wiederum für Innovationsprozesse konstitutiv ist, kann zumindest bezweifelt werden. Das zweite Problem ist, dass die Fallstudien – die in ihrer Aussagekraft stark von den offenbar mitunter lückenhaften Quellen abhängen – sich eher auf die Seite von Wissenschaft und Forschung konzentrieren, wohingegen die wirtschaftlichen Faktoren nur rudimentär aufgezeigt bzw. sogar missverstanden werden. Beispielsweise wird festgestellt, dass es bei Jenapharm nicht um fehlende Innovationsanreize ging, aber einige Zeilen weiter wird konstatiert, dass der Betrieb nicht darauf vertrauen konnte, dass die Innovation „ihm ökonomisch weiterhelfen würde“ (S. 193). Gerade die wirtschaftliche Gesamtsituation der betrachteten Unternehmen kommt insgesamt zu wenig in den Blick. In den Zusammenfassungen werden dann zwar die wirtschaftlichen Probleme für den Innovationsprozess, wie sie in der Literatur herausgearbeitet wurden, aufgegriffen, aber das ist nicht schlüssig mit den konkreten Details in den Fallstudien verbunden, so dass die resümierenden Befunde teils etwas unvermittelt erscheinen und teils einfach banal sind, wie beispielsweise „daß Vertrauen nicht von oben verordnet werden kann“ (S. 299). Da Schramm von der normativen Vorannahme ausgeht, dass Vertrauen nur in einem Umfeld zivilgesellschaftlicher Strukturen entstehen kann (S. 5), ist es auch nicht überraschend, dass für die DDR mangelndes Vertrauen und für die Bundesrepublik eher mehr Vertrauen in den Innovationsprozessen festgestellt wird, wobei das Urteil für Letztere aber auch unentschieden bleibt.

Alles in allem kann der Leser in dem Band durchaus neue Details zu dem Ablauf einer Reihe von Innovationsprozessen in der DDR und der Bundesrepublik nachlesen, aber die Antworten auf die durchaus interessante Hauptfrage der Untersuchung bleiben leider unbefriedigend.

Potsdam

ANDRÉ STEINER

SEBASTIAN SPÖRER: *Politische und wirtschaftliche Gestaltung der deutschen Münzreform 1871–1875 der Hansestädte Bremen, Lübeck und Hamburg* (Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 1072). Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2010, 252 S. (3 Abb., 2 Tab.), 44,80 €.

Die 2009 als Dissertation an der Bundeswehruniversität in München vorgelegte Arbeit Spörers erhebt den Anspruch, „die erste umfassende münzpolitische Untersuchung der drei Hansestädte im Zeitraum 1871–1875 zu sein“. Sie soll „Verknüpfungen und Konkurrenzen zwischen allen Institutionen aufzeigen“ und „die preußisch-deutsche Verfassung und die staatsrechtliche Betrachtung der Vorgänge“ einbeziehen (S. 17). Weiterhin sollen Fragen nach den politischen und wirtschaftlichen Positionen der drei Städte und der Vormachtstellung Preußens ebenso beantwortet werden wie diejenigen nach der Bedeutung des nationalen Gedankens für die Reform und nach deren Vorgeschichte. Innerhalb einer zeitlich geordneten Abfolge soll eine sachlich orientierte bzw. regionale Gliederung die Struktur der Arbeit bestimmen.

Die damit knapp umrissene Vielfalt der Ansprüche verlangt vom Verfasser zum einen das durchaus zu bemerkende hohe Engagement, zum anderen aber auch das Setzen von Schwerpunkten. Diese liegen weit eher auf den Themenbegriffen „politisch“ und „wirtschaftlich“ als auf demjenigen der „Münzreform“. Dies dokumentiert sich positiv in der detailreichen Darstellung der Diskussionen innerhalb der hansestädtischen Institutionen ebenso wie in der intensiven Auseinandersetzung mit dem politisch-wirtschaftlichen Umfeld, zum anderen dagegen negativ darin, dass manche Bezüge zum – zugegebenermaßen äußerst komplizierten – älteren deutschen Währungswesen unvollständig oder unreflektiert aus der Literatur übernommen wurden. So definiert Spörer die Begriffe Münzreform, Geldreform, Währungsreform, Reform des Geldwesens, Bankreform und Papiergeldreform nicht von vornherein, sondern gebraucht sie unabgegrenzt nebeneinander. Auch bleibt ungeklärt, was eigentlich eine „vollwertige Währung“ kennzeichnet. Weiterhin findet sich in Bremer Archiven kein Beleg dafür, dass die Stadt jemals de iure eine Goldwährung eingeführt hat. De facto hat vielmehr der im 18. Jh. stark auf Frankreich ausgerichtete Bremer Handel dazu geführt, dass der Louisdor zur bestimmenden Großmünze wurde. Dies stellte eine der Stadt aufgezwungene Notlösung dar, und Bremen war damit keineswegs „seiner Zeit weit voraus“. Dies belegen die um die Mitte des 18. Jh.s auch in vielen anderen deutschen Territorialstaaten umlaufenden und sogar – im Gegensatz zur Hansestadt – geprägten Pistolenmünzen zu fünf Talern wie Karlsdor, Wilhelmsdor, Friedrichsdor, Georgsdor usw. Ähnliches gilt für Aussagen in Bezug auf die Hamburger Banco-Währung. Sie war zwar in Deutschland einmalig, gehörte zugleich aber von Beginn an als integrierter Teil zum internationalen System des Wechselverkehrs. Zwar durften nur Hamburger Bank- und Handelshäuser bei der genannten Institution Konten führen, konnten dies durchaus aber auch für andere – sogar für deutsche Teilstaaten – tun. Beim Zollverein wiederum fehlt der Hinweis, dass der wichtige Dresdner Vertrag auf die bereits in den Verträgen geforderte Vereinheitlichung von Münz, Maß und Gewicht zurückzuführen war und dass nicht das Zweitalerstück, der sogenannte Champagnertaler, entscheidend für dessen Erfolg war, sondern das nach Graumanschem Fuß geprägte Eintalerstück. Dieses bestimmte auch die Grundzüge der Wiener Konvention und hat als einzige alte Silbermünze den Übergang zur Goldwährung des Deutschen Reiches überlebt. Auch die unkritisch übernommene Behauptung, dass Geld „als Aufbewahrungsmittel Warencharakter“ habe, ist kaum haltbar, denn wenn Zahlungsmittel unbeweglich gehortet werden, verlieren sie diese gerade für umlaufendes Edelmetallgeld charakteristische Eigenschaft. Damit kann insgesamt gesehen der Geld- und Währungshistoriker mit dieser Arbeit nicht so recht glücklich werden, was aber ihre großen Verdienste um eine kenntnisreiche Durchleuchtung der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Reform nicht mindern kann.

Hardeggen

HANS-JÜRGEN GERHARD

RICHARD VAHRENKAMP: *The German Autobahn 1920–1945. Hafraba Visions and Mega Projects*. Eul, Köln/Lohmar 2010, 277 S., 58,00 €.

Von anderen jüngeren Abhandlungen über die Geschichte der Reichsautobahnen unterscheidet die Gesamtdarstellung des an der Universität Kassel lehrenden Autors und Wirtschaftswissenschaftlers, dass sie die verkehrspolitischen Debatten und Entscheidungen über den Autobahnbau systematisch aus der Perspektive verkehrsökonomischer und infrastrukturtheoretischer Rationalität betrachtet. Der Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, dass damit die große Vielfalt an Motiven und Interessen, die beim Autobahnbau mitgespielt haben, eine klar strukturierte Bewertung erfährt, die nicht nur den Historiker, sondern mehr noch den Verkehrsplaner interessieren dürfte. Großen Gewinn zieht der Leser vor allem aus der internationalen Vergleichsperspektive, die eine trennscharfe Unterscheidung zwischen den transnationalen Modernisierungstrends und den reichsdeutschen Spezifika des Autobahnbaus erlaubt. Auch wird deutlich, dass die Kluft zwischen verkehrsinfrastruktureller Rationalität und Verkehrspolitik nach der nationalsozialistischen Machtergreifung erheblich größer wurde als in den Weimarer Jahren. Auf diese Weise gewinnt die verkehrsökonomische Irrationalität der straßenbaupolitischen Entscheidungen des NS-Regimes prägnantere Konturen, womit freilich noch nichts zur historischen Genese und zu einer umfassenden politikgeschichtlichen Kontextualisierung gesagt ist. Aber solch weitgehenden Anspruch erhebt der Autor auch gar nicht.

Die Studie breitet ein beeindruckendes Spektrum von infrastrukturfremden Interessen aus, die die Straßenbauplanung geradezu überwucherten. Deutlich wird, in welchem hohem Maße sich der großangelegte Autobahnbau nach 1933 von einer bedarfsgerechten modernisierungsorientierten Infrastrukturplanung entfernte und wie sehr aus dieser Perspektive den Entscheidungen sachfremde Interessen zugrunde lagen, angefangen von landschaftsästhetischen, mit völkisch-nationalistischen Ideologemen durchsetzten Motiven über propagandistische Legitimationsinteressen bis hin zu wirtschaftlichen und lokalpolitischen Partikularinteressen. Auch auf die trügerischen Visionen von einer automobilistischen Wohlstandsmoderne und auf die arbeitsmarktpolitischen Motive geht die Studie ein, ebenso auf den Schiene-Straße-Konflikt, auf den das NS-Regime keine zukunftsweisende Antwort fand.

Eher knapp fallen die Ausführungen zu den militärpolitischen Aspekten des Reichsautobahnbaus aus. Sie treten stärker in den Hintergrund, als auf Basis des heutigen Forschungsstandes gerechtfertigt erscheint. Zwar weist der Autor zu Recht darauf hin, dass in der mangelnden Förderung des Güterkraftverkehrs durch das NS-Regime zum Ausdruck komme, dass man für den Kriegsfall mehr auf den Schienen- als auf den Straßenverkehr gesetzt habe und deshalb die militärpolitischen Motive beim Autobahnbau nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben konnten. Die Studie lässt aber unerwähnt, dass die Lkw-Befürworter unter den Kriegsplanern 1938 eine vorsichtige verkehrspolitische Wende durchsetzen konnten. Im Zusammenhang damit stand auch eine militärpolitische Umorientierung beim Autobahnbau seit 1937, die in der Studie zu blass in Erscheinung tritt. Dem widerspricht nicht, dass eine sehr kurzfristig angelegte Kriegsplanung kaum etwas an der gewachsenen eisenbahnlastigen Verkehrsinfrastruktur ändern konnte und rohstoffpolitische Überlegungen den Lkw zurückstufen, wie die Studie durchaus zutreffend festhält. Hier hätte man sich im Hinblick auf die widerstreitenden militärpolitischen Perspektiven im Spannungsfeld von Reichsbahn- und Kraftfahrtinteressen eine etwas differenziertere Darstellung gewünscht.

Umso überzeugender fällt die Studie in ihren regionalgeschichtlichen Aspekten aus. Indem sie einen Schwerpunkt beim Autobahnbau in Hessen setzt, vermag sie ein analytisch sehr differenziertes Bild vom Zusammenspiel von Regionalinteressen und übergeordneter Verkehrsplanung zu zeichnen, vorneweg in Fragen der Linienführung, bei der deutlich das Spannungsfeld von verkehrsinfrastruktureller Rationalität und andersgearteten Motiven hervortritt, vor allem im Zusammenspiel zwischen Fritz Todt als dem allgewaltigen Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen und den regionalen Planungsinstanzen.